Dienstag, 6. November 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 261 - 45.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Weizsäcker: Der Bundespräsident hat Deutsche und Franzosen aufgerufen, einen entscheidenden Beitrag für die Einigung Europas zu leisten. „Unsere enge Nachbarschaft und Zusammenarbeit muß über uns hinausweisen, damit Europa seine unabhängige und verantwortliche Rolle in der Welt spielen kann", sagte er bei seinem Staatsbesuch in Paris. (S. 10)

Kommission: Die nächste Sitzung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission findet Anfang Dezember in Bonn statt. Die Tagung war nach dem Tode des bisherigen sowjetischen Delegationsleiters Kostandow im September verschoben worden. Sein Nachfolger ist der stellvertretende Ministerpräsident Antonow.

Umwelt: Bonn sollte nach Ansicht der Berliner FDP der „DDR" Kredite für Kraftwerksumrüstungen zur Reinhaltung der Luft anbieten. Als Gegenleistung könnte die „DDR" West-Berlin mit Strom beliefern. (S. 4)

Nach Sofia: Bundesaußenminister Genscher wird im ersten Quartal 1985 auf Einladung von Staatschef Schiwkow Bulgarien besuchen. Schiwkow hatte im September einen Besuch der Bundesrepublik abgesagt.

Strauß-Verstoß: Für die sofortige, befristete Befreiung abgasarmer Autos von der Kfz-Steuer setzt sich der bayerische Ministerpräsident ein. (S. 8)

Spenden: Der CDU-Bundesvorstand hat sich dafür ausgesprochen, die Einkünfte und Vermögensverhältnisse von Abgeordneten transparenter zu machen. Er wandte sich jedoch gegen eine undifferenzierte Offenlegung. (S. 10)

„Bruderstaat": Mit Elogen und Lobsprüchen, die Österreich gleichsam zum „Bruderstaat" erklären, ist Bundeskanzler Sinowatz von den Medien gestern bei seinem Besuch in Ost-Berlin empfangen worden. (S. 10)

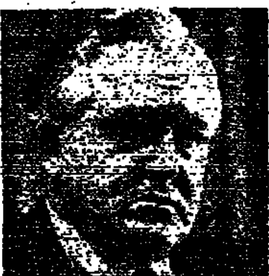
Amerika wählt: Rund 174 Millionen stimmberechtigte Amerikaner sind heute aufgerufen, den nächsten Präsidenten zu wählen. Die letzten Umfragen gaben Präsident Reagan einen Vorsprung von 18 bis 25 Prozent vor seinem Kontrahenten Mondale. (S. 10)

Philippinen: Bei einem Angriff kommunistischer Guerrillas auf einen Militärstützpunkt im Süden des Landes wurden 32 Rebellen, 15 Soldaten und elf Zivilisten getötet.

Streik gebrochen: Eine Gruppe von 18 Bergleuten hat erstmals den seit fast acht Monaten dauernden Bergarbeiterstreik in Südwales gebrochen. Sie äußerten die Erwartung, daß andere Kumpel ihrem Beispiel folgen und die Arbeit wiederaufnehmen werden.

Heute: Bundesverfassungsgericht entscheidet über Rechtmäßigkeit der Investitionshilfeabgabe.

ZITAT DES TAGES



„Wir haben keine Krise am Wohnungsmarkt, sondern erleben eine Normalisierung. Deswegen halte ich von Bauprogrammen zur Konjunkturankurbelung gar nichts"

Bundeswohnungsbauminister Oscar Schneider in einem WELT-Interview (S. 8)
FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Die deutschen Unternehmen schätzen die aktuelle Konjunkturlage deutlich günstiger ein als vor einem Jahr, zeigt die DIHT-Herbstumfrage. Die Mehrheit der Unternehmen rechnet damit, daß sich die aufwärts gerichtete Konjunkturentwicklung auch 1985 fortsetzt. (S. 11)

Daueremissionen: Die Rendite wird am 6. November erneut gesenkt. Die Bundesobligationen Serie 51 von 1984 mit sieben Prozent Nominalzins bringen bei einem Ausgabekurs von 100,4 Prozent dann nur noch 6,90 Prozent.

Entwicklungshilfe: Minister Warnke kann erstmals seit dem Regierungswechsel wieder höhere Zusagen machen. Die Rahmenplanung sieht für 1985 in der Kapitalhilfe Verpflichtungsermächtigungen von 2,55 (1984: 2,25) Milliarden und in der technischen Hilfe von 0,99 (0,94) Milliarden DM vor. (S. 11)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte begannen die Woche ausgesprochen freundlich. Ausländer kauften vor allem Spitzenwerte. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 158,5 (158,3). Dollarmittelkurs 2,9355 (2,9497). Mark. Goldpreis pro Feinunze 342,45 (343,10) Dollar.

KULTUR

Hamburgische Staatsoper: Kurt Horres, der den Intendantenposten zu Beginn dieser Spielzeit übernahm, wird das Haus möglicherweise vorzeitig verlassen. Horres gilt als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge von Grischa Barfuß an der Deutschen Oper am Rhein. (S. 21)

Neubeginn: In Bremen sind die Weichen für einen Neubeginn des traditionsreichen Schauspiels gestellt, dem noch vor drei Jahren die Schließung drohte. Mit dem neueröffneten Schauspielhaus verfügt die Stadt jetzt über eine geradezu ideale Kombination von Spielstätten. (S. 21)

SPORT

Marathon: Die Marathon-Weltbestzeit des Portugiesen Caetano (2:08:05 Stunden) gilt nicht. Er habe in Lissabon eine kürzere Strekke als 42,195 km benutzt. (S. 9)

Fußball: Sechs fristlos gekündigte Spieler des 1. FC Nürnberg haben vor dem Arbeitsgericht Klage wegen Unwirksamkeit dieser Kündigung eingereicht. (S. 9)

AUS ALLER WELT

AIDS: Schon mindestens 300 000 Amerikaner haben sich nach Schätzungen der US-Gesundheitsbehörden mit der Seuche infiziert. Bei etwa zehn Prozent müsse man mit der schweren Form der dann tödlich verlaufenden Krankheit rechnen. (S. 22)

Nach Afrika: Ein neues Wirkungsfeld haben arbeitslose Lehrer aus der Bundesrepublik entdeckt. Zimbabwe lockt mit Zeitverträgen. (S. 22)

Wetter: Heiter bis wolkig, kaum Niederschlag. Um 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Jenninger: Die Bürger wollen Klarheit und nicht Zank

„Parlament keine Karikatur einer Verschwörung von Geld und Politik"

MANFRED SCHELL, Bonn

Mit deutlichen und durchaus auch kritischen Worten an die Adresse der Abgeordneten hat der neue Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) in der Diskussion über die Unabhängigkeit und Integrität der politischen Organe Stellung bezogen. Ohne die Flick-Affäre zu nennen, sagte Jenninger in seiner Antrittsrede, es gelte, „eine Herausforderung", aber „keine Krise der parlamentarischen Demokratie zu bestehen". Jenninger: „Dieses Gemeinwesen ist keine gekaufte Republik." Fehler einzelner könnten nicht zu einer Staatskrise „umgefälscht" werden.

Der Bundestag hatte in geheimer Abstimmung Jenninger zum Nachfolger Barzels gewählt. Für Jenninger stimmten 340 Abgeordnete. 105 votierten gegen ihn und 24 übten Enthaltung. Die Wahl und die anschließende Rede des zweiten Mannes im Staat wurden im Fernsehen nicht live übertragen, was viele Abgeordnete als Skandal bezeichneten.

Jenninger, dessen Rede vielfach von Beifall begleitet wurde, rief die Parlamentarier auf mitzuhelfen, „daß diese Vertrauenskrise alsbald überwunden wird". „Dabei darf nichts unter den Teppich gekehrt werden. Die Bürger wollen Klarheit, nicht Ausreden und Zank." Nichts, so fügte Jenninger hinzu, „zerfrißt die Glaubwürdigkeit der Politiker erbarmungsloser als Heuchelei".

Von den Medien forderte er eine „wahrheitsgemäße Berichterstattung und faire Kommentierung der Vorgänge". Die Berichterstattung dürfe nicht zu einem „lukrativen Geschäft neuzeitlicher Massenunterhaltung degenerieren, indem sich einige anmaßen, Polizist, Staatsanwalt, Zeuge, Richter und Berufungsgericht in einem zu sein". Der Bundestag, der viel an harter und sachbezogener Arbeit leiste, dürfe sich nicht die „maßlose Karikatur einer Verschwörung von Geld und Politik aufnötigen lassen". Unser Land, so sagte Jenninger, dürfe sich „nicht paralysieren lassen von Vorfällen, die für unsere Ordnung eben nicht kennzeichnend sind".

Die Abgeordneten seien „in diesem Haus, um unserem Volk zu dienen. Wir kommen nicht primär hierher, um zu verdienen." Es sei wahr, daß anderswo weitaus höhere Einkommen erzielt würden, „aber das muß jeder wissen, bevor er sich um einen Sitz im Deutschen Bundestag bemüht". Zugleich lehnte Jenninger Abgeordnete mit „gläsernen Taschen" ab. Der Parlamentarier dürfe nicht unter „Ausnahmerechte" gestellt werden. Auch er habe Anspruch auf Wahrung des Steuergeheimnisses, auf Datenschutz, auf personale Würde und auf Intimsphäre.

Unmißverständlich bejahte Jenninger Spenden an Parteien. Diese seien auf die Unterstützung der Bürger, gesellschaftlicher Organisationen und Unternehmungen angewiesen, „wenn sie nicht zu vom Steuerzahler ausgehaltenen Filialen des Staates werden sollen". Daran „ist nichts Zwielichtiges". Aber diejenigen, die Parteien unterstützen, dürften sich nicht anmaßen, die Politik bestimmen zu wollen. Die Vorstellung, Politiker oder politische Entscheidungen „kaufen zu können, muß von uns unerbittlich zurückgewiesen werden; sie steht unserer politischen Ordnung feindlich gegenüber".

Jenninger erwähnte auch seinen Vorgänger. Mit seinem Rücktritt habe Barzel ein Zeichen für die „Glaubwürdigkeit unserer Ordnung" und für die Fähigkeit gesetzt, „sich selbst zu korrigieren".

Seite 3: Mann mit klarer Sprache

Madaus will gegen das Urteil angehen

420 000 Mark Geldstrafe im Spenden-Prozeß / Staatsanwalt verweist auf Kohl-Interview

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit Überraschung haben die Prozeßbeteiligten gestern im Prozeß wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit Parteispenden gegen den Kölner Pharma-Unternehmer John-Werner Madaus das Strafmaß zur Kenntnis genommen. Die Staatsanwaltschaft hatte wegen fortgesetzter Steuerhinterziehung 75 Tagessätze zu je 2000 Mark als angemessenes Strafmaß betrachtet und in ihrem Plädoyer den entsprechenden Antrag gestellt. Der Richter am Amtsgericht Volker Baumgarten ging jedoch fast um das Dreifache darüber hinaus und verurteilte den Unternehmer zu 210 Tagessätzen zu je 2000 Mark, also insgesamt zu 420 000 Mark Geldstrafe. Richter Baumgarten sprach von einem „vergleichsweise milden Urteil". Der Verurteilte John-Werner Madaus zeigte sich von der Höhe des Strafmaßes überrascht. Er kündigte an, daß er Rechtsmittel gegen dieses Urteil einlegen werde. Ob er in die Berufung vor dem Landgericht gehen oder Revision beim Oberlandesgericht beantragen werde, müsse er zunächst mit seinen Anwälten besprechen.

Die Urteilsverkündung verzögerte sich vor dem Kölner Amtsgericht, weil Staatsanwalt Andreas Schütz noch einmal ums Wort bat und einen Hilfsbeweisantrag zur Vernehmung von Spitzenbeamten aus dem Kölner Finanzverwaltungsbereich stellte. Als Grund für seine Intervention führte er ein Fernsehinterview von Bundeskanzler Helmut Kohl in der vergangenen Woche an. Kohl habe – just am Tag der Plädoyers im Madaus-Prozeß – erklärt, daß die hier zu beurteilende Praxis bei Parteispenden „gängig und der Finanzverwaltung bekannt" gewesen sei. Es sei nicht Sache der Staatsanwaltschaft, gegen „Legendenbildungen" im politischen Raum Stellung zu beziehen. Aber man könne nicht ausschließen, daß das Kanzlerwort in den Prozeß „hineinwirken" könnte. Die Staatsanwaltschaft habe jedenfalls in ihrer dreieinhalbjährigen Ermittlungstätigkeit keine konkreten Hinweise gefunden auf eine „wissende Duldung" solcher Spendenpraktiken durch die Finanzverwaltung. Madaus' Strafverteidiger, Rechtsanwalt Waldowski, hielt dem Staatsanwalt vor, wenn keine derartigen Erkenntnisse bei der Staatsanwaltschaft vorlägen, so liege das „daran, daß entsprechende Ermittlungen nicht stattgefunden haben".

In der rund einstündigen Urteilsbegründung verlas Richter Baumgarten noch einmal die Vorgeschichte der Madaus zur Last gelegten Steuerhinterziehung. Er verwies darauf, daß spätestens seit 1967 mit der Neufassung der gesetzlichen Vorschriften über die Steuerabzugsfähigkeit von Spenden „rechtlich Klarheit" geherrscht habe. Madaus könne deshalb kein Rechtsirrtum zugebilligt werden. Auch habe Madaus von Anfang an zugegeben, daß er mit seinen Spenden an drei als gemeinnützig anerkannte Vereinigungen – der Richter bezeichnete sie als „Geldwaschanlagen" der CDU – eine Unterstützung der Union bezweckt habe.

Insgesamt habe Madaus zwischen

● Fortsetzung Seite 10

Arbeitsmarkt: „Erfrischende Impulse"

Franke sieht Aufwärtsbewegung bestätigt / Sorge um Situation der Bauwirtschaft

PETER JENTSCH, Nürnberg

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt läßt nach Darstellung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, „einen leichten Lichtblick" zu. Sie bestätige „die konjunkturelle Aufwärtsbewegung" und sei „bedeutend günstiger als gewöhnlich um diese Zeit".

Wie Franke gestern in Nürnberg erklärte, hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Oktober gegenüber Ende September geringfügig um 1022 auf 2 144 508 erhöht. Die Arbeitslosenquote ist mit 8,6 Prozent in der Vergleichszeit unverändert geblieben. Diese günstige Entwicklung sei im wesentlichen auf die Neueinstellungen in der Automobilindustrie zurückzuführen. Ähnlich „erfrischende Impulse" gingen auch von der elektrotechnischen Industrie und vom Maschinenbau aus. Als belastend für den Arbeitsmarkt wirkt sich nach Franke vornehmlich die Situation der Bauwirtschaft aus.

„Erfreulich" nannte Franke auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes für Jugendliche unter 20 Jahren. Ende Oktober lag die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen um 14 300 oder acht Prozent niedriger als Ende September. Gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres sank ihre Zahl sogar um 15 Prozent. Franke: „Die Entwicklung des Stellenangebots auch in diesem Bereich bestätigt die Festigung der konjunkturellen Aufwärtstendenz."

Die Zahl der offenen Stellen verringerte sich im Oktober gegenüber dem Vormonat um 4707 auf 85 830. Insgesamt waren im Laufe des Monats 120 162 offene Stellen gemeldet worden, immerhin 22 Prozent mehr als gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres. Entsprechend günstig verlief auch die Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter. Insgesamt wurden im Oktober 163 800 Stellen vermittelt. Damit konnten gut 21 Prozent mehr Arbeitsverhältnisse angebahnt werden.

„Die Kurzarbeit hat", so Franke, „wie nach den Ferien üblich wieder leicht zugenommen." Die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich um 38 090 auf 300 538. Franke nannte dies einen „Anstieg in Grenzen". Insbesondere im Vergleich zum Vorjahr sei das Ergebnis dieses Jahres sehr viel günstiger zu bewerten. Die Zahl der Kurzarbeiter liege nämlich um 248 000 oder um 45 Prozent niedriger als 1983.

Der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heimo George, hält im Januar/Februar einen neuen Arbeitslosenrekord für möglich. George erklärte gestern in Bonn zu den neuen Arbeitsmarktdaten, es mehrten sich zur Zeit die Anzeichen, daß der bisherige Höchststand von 2 539 308 Arbeitslosen vom Januar 1984 in diesem Winter übertroffen werde. Dies sei selbst dann nicht auszuschließen, wenn der Winter relativ mild bleibe.

Sandinisten verkünden „Wahlsieg"

Ortega spricht von mehr als 70 Prozent der Stimmen für seine Partei / 14 Prozent für Liberale

DW. Managua

Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Nicaragua zeichnete sich gestern der erwartete hohe Sieg der Sandinisten (FSLN) ab. In einem Interview mit der amerikanischen Fernsehanstalt NBC sagte der FSLN-Präsidentschaftskandidat Daniel Ortega, nach Auszählung der Ergebnisse in 3,8 Prozent aller Wahllokale führe seine Partei mit 71,4 Prozent der Stimmen vor der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI) mit 14 Prozent. Die restlichen Stimmen verteilten sich auf die Konservativ-Demokratische Partei (PCDN), die Sozialchristliche Volkspartei (PPSC) und die Kommunistische Partei (PCdN). Den Wählern stellten sich außerdem die auf Moskau orientierte Sozialistische Partei (PSN) und die Marxistisch-Leninistische Bewegung der Volksaktion (MAP).

Etwa 83 Prozent der 1,56 Millionen eingeschriebenen Wähler hätten ihre Stimme abgegeben, sagte Ortega. Besonders hoch sei die Wahlbeteiligung in den Gebieten mit intensiver Guerrilla-Tätigkeit gewesen. Die 17 Prozent Nichtwähler seien nicht alle als Boykotteure einzustufen. Einige seien von Aufständischen verschleppt worden, andere nach der Registrierung im Kampf gefallen, und manche seien disqualifiziert worden.

Die von den USA unterstützte oppositionelle Parteienallianz Coordinadora Democratica Nicaraguense (CDN) hatte die Wahlen wegen „mangelnder Garantien" boykottiert und zur Stimmenthaltung aufgerufen. Noch am Sonntag betonte US-Präsident Reagan erneut, daß die Wahlen in Nicaragua nur „Schwindel" seien.

SEITE 3:
„Wahlen wie bei Somoza"

Das sandinistische Junta-Mitglied Sergio Ramirez wurde zum Vizepräsidenten gewählt. Er gilt als einer der prominentesten Intellektuellen der sandinistischen Bewegung. Im März 1977 gründete er im Auftrag von Daniel und Humberto Ortega die überwiegend aus Intellektuellen und Geistlichen bestehende „Gruppe der Zwölf". Diese Gruppe spielte während des Aufstandes im Jahr 1979 im Ausland eine aktive politische Rolle. Sie führte Verhandlungen mit den USA, die nach Darstellung der Sandinisten in Nicaragua ein „Somoza-Regime ohne Somoza" anstrebten.

Die Sandinisten erhoffen sich von ihrem Wahlsieg und der hohen Wahlbeteiligung eine „Legitimierung", die ihnen bislang von Washington abgesprochen wurde. An der Lage in Nicaragua werden die Wahlen jedoch kaum etwas ändern. Die Situation ist von Lebensmittelknappheit, Transportschwierigkeiten und Inflation bestimmt. Die in dem mexikanischen Seebad Manzanillo zwischen Managua und Washington geführten Gespräche blieben bisher ergebnislos.

DER KOMMENTAR

Standfest

Von WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Jedes hohe Staatsamt bedarf der persönlichen Autorität seines Inhabers. Der neue Bundestagspräsident hat nicht gezögert, Autorität schon am ersten Tag in Anspruch zu nehmen, und man darf hinzufügen: Jenninger hat sie auch ausgestrahlt. Das war notwendig, weil nur so das zweithöchste Amt unserer Republik vom Wechsel aus bekanntem Grund unberührt bleiben konnte.

Jeder Bundestagspräsident hat es schwer, neben dem Staatsoberhaupt und dem Bundeskanzler seinem Amte entsprechend öffentlich in Erscheinung zu treten. Dem Bundespräsidenten kommt der Vorrang nationaler Repräsentation, dem Kanzler der Primat der politischen Aktion zu. Der Parlamentspräsident bezieht Anspruch und Geltung vor allem aus der Funktion der gewählten Volksvertretung als Souverän, ausgestattet mit der Kompetenz, gesetzgebend die grundlegenden politischen Entscheidungen zu fällen. Mit seiner ersten Rede hat Bundestagspräsident Jenninger Anspruch und Geltung ausgeschöpft.

Es war erfrischend, wie Jenninger jenen Politikern, die es angeht, die Heuchelei in der weithin heimtückischen Diskussion über die Parteienspenden-Affäre um die Ohren schlug. Geradeso hätte er Heuchelei jenem Teil des breiten Publikums vorhalten können, der an die Abgeordneten höhere moralische Maßstäbe anlegt als an sich selbst. Die Bürger wählen ja, wie Jenninger zutreffend sagte, nicht „Säulenheilige" in den Bundestag, sondern ihresgleichen. Ein Parlament sei nicht zuvörderst eine moralische Anstalt, meinte Jenninger. Deshalb ist ihm auch zuzustimmen, wenn er sich gegen die ebenso wohlfeile wie unsinnige Forderung nach dem Abgeordneten mit „gläsernen Taschen" wendet. Wollen wir etwa ein Parlament aus lauter Beamten, Funktionären und in der privaten Wirtschaft Zukurzgekommenen haben?

Der neue Bundestagspräsident hat einen Beitrag dazu geleistet, die Institutionen des Staates über die Aufgeregtheiten des Tages zu stellen. Es mag aus den grauen Akten „wg." Flick noch manches ans Licht kommen; unsere Republik aber ist demokratisch gefestigt genug, um das nicht moralintriefend, sondern sachbezogen in Ordnung zu bringen.

Zia: Verhältnis zu Indien wird besser

DW. Neu-Delhi

Der pakistanische Staatschef Ziaul Haq hat in Neu-Delhi die Überzeugung geäußert, daß die Beziehungen seines Landes zu Indien unter Indira Gandhis Nachfolger Rajiv Gandhi verbessert und erneuert werden können. Nach einem halbstündigen Meinungsaustausch mit Gandhi sagte Zia, er erwarte vom neuen indischen Ministerpräsidenten ein „frisches, junges und dynamisches Herangehen" an die chronischen Probleme zwischen beiden Staaten. Im Gegensatz zu Indira Gandhi habe Rajiv Gandhi die blutige Abtrennung Pakistans von Indien nicht miterlebt. Er sei frei von alten Animositäten. Nach offiziellen Angaben aus Neu-Delhi erklärten Rajiv Gandhi und Ziaul Haq übereinstimmend, zwischen Indien und Pakistan gebe es keine Rivalitäten, und die Hauptsorge beider Staaten sei der Frieden in der Region.

Das indische Kabinett unter Rajiv Gandhi hat inzwischen eine Untersuchungskommission eingesetzt, um die Hintergründe des Mordes an Indira Gandhi aufzuhellen. Ein Richter des Obersten Gerichts leitet die Kommission. Der überlebende Attentäter Satwant Singh ist im Krankenhaus bereits vernommen worden. Nach Angaben der indischen Nachrichtenagentur PTI sind bei den Rachefeldzügen von Hindus gegen Angehörige der Sikh-Religionsgemeinschaft mehr als 900 Menschen ums Leben gekommen. Nach Abebben der Unruhen ist die Ausgangssperre in Neu-Delhi gestern früh abgeschwächt worden. Die Sicherheitskräfte blieben jedoch in Alarmbereitschaft.

DAG betont Vorteile des Vorruhestandes

DW. pje. Bonn

Angemessene Gehaltserhöhungen und eine vernünftige Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst sind nach Auffassung der von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) geführten Tarifgemeinschaft für Angestellte gleichzeitig und ohne Überforderung der öffentlichen Kassen möglich. Auf einem Flugblatt, das gestern in den Dienststellen von Bund, Ländern und Gemeinden verteilt wurde, unterstreicht die Tarifgemeinschaft die Vorteile einer Vorruhestandsregelung für den öffentlichen Dienst.

Für weniger als ein Prozent der Lohn- und Gehaltssumme könne ein tariflicher Vorruhestand vereinbart werden, der rund 50 000 Arbeitsplätze vorzeitig freimachen würde. Dagegen lasse sich – bei gleichen Kosten – die Wochenarbeitszeit lediglich um etwa fünf Minuten täglich verkürzen, das wären rund zwei freie Tage pro Jahr. „Damit werden so gut wie keine neuen Arbeitsplätze geschaffen", betont die Tarifgemeinschaft aus DAG, Marburger Bund und der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes.

Immer mehr Arbeiter, Angestellte und Beamte lassen sich immer früher in den Ruhestand versetzen. Die Regelaltersgrenze von 65 Jahren (Soldaten: 60) gilt heute bereits als Ausnahme: 1983 stellten nur noch 9,3 Prozent der Neurentner ihren Antrag für diesen Zeitpunkt. Der durchschnittliche Ruhestandsbeginn liegt mittlerweile um drei Jahre früher, ermittelte das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Glemps Nachruf

Von Elisabeth Ruge

Es ist schon eine erstaunliche Kehrtwendung, die der polnische Primas Glemp unter dem Druck der Bevölkerung vorgenommen hat. Die Gläubigen haben nicht vergessen, daß der Primas diesen einfachen Priester Popieluszko, der in einer Art vorweggenommener Heiligsprechung durch das Volk zum „Schutzpatron der Solidarität" erklärt wird, noch vor ein paar Monaten fallengelassen hat. Einen Priester, dem nur „vorzuwerfen" war, daß er sich unermüdlich für die Armen und die Verfolgten der „Solidarität" eingesetzt hatte; der nun für Menschenwürde und Bürgerrechte sein Leben hingegeben hat.

Er wird als Märtyrer die gläubige Nation noch mehr zusammenschweißen. Nun ruft ihm der Primas ins Grab nach: „Mögest du das letzte Opfer sein auf polnischem Boden, und niemand soll mehr mit dem Finger auf den anderen zeigen, nur weil ihm seine Meinung nicht paßt."

Dem Primas hat manches an Pater Popieluszko nicht gefallen. Zum Beispiel, daß er ein Blumenkreuz für den erschlagenen Gymnasiasten Grzegorz Przemyk neben seiner Kirche St. Stanislaw Kostka errichten ließ, an dem sich nicht nur Anhänger der „Solidarität" zum Beten versammeln.

Ihm hat auch nicht gefallen, daß der Pater an diesem Ort bestattet werden sollte. Drei Stätten standen zur Wahl: die Regierung wollte den furchtbar zu Tode gefolterten Pater unauffällig in seinem Heimatdorf Okopy, nahe der russischen Grenze, begraben. Glemp wählte den Nationalfriedhof Powazki, wo polnische Patrioten sowie Bischöfe und verdiente Geistliche, aber auch der ehemalige Parteichef Gomulka liegen – eine Pilgerstätte also auch für die Obrigkeit.

Aber das Volk siegte und macht damit die St.-Stanislaw-Kostka-Kirche mit den Gedenkstätten zweier Märtyrer zu einem Wallfahrtsort der „Solidarität" zum dritten Märtyrer. Auf eine politische Kehrtwendung jedoch, beginnend mit einer Säuberung von Neo-Stalinisten im Machtapparat, hofft das Volk wohl vergebens. An der Spitze des Innenministeriums steht weiterhin ein alter Kampfgefährte Jaruzelskis von 1943, als sich auf sowjetischem Boden die kommunistische polnische Armee formierte: der General Kiszczak.

Schneidiger Richter

Von Günther Bading

Das Strafmaß sei eine „sehr subjektive Angelegenheit", bemerkte einer der Anklagevertreter nach der Urteilsverkündung im Prozeß gegen den Pharma-Unternehmer Madaus. Seine Überraschung über den Spruch konnte er ebensowenig verbergen wie der vorerst Verurteilte – die Verteidigung will Rechtsmittel einlegen – und dessen Anwälte.

Gefordert hatte die Staatsanwaltschaft wegen Steuerhinterziehung ein Strafmaß von 75 Tagessätzen à 2000 Deutsche Mark. Richter Volker Baumgarten – wie der „Spiegel" schreibt, Mitglied von SPD und ÖTV (Dementis wurden bisher nicht bekannt) – aber setzte die Strafe im Namen des Volkes auf 210 solcher Tagessätze fest: 420 000 Mark.

In seiner Urteilsbegründung fand der Richter allerdings kein Wort der Erklärung, warum er das Strafmaß auf knapp das Dreifache des Antrags der Staatsanwälte erhöht hatte.

Was an dem Verfahren betroffen macht, ist, daß ein honoriger Zeuge wie Altbundespräsident Scheel sogar noch in der Urteilsbegründung herabgewürdigt wurde – Originalton Richter Baumgarten: „Dies war sicherlich ein Höhepunkt, wenn auch kein Glanzlicht in diesem Prozeß" –, daß die Verstrikkung der obersten Finanzbehörden in die Umwegfinanzierung als „unerheblich" abgetan wurde, daß die Staatsanwaltschaft in letzter Sekunde vor der Urteilsbegründung noch einen verbalen Schuß auf den Bundeskanzler abgab, obwohl Kohl in einem Fernsehinterview nur gesagt hat, was ohnehin jeder im Lande weiß: die Umwegfinanzierung war den Finanzbehörden bekannt und wurde von allen Parteien gehandhabt.

Zwar nennt auch Richter Baumgarten die Spendensammler der Parteien die „eigentlich Verantwortlichen." Verurteilt aber wird ein Mann, der sich nicht selber bereichert hat. Madaus hat gespendet. Er hätte ohne die Befreiung weniger gegeben. Die Nutznießer jener Transaktionen waren die Parteien; alle Parteien. „Ohne die Steuerbefreiung hätten wir die Hälfte bekommen", bekannte der Zeuge Scheel. Die Spender handelten im guten Glauben und im Vertrauen darauf, daß ihnen Spitzenpolitiker nichts Unrechtes anraten würden. Aber das mochte dieser Richter dem Unternehmer nicht zubilligen.

Aufhellung unter der Lupe

Von Peter Gillies

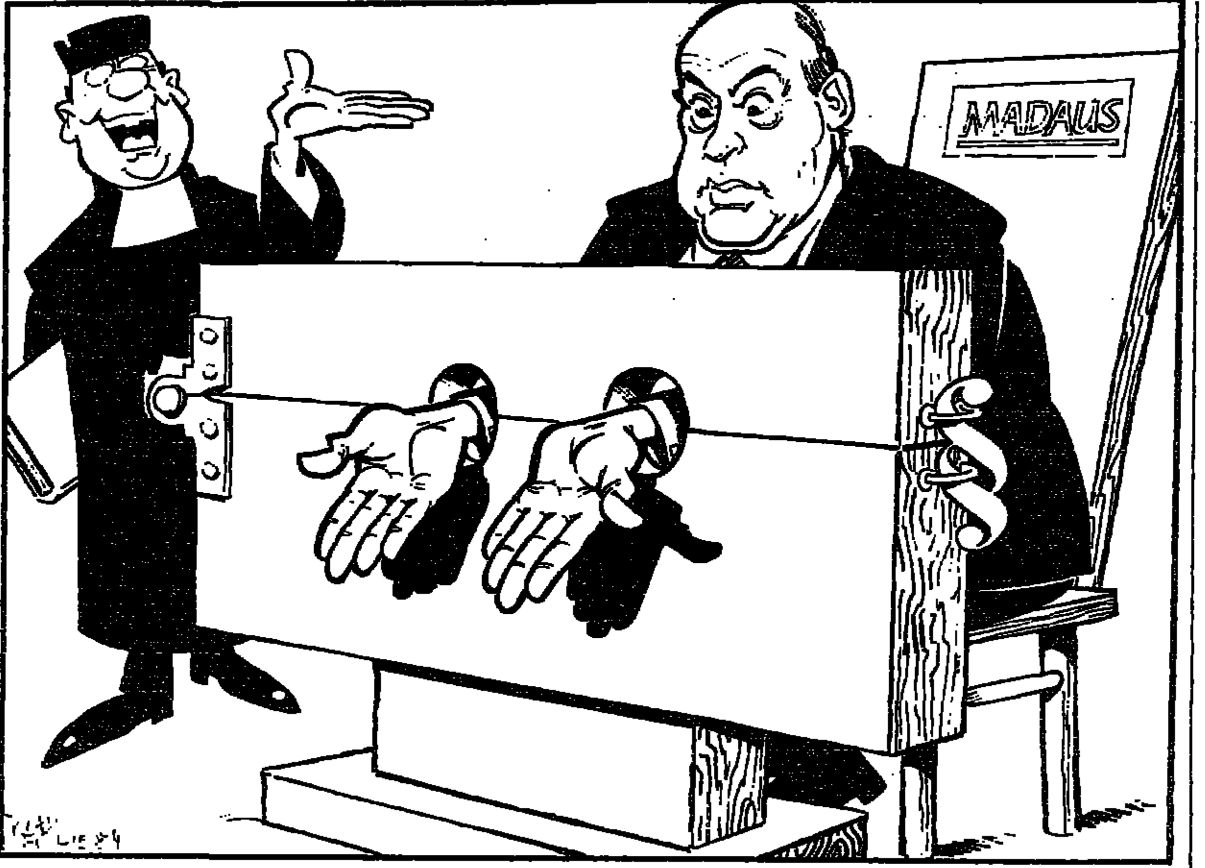
Bei den Arbeitslosenzahlen bemühen Chronisten meist meteorologische Analogien. Da reicht die Skala vom Silberstreif am Horizont bis zur Eintrübung nebst Wetterleuchten. Gestern griff der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit zu der Kennzeichnung, der Arbeitsmarkt habe sich „aufgehellt".

Das klingt kühn, denn die schiere Zahl der registrierten Erwerbslosen blieb im Oktober praktisch gleich. Dahinter jedoch verbergen sich aufschlußreiche Entwicklungen. So hat sich beispielsweise die Arbeitsmarktlage in diesem Oktober deutlich weniger verdüstert als im Herbst der vergangenen Jahre. Der Oktober war in den letzten beiden Jahren stets ein Monat anschwellender Arbeitslosenzahlen.

Klammert man ferner die saisonalen Wirkungen aus der Statistik aus, so ergibt sich, daß die Beschäftigung leicht verbessert ist. Darin kommt der anhaltende Konjunkturaufschwung zum Ausdruck, der freilich auf Ziffern nach dem Komma begrenzt bleibt. Die Kurzarbeit, eine Art Parkplatz für einen vollen Job, ist zwar leicht gestiegen, liegt aber um fast die Hälfte niedriger als im Vorjahr. Auch gab es in diesem Oktober ein Fünftel mehr offener Stellen als vor zwölf Monaten.

Die Nürnberger Meldungen erhellen ferner, daß die Konjunktur in einigen – vor allem den exportorientierten – Bereichen lebhaft bleibt. Das reicht vom Automobil bis zum Maschinenbau. Indes hat die Bauwirtschaft, ohnehin extrem saisonabhängig, ihre Strukturkrise nicht hinter, sondern noch vor sich. Sie wird sie, ohne daß mit staatlicher Ankurbelung zu rechnen ist, durchstehen müssen wie einst die Textilindustrie.

Das Arbeitslosenproblem ist die offene Flanke und zugleich die Bewährung der Wirtschaftspolitik. Für seine soziale Explosivität ist die Zahl jedoch nur ein Anhaltspunkt. Es gibt Registrierte, die nicht ins Elend fallen, und es gibt andere, die sich wegen der Erfolglosigkeit einer Vermittlung erst gar nicht melden. Die Wirtschaftspolitik muß beharrlich darum kämpfen, die Hürden für Arbeitslose abzubauen und andererseits die Schaffung neuer rentabler Arbeitsplätze fördern. Über den Schlüssel für beides verfügen die Arbeitsbesitzer, die Tarifpartner. Andere Visionen verführen in die Utopie.



Zeigt her eure Händchen ... KLAUS BÖHLE

Reagan und die Jugend

Von Thomas Kielinger

Zu den überraschenden Entdeckungen des amerikanischen Wahljahres gehört das Faktum, daß die Jugend des Landes, auch die akademische, in breiter Mehrheit hinter dem konservativen Kandidaten steht, hinter Präsident Reagan also. Ein signifikanter Wechsel zum Kult der sechziger und siebziger Jahre bereitet sich vor. Galt einst der Slogan „Trau keinem über dreißig", so muß heute festgestellt werden, daß gerade die jugendliche Wählerschaft dem ältesten Präsidenten in der Geschichte der USA das stärkste Vertrauen schenkt.

Stellvertretend für viele vergleichbare Befragungen mag hier das Ergebnis einer Umfrage stehen, das die New York Times zusammen mit dem Medienkonglomerat CBS über die Neigungen der Jungwähler (18 bis 24 Jahre alt) veranstaltet hat. Demnach bevorzugt diese Altersgruppe Ronald Reagan vor Walter Mondale im Verhältnis 61:30. In der allgemeinen Wählerschaft sieht das Bild weniger dramatisch aus: 53:32 für Reagan. Diese Umfrage datiert von Anfang Oktober, liegt also vor der ersten Reagan-Mondale-Fernsehdebatte, die für den Präsidenten nicht gut ausging. Doch hat sich das Bild, wie die Erhebungen anderer Institute belegen, seitdem nicht wesentlich verändert.

Als Ideenträger – nicht als Partei – bilden die Konservativen die stärkste politische Kraft in den USA. Das spricht vor allem die Jugend an, die sich kaum nach parteipolitischen Etikettierungen richtet.

Die Konservativen – das schließt auch Kreise der Opposition mit ein – haben mit dem Primat des wirtschaftlichen Wachstums vor den Steuerungsansprüchen der Bürokratie nicht nur die nationale Debatte erobert; sie verwandeln diese Debatte gleichzeitig von einem Streit um politische Programme in einen Grundsatzdiskurs über die Quellen nationaler Kraft und Wiederbelebung.

Was Reagan der Jugend bietet, ist nicht einfach die Aussicht auf neue, ungeahnte Chancen, nicht nur der Schlachtruf von der „opportunity society". Er versucht sie gleichzeitig auf den Boden eines neuen Selbstbewußtseins zu führen. Dieses umgibt er mit dem Taufkleid der Nation: dem Patriotismus. Ein Magnet, der Zulauf aus allen Parteien findet.

Es gab eine Zeit, da schienen solche strahlenden Eigenschaften wie Optimismus, Aufbruchbereitschaft und der Glanz von Ideen im Dauerbesitz der Demokraten zu sein. Roosevelt prägte das Muster, das sich bis Johnson hielt: Hoover hatte dem Charisma von „FDR" nichts entgegenzusetzen; Dewey, „der kleine Mann auf dem Hochzeitskuchen", unterlag der schieren Kampfeslaune von „Give 'em hell Harry" (Truman); selbt Adlai Stevenson überstrahlte einen Eisenhower an Eleganz und intellektueller Präsenz; Kennedy dominierte seine Zeitgenossen; Johnson schließlich inspirierte noch einmal das Land mit der überfälligen Bürgerrechtsreform.

Dann riß der Faden. Mit George McGovern übernahmen die Prediger und intellektuellen Sandkastenspieler das Ruder in der Demokratischen Partei. Theorien der Entfremdung, der nationalen Malaise wurden just von jenen Leuten eingeführt, die selber eine Malaise ihrer Ideen und eine akute Entfremdung von der Wurzel ihrer politischen Vorfahren erlebten. Mit Jimmy Carters Fernsehansprache vom Juli 1979 über die Malaise der amerikanischen Gesellschaft erreichte diese Irrfahrt ihren Höhepunkt: Von diesem Augenblick, also noch vor der Iran- und Afghanistan-Krise, datiert der Niedergang der Carter-Präsidentschaft und der Aufstieg Reagans zur einzigen nationalen Möglichkeit. Diese Jahre fallen in die formative Phase der heutigen Jungwähler.


Trau einem über siebzig: Wahlkämpfer Reagan FOTO: SVEN SIMON

Die Elemente der Wahlverwandtschaft zwischen Reagan und der Jugend des Landes sind nicht schwer auszumachen. An ihren Ausläufern berühren sich die Generationen: Großväter und Enkel huldigen dem Ideal eines besseren, stärkeren, herausgeforderten Amerika. Kurz: seiner Jugend.

Im Zentrum dieser Vision steht das Zwillingspaar von Risiko und Chance, die Bereitschaft, auf eigene Rechnung die Zukunft anzusteuern, dafür im Gegenzug – wenn es gut geht – die Früchte der eigenen Leistung zu ernten. Der „appeal" dieser Lebensauffassung, in der sich Optimismus mit innerer Härte verbindet, überlagert sogar jene Bereiche, in denen die Jugend diesem Präsidenten eher nicht folgen will – seine „moralische Aufrüstung", seine religiös durchwirkte Gesellschaftsprogrammatik.

Freilich kann sich Reagan, wenn er die Jugend anspricht, auf ein noch intaktes Korsett einzelner Institutionen stützen. Die höhere Bildung beispielsweise entläßt kein Frustrationspotential aussichtslos studierender Jugendlicher, sondern Jahrgang für Jahrgang von überschaubar absolvierten 21- oder 22jährigen, die das Leben noch vor sich haben, dabei einen psychologischen wichtigen Leistungsnachweis bereits hinter sich haben. Der Mittelstand investiert in diese Bildung mit immer höheren – aber kalkulierbaren, „budgetierbaren" – finanziellen Opfern; eine lehrreiche Einführung für den Sohn oder die Tochter in das Leben „auf eigene Rechnung". Schließlich hat die Reagan-Regierung die Bemessungsgrundlage für Stipendien scharf angezogen.

Letztlich ist das Land weitgehend frei von der Herrschaft mediengesteuerter Indoktrination – sie hätte auch, solange kein neues Vietnam Hysterie entfacht, keine Chance. Statt dessen dominiert der Wille, wieder auf den guten Namen des eigenen Landes zu setzen und in den allgemeinen Rahmen das Stück eigener Lebensleistung einzufügen. Patriotismus ist keine Erfindung Ronald Reagans. Er hat diese Quelle der nationalen Verwirklichung nur wieder freigelegt.

IM GESPRÄCH Daniel Ortega

Der Berufsrevolutionär

Von Günter Friedländer

Der junge Mann ist kein klassischer Wahlkämpfer. Er kann nicht lachen und keine Babys küssen. Er wirkt hölzern und verurteilt pausenlos die „Yanqui-Imperialisten". Amerikanische Fotografen, die oft verzweifelt auf eine lockere Geste warten, nennen ihn „pokerface".

Dafür versteht Daniel Ortega (39) etwas von Machtpolitik. Aus diesem Grund ist er jetzt der erste marxistische Präsident Nicaraguas.

Der schnauzbärtige Comandante blickt auf ein ereignisreiches Leben zurück, das Leben eines Berufsrevolutionärs. Mit vierzehn kämpfte er bereits bei den sandinistischen Partisanen gegen die Somoza-Diktatur. Er spezialisierte sich später auf Banküberfälle, um die Kassen der Guerrilleros zu füllen. In den siebziger Jahren saß Ortega sieben Jahre im Gefängnis, länger als jeder andere Vertreter der sandinistischen Führungsspitze.

Hinter Gittern schrieb der Freizeitpoet ein Gedicht mit dem Titel „Ich habe Managua nie gesehen, als Miniröcke in Mode waren."

Die Eltern, die die untere Mittelklasse in Nicaraguas schönster Stadt Granada repräsentierten, übertrugen ihren Somoza-Haß auf die drei Söhne. Alle gingen in den Untergrund. Camilo, der mittlere, fiel im Bürgerkrieg. Humberto, der jüngste, kommandiert heute als Verteidigungsminister 120 000 Soldaten und Milizen.

Nach dem Sieg der Sandinisten im Sommer 1979 verhalf Humberto seinem Bruder aufgrund dieser Schlüsselstellung zur Führungsposition im sandinistischen Staat. Die Ortegas konnten sich langsam die Mehrheit im Politbüro „Nationales Direktorium" sichern, dem die neun wichtigsten Comandantes angehören. Rivale Tomas Borge, der Innenminister, wurde bereits ausgespielt, als Daniel Ortega 1981 das Amt des Junta-„Koordinators" übernahm. Mit seiner Präsidentschaftskandidatur und seiner Wahl am Sonntag, einer Formsache in diesem Urnengang nach Ostblock-Muster, sind nun endgültig die Würfel gefallen.


Lockere Geste auf sandinistisch: Daniel Ortega FOTO: AP

Daniel Ortega, der die Dichterin Rosario Murillo heiratete, eine bereits zuvor verheiratet gewesene Mutter von sieben Kindern, ist ein überzeugter Marxist. Er träumt von einem marxistischen Mittelamerika. Er schwärmt von Fidel Castro und der Sowjetunion. Er haßt die Vereinigten Staaten, die er kaum kennt und die er für alle Probleme der Welt verantwortlich macht, gemäß der sandinistischen Hymne, die zum Kampf gegen diesen „Feind der Menschheit" aufruft.

Der Comandante glaubt fest daran, daß die Reagan-Regierung das revolutionäre Experiment in Nicaragua militärisch beenden möchte. Drei Tage vor den Wahlen verkündete er zum zweiten Mal innerhalb der letzten vier Wochen eine bevorstehende Invasion der „Imperialisten". Nach den amerikanischen Wahlen sei es soweit.

Wenn die Prognosen sich bewahrheiten sollten, wäre dem neuen Präsidenten Nicaraguas eine kurze Präsidentschaft beschieden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Sie schreibt zur Parteienfinanzierung:

Muß es so viel Spendengeld von Wirtschaftsunternehmen sein? Die Parteien könnten sparen: Sie führen zu aufwendige Wahlkämpfe, sie halten zu viele Kongresse. Und dann gehört ins Spendenwesen mehr Offenheit.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt meint zur Parteispendenaffäre:

Immer noch will man dem Volk weismachen, bedauerliche Unklarheiten im – seinerzeit – geltenden Recht hätten zu Auswüchsen geführt. Man wirbt um Verständnis für „gutgläubige" Spender, die im Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit ihrer Spendenpraxis gehandelt hatten. Bis in die letzten Tage hinein ist auf diese Pauke getrommelt worden, als gäbe es nicht die glasklaren Hinweise darauf, daß über viele Jahre hinweg die Parteien beträchtliche Energien aufgewendet haben, um dabei zu helfen, Millionen und Abermillionen von Spenden an der Steuer vorbeizuschleusen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie schreibt zur Bonner Nicaragua-Demonstration:

Die Vorgänge in Zentralamerika verdienen sicher unsere Aufmerksamkeit, sie haben indessen sehr wenig mit den Problemen zu tun, die hierzulande die Mehrheit bewegen. Insofern darf Brandt sich nicht wundern, wenn sein Verhalten Kopfschütteln auslöst, zumal die Zielrichtung der Kundgebung doch recht fragwürdig war. Was auch immer Washington in Nicaragua verbockt haben mag: Die Herrschenden in Managua, denen man jetzt im Bonner Hofgarten Preislieder sang, sind demokratisch nicht gerade vom Feinsten. Man wird den demonstrativen Sturm und Drang des SPD-Vorsitzenden in erster Linie innenpolitischen Überlegungen zuschreiben müssen.

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

Die Dortmunder Zeitung kommentiert Indiens Bedeutung:

In Indien steht mehr auf dem Spiel als ein nationales Schicksal. Die Frage, ob sich der 700-Millionen-Staat dem Zerfall preisgibt oder ob es Indiras Erben gelingen wird, ihm ein Minimum an Stabilität zu bewahren, hat für ganz Asien überragende Bedeutung.

Kölner Stadt-Anzeiger

Er schreibt zu Polen nach der Beerdigung Popieluszkos:

Erstens: Die überwältigende Masse der Polen steht nach wie vor hinter der oppositionellen verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", die allerdings selbst immer mehr zu einem Mythos wird, dem wirklicher Einfluß abgeht. Zweitens: Selbst landesweite Emotionen, wie sie die Ermordung und Beisetzung Popieluszkos zweifellos auslösten, sind heute kaum noch imstande, spontane Widerstandsaktionen zu entzünden und die vorherrschende Apathie zu überspielen. Es wird immer klarer, daß die Verantwortung für die Entwicklung Polens wieder mehr und ausschließlicher bei der Führung selbst ruht.

Schon protestieren sogar die alten Spanienkämpfer

Belgrad, die Intellektuellen und ein Schauprozeß / Von Carl Gustaf Ströhm

In Belgrad hat am Montag der größte politische Strafprozeß Jugoslawiens seit dem Tode Titos begonnen. Die Anklage richtet sich gegen sechs junge Intellektuelle, die der „Konterrevolution" beschuldigt werden, weil sie in Privatwohnungen der jugoslawischen Hauptstadt Diskussionen und Vorträge organisierten.

Noch bevor das Belgrader Gericht zusammentrat, haben führende jugoslawische Politiker – unter ihnen der amtierende Staatspräsident Veselin Djuranovic – bereits ihr Urteil über die Angeklagten gesprochen. Djuranovic etwa bezeichnete sie als Konterrevolutionäre und Staatsfeinde. In jeden Rechtsstaat würde eine solche Präjudizierung eines Gerichtsverfahrens durch politische Funktionäre oder Staatsrepräsentanten nicht nur einen Sturm der Entrüstung nach sich ziehen, sondern den Richter dazu veranlassen, die Prozeßführung niederzulegen. Ist die Justiz in Jugoslawien ein Teil des Machtapparats der Partei? Wenn dem so wäre, müßte man den Prozeß als eine Farce bezeichnen. Es war wiederum der amtierende Staatspräsident, der jede Kritik des Auslands an der Verfolgung von Intellektuellen und Regimekritikern als „Einmischung" in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens zurückwies. Aber die jugoslawischen Kommunisten bezeichnen ihren Sozialismus als einen „weltweiten Prozeß".

Folglich nehmen jugoslawische Politiker und Medien zu allen möglichen Ereignissen in der Welt Stellung. Sie erklären sich solidarisch mit der Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika, sie unterstützen die Swapo, sie zeigen ihre Zuneigung für die Sandinisten und andere Linksbewegungen in Lateinamerika. Zu Deutschland nehmen sich jugoslawische Zeitungen heraus, offen ihre Sympathie für die Grünen und Linken auszusprechen. Wieso verfährt Belgrad hier nach der Parole: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe – ?

Gewisse jugoslawische Führer neigen offenbar dazu, den Westen falsch einzuschätzen. In der Tito-Ära wurde Jugoslawien vom Westen ein wenig verwöhnt, aus Furcht, in Belgrad könnten pro-sowjetische Kräfte die Oberhand gewinnen. Immerhin aber gab es damals noch die Hoffnung, das jugoslawische System werde sich weiter liberalisieren.

Heute dagegen bietet sich ein groteskes Bild: Jugoslawien hat mehr politische Häftlinge als Ungarn, die Tschechoslowakei und neuerdings Polen. Während etwa in Belgrad und Serbien – trotz jüngster Polizeiaktionen gegen politische Intellektuelle – noch eine relativ freie Atmosphäre der Diskussion existiert, gibt es in anderen Teilrepubliken nur graue geistige Unterdrückung. Das scheint, neben vielen anderen Anzeichen, ein besonders wichtiges Symptom für einen Machtkampf innerhalb der Partei zu sein.

Der nun beginnende Belgrader Prozeß stellt offenbar einen Versuch der dogmatischen Elemente dar, die freie Diskussion zu erstikken und den Polizeistaat zu zementieren. Mag sein, daß die Belgrader Richter unter dem Druck politischer Instanzen die Angeklagten verurteilen werden – so, wie der Soziologie-Dozent Seselj in Sarajewo wegen eines Vorschlages zu einer Verfassungsänderung zu acht Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Dazu der Kommentar eines prominenten ungarischen KP-Intellektuellen: „Wir in Ungarn könnten uns niemals leisten, einen Universitätsprofessor wegen eines Manuskripts ins Gefängnis zu schicken, wie das jetzt im angeblich liberalen Jugoslawien geschehen ist".

Der Belgrader Prozeß mutet um so seltsamer an, als inzwischen sieben jugoslawische Professoren der „Praxis"-Gruppe in einen Brief an die Behörden erklärt haben, die Verantwortung für die Taten, die den Angeklagten zur Last gelegt werden, übernehmen zu wollen. Die Professoren haben die Justizbehörden geradezu aufgefordert, wenn schon, dann ein Verfahren gegen sie – und nicht gegen die Angeklagten – zu eröffnen.

Bisher war das Vorgehen der Belgrader Dogmatiker gegen die Intellektuellen nur von Fehlschlägen begleitet. Sogar prominente Kommunisten, wie etwa der Präsident des Parlaments von Serbien, Slobodan Grigorijevic, haben vor solchen Prozessen dringend gewarnt und es als lächerlich bezeichnet, in den Angeklagten etwa die „Führer einer jugoslawischen Konterrevolution" zu sehen.

Die Probleme Jugoslawiens werden nicht dadurch gelöst, daß man sechs, sechzig oder sechshundert Intellektuelle einsperrt, sondern durch eine weltoffene, nach vorwärts gewandte Politik. Vor wenigen Tagen hat eine der Kerngruppen der jugoslawischen KP, der Verband der alten Spanienkämpfer – also Leute, die man bisher zu den Treuesten der Treuen zählte – die Einberufung eines Sonderparteitages gefordert. Gleichzeitig haben die Spanienkämpfer erklärt, es sei „alles verraten worden", wofür sie einst die Waffen ergriffen hätten. Heißt dies nun, daß man auch die Spanienkämpfer als „Konterrevolutionäre" klassifizieren muß?

Jenninger, ein Mann mit einer klaren Sprache

Vor zwanzig Jahren begann er seine Bonner Karriere in den Vorzimmern einflußreicher Politiker. Sein Weg führte ihn an die Seite Helmut Kohls, ins Zentrum der Macht. Seit gestern hat er das zweithöchste Amt im Staate inne: Philipp Jenninger.

Von MANFRED SCHELL

Manche der Voraussagen, die Philipp Jenninger bis zur Wahl zum Präsidenten des Deutschen Bundestages begleiteten, sind schon überholt. Er selbst hat sie mit seiner „Antrittsrede" vor dem Hohen Haus widerlegt. Jenninger wird, diese Prognose ist seit gestern erlaubt, bei aller Zurückhaltung, die ihm durch sein Amt auferlegt ist, gewiß kein bequemer, schon gar nicht ein unpolitischer Präsident sein. Er hat ein gesundes, in langjähriger politischer Arbeit gereiftes Selbstbewußtsein, und er versteht sich deshalb keineswegs als ein Mann, der nur aus der politischen Notlage der Union heraus in dieses zweithöchste Staatsamt gekommen ist.

Jenninger ist von Flick und Spendenlisten unbelastet, ein frischer, unkonventioneller Typ, ungeeignet, aufgesetzte Würde zu demonstrieren. Viele Abgeordnete, die ihn gestern am Rednerpult miterlebt haben, werden noch eine Zeitlang brauchen, um sich an den neuen Präsidenten zu gewöhnen. Immerhin ist Jenninger erst 52 Jahre alt. Er macht den Generationenwechsel im politischen Bonn bewußt. Seine Wahl bricht mit der weitverbreiteten Vorstellung, auf dem Präsidentenstuhl müsse eine gesetzte Persönlichkeit ruhen, möglichst mit weißem Schopf, die das Ende einer aktiven politischen Karriere erreicht hat. Jenninger wird diesem Präsidentenbild nicht gerecht. Insofern, und dies hat Helmut Kohl sicherlich auch bedacht, als er ihn *nominierte*, hat Jenninger die Chance, das Parlament auch bei Jugendlichen wieder attraktiv zu machen.

Die erste Rede des neuen Bundestagspräsidenten war wider den Zeitgeist gerichtet. Sie sollte auch Mut machen. Wie selbstverständlich ging Jenninger auf die „aktuellen Ereignisse" ein. Selbstverständlich müsse Aufklärung sein, aber widerstehen sollten alle Beteiligten der deutschen Neigung, Vorgänge zu dämonisieren oder den Schluß zu ziehen, es sei gekauft oder korrumpiert worden. Deutliche Worte fielen auch in Richtung der Medien. Sie sollten wachen, kritisieren, aber dies sei keine Unterhaltungsveranstaltung, bei der sich Publizisten zu Richtern, Staatsanwälten und Berufungsrichtern in einer Person machen dürften.

Kritisch wandte sich Jenninger aber auch an die Abgeordneten. Sie sollten keine Maßstäbe aufstellen, die sie nicht an sich anlegten. Der Parlamentarier dürfe nicht besser, aber auch nicht schlechter gestellt sein als andere. Auch er habe ein Recht auf Intimsphäre. Rainer Barzel blieb nicht unerwähnt. Mit seinem Rücktritt habe Barzel auch ein Zeichen gesetzt für die Fähigkeit der Demokratie, sich zu „korrigieren".

Jenninger, das ist gestern deutlich geworden, ist aus einem anderen Holz geschnitzt. Glatte, lavierende Formulierungen liegen ihm fern. Er hat in den zurückliegenden zwei Jahren als Staatsminister im Bundeskanzleramt zumeist still seine Arbeit getan. Für eine attraktive Selbstdarstellung hat schon die Materie – Jenninger war auch für die Deutschlandpolitik zuständig – keinen Raum gelassen. Gestern hat er Akzente für die Parlamentsgeschichte gesetzt.

Jetzt wird er sich dem täglichen Geschäft zuwenden, das heißt, einen geordneten Ablauf des Gesetzgebungswerkes sicherzustellen. Er muß die Debatten leiten und lenken. Turbulente Wochen stehen ihm bevor: die Sondersitzung zu den Spendenvorgängen und dann im Dezember die Haushaltsberatungen. Die Grünen im Parlament schaffen Probleme. Aber die Union hat Jenninger nicht zuletzt auch deshalb für das Präsidentenamt vorgeschlagen, weil er alle Feinheiten der Geschäftsordnung, *die parlamentarischen Abläufe* genauestens kennt.

Unbeantwortet ist einstweilen noch, wie er sein überschäumendes politisches Temperament zu zügeln weiß. Jenninger hält nicht hinterm Berg. Seine Kritik, das haben so manche Parteifreunde erfahren müssen, kann grob sein. Hier wird also dem neuen Präsidenten ein hohes Maß an Selbstdisziplin abverlangt werden. Auch das gehört zu den Begleiterscheinungen, die Jenningers gewaltiger Sprung von der dienenden Position an der Seite Helmut Kohls in die führende als Parlamentspräsident mit sich bringt.

Die einstimmige Nominierung in der Fraktion der CDU/CSU war ein großer Vertrauensbeweis, auch wenn zuvor andere Politiker gefragt oder ins Gespräch gebracht worden waren. Alfred Dregger hatte frühzeitig abgewinkt. Er will die Führung der größten Regierungsfraktion behalten. Heinrich Windelen sagte ebenfalls nein. Paul Mikat, der Justitiar der Fraktion, ein langjähriger und geachteter Parlamentarier, lehnte wohl deshalb ab, weil er Rainer Barzel in den Stunden des Rücktritts zur Seite gestanden hatte. Er hätte es als Stilbruch empfunden, Barzel politisch zu beerben. Jenninger kennt diese Vorgänge. Aber sie stören ihn nicht. Die CSU hatte zeitweilig Richard Stücklen für das Präsidentenamt vorgeschlagen, jedoch schnell respektiert, daß die Fraktionsvereinbarung das Vorschlagsrecht für dieses Amt der CDU zuspricht.

Jenninger hat im politischen Metier einen langen aufwärtsführenden Weg zurückgelegt. Der Volljurist stammt aus der 200 Einwohner zählenden Gemeinde Rindelbach an der Jagst. Sein Vater war Zentrumspolitiker. 1963 kam Jenninger nach Bonn. Sein Aufstieg begann im Vorzimmer von mächtigen Politikern. Er war persönlicher Referent von Staatssekretär Karl Gumbel (Hardthöhe), dann bei Sonderminister Heinrich Krone und schließlich, ab 1966, bei dem damaligen Finanzminister Franz Josef Strauß. 1969 zog Jenninger erstmals in den Bundestag ein. Das Verhältnis zu Strauß ist später, als sich Jenninger als erster Parlamentarischer Geschäftsführer uneingeschränkt Kohl zuwandte, lockerer geworden, blieb aber, trotz mancher Tieflagen, sachbezogen gut. Es gab Zeiten, in denen Jenninger wohl der engste Berater und Freund Kohls gewesen ist. Jenninger hat all dies für sich behalten, aber es dürfte Stunden gegeben haben, in denen er einen verzweifelten Helmut Kohl erlebt hat.

Jetzt hat er sich aus dem Schatten Kohls gelöst. Der neue Parlamentspräsident hat gestern vor dem Bundestag auch über seine Erfahrungen in der Deutschlandpolitik gesprochen, für die er im Kanzleramt zuständig war. Er hat die Deutschlandpolitik in all ihren Facetten erlebt, und er hat für sein Handeln auch massive Kritik einstecken müssen. Die Milliardenkredite sind dafür Stichworte, ebenso ungenügende Gegenleistungen der „DDR". Gerade auch Ost-Berlin dürfte Jenninger gestern im Auge gehabt haben, als er über das demokratische Gemeinwesen sprach. Dort, in Ost-Berlin, werden alle Register der politischen Propaganda gezogen, um die Vorgänge in Bonn zu innenpolitischen Zielen zu nutzen. Die SED will die Faszination der Bundesrepublik Deutschland, als Staat der bürgerlichen Freiheit, mit dieser Propaganda mildern. Jenninger hat diese Zielsetzung nicht vergessen.



Neuer Herr im Hohen Haus: Philipp Jenninger FOTO. DPA

„Das waren Wahlen wie bei Somoza"

„Ich fresse meine Mütze, wenn wir weniger als 70 Prozent bekommen", hatte Innenminister Borge angekündigt. Er konnte sicher sein, sich keine Magenverstimmung holen zu müssen. Denn die Sandinisten hatten die Wahlen in Nicaragua fest im Griff.

Von WERNER THOMAS

Managua wirkt an diesem heißen, schwülen Sonntag stiller als sonst. Kaum Verkehr. Die wenigen Busse karren Gäste durch die Gegend, Beobachter und Journalisten-Gruppen. Die Ausländer scheinen das Straßenbild zu beherrschen. Wo sind die Einheimischen? Sie sind zu Hause oder wählen in der Nachbarschaft. Wahltag in Nicaragua. So ruhige Wahlen hat es selten gegeben auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

Wir besuchen drei Wahllokale, die den gleichen Eindruck vermitteln: Perfekt organisiert und kontrolliert lassen die sandinistischen Comandantes dieses Ereignis über die Bühne gehen, von dem sie sich eine Legitimierung ihrer Macht versprechen. Das Volk ist stummer Statist.

Benjamin Zeldon-Schule im Bezirk Recreo: ein schäbiges Bretterbudenviertel, das seinem Namen (Erholung) keine Ehre macht. Am Eingang stehen drei grün uniformierte Beamte der sandinistischen Polizei, die an diesem Sonntag als „Wahlpolizei" firmiert.

40 ärmlich gekleidete Leute warten vor dem Eingang des Gebäudes, an dem Plakate verkünden: „Deine Stimme ist entscheidend." Manche Frauen tragen halbnackte Kinder auf dem Arm. Niemand redet. Wir dürfen einen Blick durch das Fenster werfen: Jeder Wähler muß sich identifizieren, einer der fünf Helfer sucht die Namen auf einer Liste und registriert die Wahlbeteiligung. Die Helfer sind meist Lehrerinnen oder Mitglieder der sandinistischen Frauenbewegung. Angekreuzt wird hinter einem dunkelblauen Vorhang. Die Stimmzettel verschwinden in zwei markierten Urnen: „Präsident" und „Parlament". Ein roter Fingerabdruck soll Betrug verhindern.

Die Miguel-de-Cervantes-Schule liegt in Independencia (Unabhängigkeit), einem Stadtteil strammer Sandinisten. Hier wohnen Beamte und Offiziere. Die Häuser wirken gepflegt, die Straßen sauber. „An die Front mit der (sandinistischen Befreiungs-) Front", lautet eine Parole – der Wahlslogan der Comandantes. Im Zimmer des Rektors hängen Bilder von Marx und Lenin. Die wortlose Menschenschlange umfaßt etwa 50 Personen. „Die Wahlen verlaufen reibungslos", berichtet einer der Polizeibeamten. Vor der Schule sind sowjetische Lada-Autos geparkt und ein grüner IFA-Laster, der aus dem kommunistischen Teil Deutschlands stammt.

Das Wahllokal 659, ein Privathaus, befindet sich in Las Colinas (die Hügel), einem der vornehmsten Bezirke Managuas. Die Fahrt führt über die Straße nach Masaya, vorbei an neuen, erst in den letzten Monaten entstandenen Slumvierteln ohne Licht, fließendem Wasser und Kanalisation. An dem ummauerten Freizeitklub der Comandantes biegen wir links ab. Eine schöne Gegend liegt vor uns. Soldaten kontrollieren einige Straßen. Hinter einem Gelände mit einer hohen Mauer, aus dem eine riesige Antenne ragt, verbirgt sich die kubanische Botschaft. Einige Villen gehören der sandinistischen Führungsspitze. Das Wahllokal wirkt leer, niemand steht Schlange. „Viele waren schon hier", erläutert eine Helferin. Es ist elf Uhr morgens.

Die Zeitung „El Nuevo Diario" erscheint morgens mit der Schlagzeile: „Die Stunde der Wahrheit." Dazu veröffentlichte sie Fotos der sieben Präsidentschaftskandidaten unter der Überschrift: „Einer wird Präsident." Aus der Mitte blickte Daniel Ortega. Wer diese Wahlen nicht ernst nahm, lachte beim Anblick der Seite. „La Prensa", das einzige Oppositionsblatt, hatte bereits am Samstag sarkastisch die Sieger per Foto vorgestellt: „Diese werden morgen gewinnen." Ortega und sein Vizepräsidentschaftskandidat Sergio Ramirez waren abgebildet.

Die Comandantes haben einen gewaltigen Propaganda-Apparat in Bewegung gesetzt, um die Welt von den „ersten freien Wahlen in der Geschichte Nicaraguas" (Ortega) zu überzeugen. 400 linksorientierte Journalisten wurden eingeflogen und in den besten Hotels einquartiert – die Kosten zahlte die Regierung. Aus diesem Grund fanden andere Pressevertreter nur drittklassige Unterkünfte. Weitere 500 Sympathisanten der Revolution kamen als Beobachter und wurden *in der sandinistischen* Presse häufig zitiert.

Die grüne Bundestagsabgeordnete Gabriele Gottwald, eine regelmäßige Besucherin Managuas, in „Nuevo Diario": „Ich kann nicht verstehen, weshalb die rechten Parteien nicht daran teilnehmen, wo doch die Wahlen frei sind." Der SPD-Bundestagsabgeordnete Rudolf Bindig unterstrich gegenüber der „Barricada", dem sandinistischen Sprachrohr, die „breite Teilnahme der Oppositionsparteien".

Eine der sechs Oppositionsgruppen, die Unabhängige Liberale Partei (PLI) des früheren Arbeitsministers Virgilio Godoy, die vor zwei Wochen einen Boykott beschloß, stand dennoch auf dem Stimmzettel: Die Wahlbehörde wollte aus „technischen Gründen" keine Änderung mehr vornehmen. Clemente Guido, der Kandidat der Demokratischen Konservativen Partei (PDC), stellte sich auch ohne den Segen der Delegiertenversammlung zur Wahl. Vor einer Woche ließ seine Fraktion durch jugendliche Störtrupps eine beabsichtigte Abstimmung sprengen, als sich eine Mehrheit gegen die Teilnahme abzeichnete. Drei der vier anderen Parteien pendeln noch links von den Comandantes.

Viele in Nicaragua wählten aus Angst vor dem Hunger. Immer wieder berichteten die Leute aus den ärmeren Wohnbezirken, die Blockwart-Organisationen (Komitees zur Verteidigung des Sandinismus) hätten ihnen mit dem Entzug der Lebensmittelkarten gedroht. Alle Grundnahrungsmittel sind rationiert. Für die Wahlen füllten die Coman*dantes die Regale der Geschäfte zum* ersten Mal seit Monaten wieder mit Toilettenpapier.

Da auch die Auszählung der Stimmen in den Händen der Sandinisten lag, zweifelte kein Bürger des Landes am Ausgang des Urnengangs, auch jene nicht mit dem Comandante-Stern. Tomas Borge, der Innenminister, wollte in „Heulen und Wehklagen" ausbrechen, wenn die Befreiungsfront nicht mindestens 70 Prozent der Stimmen erhält. Ein anderes Mal gelobt der Comandante: „Ich fresse meine Mütze, wenn wir weniger als 70 Prozent bekommen." Unser Taxifahrer erläuterte den ungewöhnlich stillen Sonntag mit den Worten: „Die Bevölkerung reagierte apathisch, weil sie weiß, daß sich doch nichts ändert." Am Abend drucken die sandinistischen Blätter Sonderausgaben mit triumphierenden Schlagzeilen: „Das Volk hat gewonnen." „Es lebe das freie Nicaragua."

Wir treffen im Haus eines Diplomaten Violeta Chamorro, die Witwe Pedro Joaquin Chamorros, des prominentesten Oppositionsführers in der Somoza-Diktatur. Die große, schlanke Frau ist ein lebendes Symbol der nicaraguanischen Tragödie. Ihr Mann, einst Verleger der „Prensa", wurde von Somoza ermordet. Nach der Machtübernahme der Sandinisten diente sie der ersten Junta, bis sie die neuen Herren als Marxisten identifizierte. Ihr ältester Sohn Pedro Joaquin junior redigiert heute die „Prensa", ihr jüngster Sohn Carlos Fernando führt die Chefredaktion der „Barricada". Eine gespaltene Familie, gespalten wie das ganze Land.

Violeta Chamorro wirkt nervös. Sie bekennt: „Ich bin verzweifelt. Das waren Wahlen wie bei Somoza. Sie verbeißen nichts Gutes für die Zukunft." (SAD)



Ohne Stimmabgabe keine Lebensmittelkarte: Menschenschlange vor einem Wahllokal in der Hauptstadt Managua FOTO: AP

WIE WAR DAS?

Als die Staatsbesuche neu begannen

Von GEORG SCHRÖDER

Vom 20. bis 23. Juni 1961 besuchte Bundespräsident Heinrich Lübke Frankreich. Es war der erste Staatsbesuch eines deutschen Bundespräsidenten in Paris und zugleich der erste Staatsbesuch des zweiten Bundespräsidenten. Richard von Weizsäcker tut es ihm gleich. Auch sein erster Staatsbesuch führt ihn nun nach Frankreich – was mehr ist als Zufall, nämlich politische Geste.

Manche mögen im nachhinein denken, daß derartige Präsidentenbesuche nur ein Stück Zeremoniell sind, ohne sonderliche Bedeutung. Aber wer so denkt, vergißt, daß Lübkes Staatsbesuch in Frankreich 16 Jahre nach der Kapitulation stattfand. Sie vergessen auch, wie schwer und doch wie überraschend schnell der Staat aus dem Nichts politisch zum Faktor geworden war.

Man gerät im nachhinein fast wieder ins Staunen, daß schon im November 1954 ein erster Staatsbesuch in Bonn stattfand. Es war der äthiopische Kaiser Haile Selassie, der als erstes Staatsoberhaupt offiziell die Bundesrepublik Deutschland besuchte. Zwei Jahre später folgte der Staatsbesuch des griechischen Königs Paul. Da war immerhin schon ein Jahr lang das Besatzungsstatut aufgehoben, und die Bundesrepublik galt nun wieder als souverän. Der dritte Staatsbesucher war im Dezember 1956 der italienische Staatspräsident Giovanni Gronchi. Ihm folgte ein Jahr später König Mohammed Zahir von Afghanistan.

Und Staatsbesuche des deutschen Oberhauptes im Ausland? Der erste Staatsbesuch des Bundespräsidenten Heuss erfolgte 1956. Theodor Heuss besuchte Griechenland. Im November 1957 folgte sein Staatsbesuch in Italien und im Oktober 1958 in Großbritannien. Damit hatte es sich auch schon.

Noch ein Staatsbesuch in Bonn verdient in diesem Zusammenhang hervorgehoben zu werden: Im April 1961 besuchte das belgische Königspaar Bonn. Amtliche Kommentatoren verzeichneten damals, daß mit diesem Besuch der belgische König ein Zeichen zur Bereitschaft zur Aussöhnung mit den Deutschen gesetzt habe. Baudouin sei das einzige Staatsoberhaupt eines westlichen Partnerlandes, das zu einem Besuch in Bonn gekommen sei, ohne die Visite des Bundespräsidenten abzuwarten.

Staatsbesuche also doch alles andere als nur ein Stück Protokoll, ein Stück Präsentation? Jahre deutsch-französischer Bemühungen um Aussöhnung und Zusammenarbeit waren schon verflossen, ehe Lübke nach Paris reisen konnte. Robert Schuman, der Vater der Montanunion, viele Treffen zwischen Adenauer und de Gaulle, Bemühungen um eine europäische Union, alles das war schon ein Stück Geschichte, als Präsident de Gaulle im Mai 1961 zu einem Arbeitsbesuch nach Bonn kam. Einen Monat später folgte auf französische Einladung der Staatsbesuch Heinrich Lübkes in Frankreich.

Die Franzosen und allen voran Charles de Gaulles haben symbolische Akte der Politik immer als sehr bedeutsam angesehen. Für den französischen Präsidenten war dies der Auftakt für die von ihm angestrebten engeren französisch-deutschen Beziehungen, der Auftakt für seinen darauf folgenden Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland und für den am 22. Januar 1963 abgeschlossenen Vertrag über deutsch-französische Zusammenarbeit.

„Kredit an DDR für mehr Umweltschutz“

hrk. Berlin

Die „DDR“ müßte in den nächsten Jahren rund 30 Milliarden D-Mark aufwenden, um mit modernster westlicher Technologie ihre braunkohlen- und abgasverseuchte Luft zu säubern, die auch die Berliner beeinträchtigt. Diese Rechnung stellte gestern Berlins FDP-Chef Walter Rasch auf. Er wiederholte seinen Vorschlag, Bonn möge Ost-Berlin anbieten, Kredite für derartige Kraftwerks-Umrüstungen zu geben. „Als Gegenleistung könnte die DDR Strom nach West-Berlin liefern“, sagte Rasch.

Auf diese Weise ließe sich, meinte der liberale Politiker, die einst so gepriesene Berliner Luft wieder reinigen. „Dann könnten Kraftwerke abgeschaltet werden oder Neubauten unterbleiben.“ In einer Pressekonferenz zum Thema Umweltschutz wies Rasch auf den hohen „DDR“-Anteil an der Luftverschmutzung Berlins hin: „Rund die Hälfte der Schwefeldioxydbelastung der Stadt stammt aus der näheren Umgebung.“ Die früher „perlende“ Berliner Luft hat ihren Ruf aus vier Gründen eingebüßt:

- Von den 1,1 Millionen Wohnungen im Westteil werden noch immer 300 000 mit minderwertiger, aus mitteldeutschen Revieren gelieferter Braunkohle geheizt; 440 000 haben eine umweltschädliche Ölheizung.
- 700 000 Kraftfahrzeuge belasten die Luft durch Abgase.
- 2600 Industriebetriebe geben Emissionen ab.
- Acht Kraftwerke arbeiten auf Kohlebasis. Sie erhalten mit Milliardenaufwand jetzt Rauchgasentschwefelungsanlagen.

Diese Einbauten sollen nach dem Wunsch der FDP beschleunigt vorgenommen werden. „Wir fordern, daß bis 1988 70 Prozent der Rauchgase entschwefelt sind.“ Zugleich bekräftigte Rasch die Forderung nach Abschluß eines Luftreinhalteabkommens zwischen Bonn und Ost-Berlin.

Die Liberalen präsentierten gestern auch das Patent einer Berliner Firma, die einen kostengünstigen Rauch-„Wäscher“ und Wärmetauscher entwickelte. Er kann in Privathäusern und Industriebetrieben eingebaut werden. Die FDP verlangt vom Senat, mit 200 000 Mark drei Pilotprojekte zu finanzieren. „Dies ist ein Beispiel dafür, wie Umweltschutz auch durch marktwirtschaftlich orientierte Unternehmen weiter entwickelt werden kann“, meinte Rasch.

Die FDP appelliert an den anonymen Spender

CDU: Verhaltensregeln für Abgeordnete neu fassen

P. PHILIPPS/S. HEYDECK, Bonn

Die Parteispitzen von CDU und FDP sind übereinstimmend der Auffassung, daß als eine Folge der Flick-Affäre eine breite Diskussion „über alle Fälle, in denen die Unabhängigkeit von Abgeordneten berührt ist, notwendig“ (Beschluß des FDP-Präsidiums) sei. Der CDU-Vorstand hat gestern als „Empfehlung“ an die Parlamente beschlossen, „als Konsequenz aus den Vorgängen der vergangenen Wochen die Verhaltensregeln für Mitglieder des Deutschen Bundestages neuzufassen, zu erweitern und verbindlich zu machen“ sowie entsprechende Maßstäbe auch an Mandatsträger zum Beispiel in den Landtagen anzulegen. Generalsekretär Heiner Geißler „verurteilte“ namens der CDU „jeden Versuch, durch Geld und andere Abhängigkeitsverhältnisse auf politische Entscheidungen Einfluß nehmen zu wollen“.

Schon heute wollen FDP-Experten beraten, wie und ob die Forderung nach „gläsernen Taschen“ der Parlamentarier realisiert werden kann. Auf einer Sitzung warnten die Abgeordneten aber vor „undifferenzierten Pauschalforderungen“ nach „Totalveröffentlichung“ aller Einkünfte.

Ähnlich wird es auch vom CDU-Vorstand gesehen, in dem es „einhellige Auffassung“ (Geißler) ist, daß durch die Art der Flick-Spenden eine „Vertrauenskrise“ heraufbeschworen und die eigene Partei in „Unsicherheit“ gestürzt worden sei.

Ehrenrat vorgeschlagen

Bei einer Offenlegung der Bezüge und Beraterverträge von Abgeordneten müßten auch rechtliche „Verschwiegenheitsverpflichtungen“ berücksichtigt werden. Geißler griff wie FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher den Vorschlag des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker auf, einen „Ehrenrat“ einzusetzen, bei dem die Offenlegung erfolgen soll. Der CDU-Politiker: „Nicht alles muß dann veröffentlicht werden.“ Dieser Weg berge zwar die Gefahr, zu einer „Neidhammel-Gesellschaft“ zu werden. Aber damit müßten sowohl diejenigen, die ein öffentliches Amt ausübten, als auch die Parteien leben. „Nicht leben können wir mit dem andauernden Verdacht, daß politische Institutionen nicht integer und unbestechlich sind.“ Einig waren sich die Spitzen von CDU und FDP auch, daß gemeinsam mit der SPD klargestellt werden müsse, daß sich die Parteien auch in Zukunft überwiegend aus Spenden und Beiträgen und nicht aus der Wahlkampfkostenerstattung finanzieren müssen.

Auch gestern blieb allerdings unklar, woher die FDP Ende Dezember 1983 eine Einzelspende über sechs Millionen Mark erhalten hatte. Über die Quelle heißt es im Rechenschaftsbericht lediglich: „Unbekannt“. Insgesamt hatte die Bundes-FDP im letzten Jahr ansonsten nur 1 223 211,64 Mark als Spenden ausgewiesen.

Sechs Millionen angewiesen

Der damalige Schatzmeister Richard Wurbs bekräftigt erneut, er kenne den Absender der sechs Millionen nicht und werde Strafanzeige gegen jeden stellen, der das Gegenteil behaupte. Auch seine Nachfolgerin Irmgard Adam-Schwaetzer erklärte, sie kenne kein Präsidiumsmitglied, der den Namen des Spenders wisse. Damit blieb auch die Frage offen, ob jemand als Sammler mehrerer Einzelspenden den Millionen-Betrag zusammengetragen hat. Im Deutschlandfunk betonte die Schatzmeisterin, daß die FDP dennoch versuche, „den anonymen Spender aufzufordern, seine Anonymität aufzuheben“.

Zwischen Koalition und SPD-Opposition blieb gestern weiter strittig, ob auf die Parteispender der Vergangenheit nach dem Inkrafttreten des neuen Parteienfinanzierungsgesetzes am 1. Januar der Strafprozeß-Grundsatz des „milderen Rechts“ angewandt werden soll. Während Geißler sich noch einmal dafür aussprach, beharrte SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel darauf, daß diese Entscheidung den Gerichten zu überlassen sei. SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischnewski und der Obmann der SPD im Flick-Ausschuß, Peter Struck, dementierten nachdrücklich, daß „Gelder des Flick-Konzerns nach Spanien zur Förderung der sozialistischen Partei (PSOE) überbracht“ worden seien.

„Mitarbeiter aus linker Subkultur“

Kontroverse um die Evangelische Studentengemeinde bei EKD-Synode in Travemünde

ohn/epd, Travemünde

Zu einer Kontroverse um die Evangelische Studentengemeinde (ESG) ist es gestern bei der Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Travemünde gekommen. Die EKD-Synodalen Hans Lachenmann (Stuttgart) und Axel von Campenhausen (Hannover) äußerten scharfe Kritik an der Arbeit der Stuttgarter Zentrale der Studentengemeinde. Lachenmann warf der ESG vor, ihre hauptamtlichen Mitarbeiter „aus der linken Subkultur zusammenzuholen“. Als Beispiel nannte er die Stelle des Pressereferenten. Bei der Zentrale in Stuttgart besteht nach den Worten von Lachenmann Unkenntnis darüber, was eigentlich Kirche sei. „Insgesamt“, so der Synodale, „hat sich mir die ESG nicht als Gemeinde Jesu Christi dargestellt, sondern allenfalls als eine Fraktion in der Kirche“.

Wie Lachenmann gab auch von Campenhausen, Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD, zu Bedenken, ob die EKD nicht einen „deutlichen Schnitt“ machen müsse gegenüber einer Institution, „die unseren Namen mißbraucht“. Stattdessen sollten die örtlichen Studentengemeinden gestärkt werden. Demgegenüber warf der Synodale Ebert (Berlin) der EKD vor, mit derartigen „Abkopplungsdrohungen“ zu zeigen, daß sie bei ihren Kontakten mit der ESG den „Knüppel im Sack“ habe.

Zuvor hatte die Synode den „Bericht über die Lage der jungen Generation und die evangelische Jugendarbeit“ diskutiert. In seiner Einführung sprach Tilman Schmieder, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugend (AEJ), von der Brisanz dieser Thematik und zitierte eine Schweizer Erhebung: „Die Angst der Jugend macht Angst, weil sie auch unsere Angst ist“.

So sei Ausbildungsplatzmangel „kein soziales Randgruppenproblem, das nur eine Minderheit trifft, sondern reale Erfahrung. Im Augenblick ist mit rund 200 000 jugendlichen Arbeitslosen zu rechnen“.

Schmieder nannte die Ergebnisse der Shell-Studie, wonach 80 Prozent der Jugendlichen an Wirtschaftskrisen und Hunger auch in unserer westlichen Welt schon in absehbarer Zeit glauben, 76 Prozent mit der zunehmenden Zerstörung unserer Umwelt durch Technik und Chemie rechnen und mehr als 50 Prozent erwarten, daß die Welt in einen Atomkrieg hineingehen wird.

„Es geht um massive Veränderungen in materiellen, ökonomischen Bereich und um die offen zu Tage liegende Krise des Wertsystems dieser Gesellschaft auf der individuellen Ebene, auf der Ebene der politischen Macht“. Trotz weiterhin bestehendem religiösem Interesse, das deutlich erkennbar ansteige, bleibe Kirche uninteressant und werde zu einer beliebigen Größe.

„Das religiöse Sozialisationsdefizit, der Mangel an Erziehung zum Glauben in Familie, Kindergarten, Schule wird in unserer Praxis evangelischer Jugendarbeit immer deutlicher“, erklärte der Generalsekretär. „Aber es darf nun evangelische Jugendarbeit nicht einfach zum Lückenbüßer für vorher Versäumtes oder auch exquisit nicht Gewolltes gemacht werden“. Die Jugend brauche Freiheit und nicht Gesetz, Vertrauen und nicht Angst.

Gewerkschaft besorgt um Angestellte

DGB-Chef vor dem HBV-Kongreß: Ausweitung der Mitgliedschaft eine Lebensfrage

G. BADING, Mannheim

Die Schwierigkeiten bei der Einbeziehung von Angestellten in die Gewerkschaftsarbeit bereiten den Spitzenfunktionären im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zunehmend Sorgen. Beim Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) in Mannheim wurde das in den Redebeiträgen des Vorsitzenden dieser „Dienstleistungsgewerkschaft“, Günter Volkmar, aber auch im Grußwort des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit deutlich. Noch in diesem Jahr, spätestens aber 1985 werde die Zahl der Angestellten in der Gesamtwirtschaft die der Arbeiter übersteigen, sagte Volkmar gestern vor dem Kongreß.

Volkmar bezeichnete die „weitere Verstärkung der Mitgliederbasis“, also die Mitglieder-Werbung, als eine der vorrangigsten politischen Aufgaben der HBV. Diese Gewerkschaft ist die einzige im DGB, die einen Netto-Mitgliederzuwachs in diesem Jahr zu verzeichnen haben wird. Dennoch sind in der HBV nur 360 000 vorwiegend Angestellte aus den Bereichen Handel (über 200 000), Banken, Versicherungen und Spezialgebieten wie Reisebürogewerbe und Wohnungswirtschaft organisiert. Das theoretische Organisationspotential wird allerdings in diesen Bereichen mit 3,5 Millionen Beschäftigten angegeben.

In seinem Rechenschaftsbericht rief der HBV-Vorsitzende, an dessen Wiederwahl auf dem Kongreß heute nicht gezweifelt wird, nicht nur die eigenen Mitglieder und Funktionäre, sondern auch die übrigen DGB-Gewerkschaften auf, sich verstärkt der Anwerbung von Angestellten zu widmen. „Wenn es der Gewerkschaft HBV nicht zusammen mit allen Gewerkschaften des DGB gelingt, auch die Angestellten gewerkschaftlich zu integrieren, dann droht allen Gewerkschaften ein Aderlaß, der nicht verkraftbar ist.“ Unter Anspielung auf die Überbetonung der Programmarbeit bei vielen Funktionären fügte Volkmar hinzu: „Unsere Gegner fragen nicht nach noch so ausgefeilten Programmen und Resolutionen. Für sie zählen allein die ‚Bataillone‘, die dahinterstehen.“

Vor dem Kongreß hatte DGB-Chef Ernst Breit die Ausweitung der vor allem in den Industriegewerkschaften überwiegend auf die Arbeiter beschränkten Mitgliedschaft auf den Angestelltenbereich als eine „Lebensfrage“ für die Gewerkschaften bezeichnet. „Über den gesamten DGB betrachtet, entspricht die Zusammensetzung der Mitgliedschaft der DGB-Gewerkschaften im Jahre 1984 – also der rund 7,7 Millionen Mitglieder – der Beschäftigtenstruktur des Jahres 1954.“ Wenn der DGB seine Mitgliedschaft im heutigen Verhältnis von Arbeitern und Angestellten umstruktrieren wolle, dann „müßten wir nicht 1,7 sondern fünf Millionen Angestellte organisieren“.

Heute wählt der Gewerkschaftstag der HBV einen neuen Vorstand. Am Nachmittag wird Ernst Breit ein Grundsatzreferat halten; nach ihm wird der SPD-Vorsitzende Willy Brandt zu den 296 Delegierten sprechen.

Erfolg für „Tornado“ bei US-Wettbewerb

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Das europäische NATO-Kampfflugzeug „Tornado“ hat in einem amerikanischen Wettbewerb für Bomber gegen die US-Konkurrenz einen weltweit beachteten Erfolg erzielt. Die von Briten geflogenen Flugzeuge erreichten gegen amerikanische und australische Besatzungen, die US-Maschinen vom Typ „B-52“ und „F-111“ benutzten, beim Wettkampf für Würfe aus niedrigen und großen Höhen in drei Wertungen einmal den ersten und zweiten Platz, beim zweiten Mal den ersten und dritten Platz und schließlich abermals den ersten Platz.

Obwohl im Vergleich zu den anderen Flugzeugtypen die modernsten, mußten die Tornado-Maschinen Aufgaben ausführen, für die sie nicht ausgerüstet sind, nämlich Bomben aus großen und auch mittleren Höhen abwerfen. Auch waren die von der Bundesrepublik, Großbritannien und Italien gemeinsam gefertigten Flugzeuge die einzigen, die für die Fernflüge auf Luftbetankung angewiesen waren. Die Tornados stammten vom einem britischen Geschwader, das in Norfolk stationiert ist. Nach Ellsworth im US-Bundesstaat Süd-Dakota, wo der Wettbewerb über acht Wochen lang stattfand, waren sie unter fliegender Tankerhilfe gebracht worden.

Die beiden entscheidenden Phasen des Wettbewerbs bestanden aus dem Abwurf von 3-kg-Bomben auf unsichtbare Ziele in der Wüste von Nevada, bei der nur nach Instrumenten geflogen wurde und die Besatzungen sich gegen Jagdflugzeuge und elektronische Kampfmaßnahmen (ECM) durchsetzen mußten, sowie aus einem Bombenflug über eine lange Strecke mit fünf Stunden Flugzeit an die kanadische Grenze, obwohl Tornados nur für eineinhalb Stunden in der Luft ausgelegt sind. Die in dem Wettbewerb benutzten Flugzeuge werden in ähnlicher Ausrüstung auch von der deutschen Luftwaffe und Marine geflogen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der Terror der Schiiten plant das Sterben für Allah mit ein

Der Kamikaze-Aspekt ist ein auffallendes Element im schiitischen Terrorismus. Gleichwohl wird diese Bereitschaft zum Tod vom Westen überschätzt. In der vierten und letzten Folge über den Terror der Shia untersucht der Autor dieses Phänomen.

Von ROLF TOPHOVEN

Wie bei keiner anderen terroristischen Gruppierung der Gegenwart wird bei den Schiiten ein „Mißverhältnis" zwischen der Zahl der Anschläge und deren Wirkung sichtar. 1983 wurden insgesamt nur 22 Terroroperationen verübt. Diese Quote fällt im Vergleich mit den Aktivitäten anderer Terrorgruppen wie der IRA, den Roten Brigaden in Italien, der baskischen ETA oder lateinamerikanischen Organisationen deutlich ab.

Schiitische Terroristen erziehen ihre Publizität vielmehr durch einige wenige, jedoch sehr spektakuläre Anschläge. Die dabei meist große Anzahl an Toten und Verwundeten bombte schließlich die Existenz dieser fanatischen Akteure brutal ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit.

Neuartig beim Typ des schiitischen Terrorismus ist auch der Tatbestand, daß bisher immer ein ganzes Bündel von Operationen, oft gleichzeitig, ausgeführt wurde – in verschiedenen Ländern. Auch dieses taktische Vorgehen ist ein Indiz für militärisch gründliche Planung, also für die Beteiligung von Staaten an dem blutigen „Geschäft" der Shia.

Die Kommandos mit dem Ruf nach dem „Heiligen Krieg" auf den Lippen scheinen Teil einer exakt kalkulierten politsichen Strategie zu sein. Ihre Hintermänner schicken sie dann in den Tod, wenn dadurch bestimmte politische Ziele zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht werden sollen. Der Anschlag auf das Hauptquartier der Marines im Herbst letzten Jahres in Beirut bietet sich hier als markantes Beispiel an. Der „Erfolg" des Attentats leitete nämlich das Ende der militärischen Präsenz der USA in Libanon ein.

Das Weiße Haus wird zur Festung

Sterben für Allah – der Kamikaze-Aspekt ist zweifelsohne das erregendste Element innerhalb des schiitischen Terrorismus. Nach den bestürzenden Anschlägen in Nahost im Zeitraum der letzten zwei Jahre, zittern weltweit Abwehrexperten vor ähnlichen Operationen auch außerhalb der nahöstlichen Region.

Das Weiße Haus in Washington, das Pentagon und das Capitol verwandelten sich nach den Terrorschlägen gegen Militärs und Diplomaten der Vereinigten Staaten in wahre Festungen.

In Südlibanon und in Israel versperren automatisch hochzufahrende Stahlbarrieren und mit Beton ausgegossene Benzinfässer, als „Slalomparcours" ausgelegt, potentiellen Selbstmordterroristen in Sprengstoffautos eine schnelle Zufahrt zu den Hauptquartieren und Camps der israelischen Armee.

Der Suizid-Aspekt bie Terroristen ist dennoch kein neues Phänomen. Ihn gab es bereits lange bevor schiitische Fanatiker sich selbst in die Luft sprengten. Der harte Kern der deutschen RAF (Baader, Ensslin und Raspe) setzte am 18. Oktober 1977 nach dem gescheiterten Versuch einer Freipressung im Kontext der Schleyer-Entführung seinem Leben freiwillig ein Ende. Im berüchtigten Belfaster Maze-Gefängnis begingen elf Mitglieder der IRA im Jahre 1981 Selbstmord.

In der Typologie terroristischer Selstmordaktionen gibt es allerdings Unterschiede:

- Terroristen in Gefängnissen töten sich in nicht gewaltbedingten Situationen
- das japanische Kamikaze-Kommando auf dem Flughafen Lod bei Tel Aviv (Mai 1972) ging, Gewalt ausübend, zwar selbstzerstörerisch in den Tod; aber die Täter wurden erst nach dem Anschlag von israelischen Sicherheitskräften erschossen.

Die Bereitschaft zu einer Selbstmordaktion kann durch verschiedene Umstände gegeben sein: kulturelle Tradition, Indoktrination, Inspiration sowie die jeweils spezifische Situation eines Kamikaze. Dennoch muß die Fähigkeit und Bereitschaft, freiwillig zu sterben, wohl vor allem im individuellen Bereich angesiedelt werden.

„Auch Schiiten suchen nicht primär den Tod, selbst wenn er für sie zwecks höherer Weihen erstrebenswert erscheinen mag", sagen israelische Terrorismus-Experten. „Bereitschaft zum Tod *reflektiert* eher eine gestörte Persönlichkeit und psychopathologische Gründe", heißt es in einer Studie der Tel Aviver Universität zum Phänomen des Suizid beim schiitischen Terrorismus.

In der westlichen Welt wird denn auch wohl der Todesmut der Shia-Kommandos letztlich überschätzt. Zahlen über die Stärke schiitischer Selbstmordkommandos – Pressemitteilungen *zufolge einige hundert* – sind eindeutig übertrieben.

Niemals in der Geschichte des modernen Terrorismus war es leicht, Freiwillige für den Suizid zu finden. Auch die PLO hat in der Vergangenheit mit der Risikobereitschaft von Kamikaze-Tätern fast nur verbal gepokert, als sie wirklich in die Tat umgesetzt. Tausende von Mitgliedern hat die PLO, nur eine Handvoll Freiwilliger war und ist bereit, auf den „Trip ohne Wiederkehr" – ein Kommandounternehmen nach Israel hinein – zu gehen.

Daher sind die Zahlen der „Todesbereiten" im Lager der schiitischen Kommandos trotz anderslau*tender Meldungen in Wirklichkeit* eindeutig limitiert. Bei 19 Prozent der bis heute registrierten und von Schiiten verübten Anschläge sprengten sich die Täter selbst mit in den Tod. Die restlichen Attentate wurden durch den Einsatz von Autobomben oder Sprengstoffallen ausgeführt.

Als „Negativbeispiel" für mangelnde Selbstmordbereitschaft mag Kuwait dienen: Nur einer von insge*samt elf Bombenanschlägen* der Organisation „Islamischer Heiliger Krieg" vom 12. Dezember 1983 war mit einem Kamikazeunternehmen gekoppelt. Selbstmordterroristen kommen eben nicht in Bataillonsstärke. Es sind Einzeltäter, die „handgelesen" von den Drahtziehern einer Suizid-Aktion ausgewählt werden.

Andererseits erhöht gerade ihre geringe Anzahl, ihr von daher begrenztes Auftreten, den Wirkungsgrad ihrer Operationen – denn in diesem Tätertyp triumphiert nicht nur religiöser Eifer, fundamentalistisches islamisches Gedankengut; es triumphiert vor allem ein Irrationalismus, der mit den Maßstäben des abendländischen Kulturkreises nicht mehr zu messen ist.

Operationen vor allem im Nahen Osten

Kamikaze-Terror schiitischer Kommandos: ein altes Phänomen, jetzt im modernen Gewand professionellen Zuschnitts. Das ist eine neue Qualität auf der Bühne des internationalen terroristischen Szenarios. Die Brisanz dieser Vorgänge liegt im letzten darin, daß völkerrechtlich anerkannte Staaten die Selbstmörder unterstützen, sie an die Leine ihrer Interessen nehmen.

Bis jetzt lag das Operationsgebiet der Shia-Mörder vorwiegend in der Nahost-Region. Analysen und statistische Erhebungen beweisen dies: Abgesehen von drei Aktionen fanden alle anderen auf dem nahöstlichen Schauplatz statt – in Libanon 50 Prozent, in Kuwait 25 (alle an einem Tag) und in Irak 14. In diesen betroffenen Ländern gibt es eine starke schiitische Bevölkerungsgruppe mit zahlreichen Khomeini-Sympathisanten – potentielles Reservoir für neue Terrorkader. Die verbleibenden elf Prozent der Operationen fanden auch in einem islamischen Staat statt – in der Türkei.

Internationale Terrorismus-Fachleute schließen derzeit noch weitgehend aus, daß das logistische Netz der Shia-Terroristen ausreichen könnte, um ähnlich spektakuläre Aktionen in westeuropäischen Ländern durchzuführen wie bisher im Nahen Osten. Sprengstoff- und Waffenschmuggel würden in westlichen, den Schiiten fremden kulturellen Infrastrukturen auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen.

Dennoch – es wäre trügerisch und von einem fatalen Leichtsinn, sich in Europa dem Glauben hinzugeben, die in Libanon entflammte neue Qualität der Gewalt könne uns nicht treffen. Bereits hier und da liegt der Schatten des schiitischen Terrors, der lange Arm radikaler Ayatollahs, auch schon über unserer Region. Am 5. August dieses Jahres wurde in Marbella der Wagen des kuwaitischen Verlegers Chalid al Marsok beschossen. Zu dem Anschlag bekannte sich später eine Gruppe mit dem Namen „Islamischer Heiliger Krieg".

Offizier in Haft wegen Kontakt zu „Solidarität"

JGG. Warschau

Wegen „Zusammenarbeit mit den konspirativen Strukturen des Untergrundes", gemeint ist die verbotene „Solidarnosc"-Gewerkschaft, wurde jetzt in Polen zum erstenmal ein Beamter des polnischen Sicherheitsdienstes (SB) verhaftet. Die Regierungszeitung „Rzeczpospolita" („Die Republik") berichtete, es handele sich um einen Beamten des SB-Bezirksamtes in Danzig. Die Zeitung gab seinen Namen mit Piotrs an, verschwieg aber Alter und Dienstgrad des Verhafteten. Aus nichtoffiziellen Quellen verlautete, der Verhaftete sei ein Offizier, der in der Abteilung „Bekämpfung des Untergrundes" tätig war. Er habe dem Gewerkschafts-Untergrund wichtige Mitteilungen über den aktuellen Fahndungsstand zugespielt und auch Kurieraufgaben zwischen den verschiedenen „Solidarnosc"-Regionalvorständen im Untergrund wahrgenommen.

Polen: Kirche schweigt über Autopsiebericht

dpa/APF, Warschau

Das Autopsieergebnis der Leiche des polnischen Priester Jerzy Popieluszko, die in der vergangenen Woche in einem Weichselstaubecken gefunden worden war, ist nach Meinung des polnischen Oppositionellen Lipski „so erschreckend", daß die Kirche den Bericht mit Rücksicht auf die gespannte Atmosphäre im Land nicht sogleich veröffentlichen will. Der Mitbegründer des Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR) sagte gestern in Warschau, zwei Tage nach der Bestattung des Geistlichen könnte das Bekanntwerden der Leiden, die der Priester kurz vor seinem Tod ausstehen mußte, schwerwiegende Folgen haben. Lipski stützte sich in seiner Äußerung auf kirchliche Institutionen.

Im Zusammenhang mit dem Mord hat sich der Wirtschaftswissenschaftler Professor Lipinski in einem offenen Brief an Partei- und Regierungschef Jaruzelski gewandt und ihn wegen seiner moralischen Verantwortung für die Tat zum Rücktritt aufge*fordert. Der Professor schrieb*, der Mord habe Jaruzelski „den Rest der moralischen Legitimation zur Herrschaft über die polnische Nation" genommen.

Embargo – Interne Propaganda Moskaus?

rtr, Moskau

Westliche Diplomaten in Moskau haben bekräftigt, daß der Kreml durch die Ankündigung eines Brennstoff-Boykotts gegen Großbritannien im sowjetischen Fernsehen in Verlegenheit gebracht worden ist. Sie vertraten die Ansicht, die UdSSR habe *mit der Publizierung* der Embargo-Absicht interne Propaganda treiben wollen. Die Führung habe der Öffentlichkeit zeigen wollen, daß sie etwas zur Unterstützung der britischen Bergleute unternehme, obwohl tatsächlich keine Aktion geplant gewesen sei. Die Angelegenheit sei besonders peinlich, da die UdSSR sich wiederholt gegen jede Form von Handelsboykotten ausgesprochen habe.

González' Widersacher in der Partei beharren auf Spaniens NATO-Austritt

Front gegen die offizielle Haltung / Die Sozialisten bereiten ihren Kongreß vor

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Spanien bleibt in der NATO." Diese außenpolitische *Maxime* der Regierung González wird Mitte Dezember die Zustimmung des 30. Parteitages der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE), deren Generalsekretär González ist, erhalten. Allerdings wird die Eingliederung Spaniens in die militärische Struktur, das Kernstück der Verteidigungsgemeinschaft, in dieser Ende 1986 auslaufenden Legislaturperiode kaum verwirklicht werden können.

Ministerpräsident González, der in seinem Bericht zur Lage der Nation vor einer Woche für den Verbleib in der NATO plädierte, hielt jedoch im gleichen Atemzug die Eingliederung in die militärische Struktur für „unnötig".

Mehrheit für Felipe

Bis auf wenige Ausnahmen wählten die Provinzausschüsse der PSOE an diesem Wochenende ihre Delegierten für den allgemein mit Spannung erwarteten Parteitag in Madrid. Seine Beschlüsse werden sich auf die Regierungspolitik auswirken. Bei den Wahlen ergab sich eine überwiegende Mehrheit für die „offizielle" Liste der Anhänger des Regierungschefs. Auch seinen Gegnern innerhalb der Partei ist klar, daß die Partei in der Regierung mit der Person Felipe González' steht und fällt. *Die Liste der* oppositionellen „Sozialistischen Linken" – angeführt von dem Rechtsanwalt und Leiter des Justizausschusses im Parlament, Pablo Castellanos – erhielt knapp 20 Prozent der insgesamt 753 Delegierten.

Hauptansatzpunkt der innerparteilichen Opposition ist die Kritik an der Wirtschafts- und Verteidigungspolitik der Regierung. Die Parteilinke bezeichnet den programmatischen Kurs des Finanz- und Wirtschaftsministers Miguel Boyer als „rückständig, marktorientiert und ohne soziale Komponente".

In der NATO-Frage verlangt die „Sozialistische Linke" weniger die Abhaltung der von der Partei im Wahlkampf 1982 versprochenen Volksbefragung über den Verbleib in der NATO, sondern ganz klar den Austritt. Spanien gehört seit dem Sommer 1982 dem Bündnis an.

Die Debatte bei den Delegiertenwahlen in den Provinzausschüssen ergab einen Einbruch der Anti-NATO-Front auch in das Lager der Anhänger Felipe González'. Diese Entwicklung ist neu und trifft auf den Kanarischen Inseln und den Balearen, die für die westliche Verteidigung von hoher Bedeutung sind, die mehrheitliche Meinung der Bevölkerung. Insgesamt werden die NATO-Gegner auf dem Parteitag etwa 35 Prozent der Delegiertenstimmen ausmachen.

Als Sprecher der neuen Anti-NATO-Front innerhalb der Regierungspartei machte am Wochenende der Chef der sozialistischen Gewerkschaft UGT, Nicolas Redondo, auf sich aufmerksam.

Der Sinn der Allianz

Redondo mußte bei der Vorbereitung der Wahl des Generalsekretärs 1974 seine Kandidatur gegen Felipe González zurückziehen. Auf dem Parteitag 1984 will er für einen noch unklaren Kompromiß plädieren: Wiederaustritt aus der NATO, aber deshalb noch keine Neutralität.

Der allgemeine Informationsstand über den Sinn der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft wurde erkennbar, als Befürworter wiederholt darauf hinweisen mußten, daß das Ziel der NATO die Erhaltung des Friedens sei. Das staatliche Fernsehen verbreitet jedoch ein NATO-Bild, das in der neutralen und auch in der bürgerlichen Bevölkerung als „aggressiv und friedensstörend" empfunden wird. (SAD)

Ein Sieg ohne Jubel für Nakasone

Japans Premier behält trotz Kritik Vorsitz der Regierungspartei /Vorgezogene Wahlen?

FRED DE LA TROBE, Tokio

Die regierende Liberaldemokratische Partei Japans (LDP) wird Mitte November den Beschuß ihrer Fraktionsführer bestätigen, Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone für weitere zwei Jahre als ihren Vorsitzenden zu ernennen. Damit wird der 66jährige Nakasone mit der Mehrheit der LDP im Parlament auch voraussichtlich bis 1986 die Regierungszügel in der Hand behalten.

Zum ersten Mal seit 1972 ist somit wieder ein Premier länger als nur zwei Jahre am Ruder. Nakasones fünf Vorgänger mußten wegen parteiinterner Machtkämpfe jeweils schon nach ihren beiden ersten Jahren wieder abtreten. Auf eine Wahl ihres Parteivorsitzenden konnten die Liberaldemokraten diesmal verzichten, da sich unter der älteren und jüngeren Politikergeneration kein Kandidat mit überzeugenden Siegeschancen gegen Nakasone abzeichnete.

Position geschwächt

So blieb es bei der Nominierung des Ministerpräsidenten, der während seiner zweijährigen Laufbahn an der Regierungsspitze einige Erfolge – vor allem in der Außenpolitik – *buchen und schwerwiegende Feh*ler vermeiden konnte. Dennoch bleibt nicht zu übersehen, daß das parteiinterne Verfahren, das zur Entscheidung für Nakasone führte, die Machtposition des Premiers unter den Abgeordneten der LDP geschwächt hat.

Unter den Fraktionsführern der Partei und auch beim Fußvolk brodelte bei den Beratungen über die neuerliche Vergbe des Vorsitzendenpostens viel Unmut gegen Nakasone auf. Vor allem wurde ihm sein Opportunismus angelastet. Fast wäre es seinem Vorgänger, im Amt des Premierministers, Suzuki, gelungen, die Ernennung Nakasones zu hintertreiben. Suzuki hatte sich über die Erklärung des Ministerpräsidenten geärgert, daß er Japan aus der außenpolitischen Isolierung geführt habe, in die es unter Suzuki geraten sei. Nur das energische Einschreiten des ehemaligen Regierungschefs Kakuei Tanaka, der über den größten innerparteilichen Anhang gebietet, sicherte die Wiedernominierung Nakasones.

Da die Statuten der LDP die Amtszeit des Parteivorsitzenden – und damit des Ministerpräsidenten – auf vier Jahre begrenzen, wird Nakasone in spätestens zwei Jahren von der Regierungsspitze zurücktreten. Der Kampf um die Nachfolge hat unter der Generation aussichtsreicher jüngerer Politiker schon begonnen. Einige japanische Medien vermuten schon, daß der Ministerpräsident angesichts seiner zahlreichen Gegner unter den LDP-Parlamentsabgeordneten in einem Jahr stürzen könnte.

Dagegen spricht allerdings die steigende Popularitätskurve Nakasones im Volk: laut einer kürzlichen Umfrage unterstützen 58 Prozent seine Politik. Als Regierungschef hat er das Vorrecht, jederzeit vorgezogene Unterhauswahlen auszuschreiben. Er deutete auch an, im nächsten Jahr von diesem Privileg Gebrauch zu machen. Bei den letzten Wahlen zum Unterhaus errangen die Liberaldemokraten nur eine knappe Mehrheit, ein neuer Urnengang könnte die Mehrheitsverhältnisse zugunsten des Premiers verschieben.

Nakasone profilierte sich vor allem in der Außenpolitik. Er strebte einen engen Schulterschluß mit den Vereinigten Staaten an und bemühte sich um Aussöhnung mit dem südkoreanischen Nachbarn.

Reise in die USA

Wenn seine Erfolge auch vielfach nur im Atmosphärischen blieben, so gelang es ihm doch, das Image von der konturlosen Politik Japans zu verwischen. Die japanische Position im westlichen Lager definierte er eindrucksvoller und klarer als seine Vorgänger.

Aus seiner Umgebung verlautete jetzt, daß er voraussichtlich schon im Januar zu einem Staatsbesuch in die USA aufbrechen werde. Es ginge ihm vor allem darum, einen neuen Handelskonflikt mit Washington zu vermeiden, den die immer höheren japanischen Ausfuhrüberschüsse auslösen könnten.

Nakasone will nach eigenen Aussagen *während seiner beiden letzten* Amtsjahre neben dem außenpolitischen Programm die Verwaltungs- und Ausbildungsreform sowie die Sanierung der Staatsfinanzen vorantreiben. Die japanischen Medien vermuten, daß er angesichts der Machtkämpfe in der LDP so heiße Eisen wie größere Aufrüstung oder Verfassungsänderungen nicht mehr anfassen wird. (SAD)

„Ein dichteres Flugnetz bringt vor allem den Geschäftsleuten erhebliche Erleichterungen."

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 7. 1984.

Die DLT ergänzt das Flugangebot zwischen allen wichtigen deutschen Flughäfen und dem nahen Ausland: Bayreuth, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Hof, Köln/Bonn, München, Münster/Osnabrück, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart, Westerland/Sylt, Amsterdam, Paris, Venedig.



Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Recht zum Unrecht"?

Der in Nr. 38 vom 16. 9. 1984 veröffentlichte Artikel „Ehrenschuld" von Axel Springer, der mit Recht die Ansicht vertritt, daß neben Amerika auch die europäischen Staaten, und von ihnen besonders die Bundesrepublik Deutschland, zur Hilfeleistung für den Staat Israel aufgerufen sind, läßt an eine andere Ehrenschuld der Bundesrepublik denken: die Entschädigung der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. Nach Abschluß der Entschädigung kann gesagt werden, daß diese Ehrenschuld weitgehend, aber nicht völlig, erfüllt worden ist. Fast allen der durch die NS-Verfolgung Kranken und Geschädigten wurde ein sorgloser Lebensabend gesichert. Aber die guten Ergebnisse der Wiedergutmachung werden durch den Schatten einer mit 20 000 bis 30 000 Antragstellern nicht zu gering geschätzten Zahl leer Ausgegangener getrübt. Diese Fußkranken der Wiedergutmachung sind nicht an gesetzlichen Bestimmungen oder engherzigen Behörden, sondern an einer zu formalistisch eingestellten Justiz gescheitert.

Das Bundesentschädigungsgesetz enthält – im Gegensatz zur Kriegsopferversorgung und zum Lastenausgleich – eine Antragsfrist (1. 4. 1958); aber für einige Gruppen von Verfolgten wurde erst nach dem Ablauf der Antragsfrist klargestellt, daß für sie entgegen bisheriger einhelliger Meinung doch eine Entschädigungsberechtigung gegeben war. Da sind zunächst diejenigen, die auf der Flucht vor den deutschen Truppen in der Sowjetunion inhaftiert wurden. Ihnen wurde von den Behörden und den mit der Entschädigung vertrauten Bevollmächtigten erklärt, daß sie keine Ansprüche hätten, weil sie ja nicht von den Deutschen, sondern von den Sowjetes inhaftiert waren. Die Entgegennahme von Entschädigungsanträgen lehnten alle Anwälte wegen Aussichtslosigkeit ab. Erst vier Jahre nach Ablauf der Antragsfrist entschied im März 1962 der Bundesgerichtshof mit einer hervorragenden Begründung, daß auch solche Schäden, die Verfolgte auf der Flucht vor deutschen Truppen in der Sowjetunion erlitten hätten, zu entschädigen seien. Ähnlich erging es den in Rumänien Verfolgten, deren Ansprüche zunächst generell abgelehnt wurden und zu deren Anerkennung sich die entschädigungspflichtigen Länder nach längeren historischen Forschungen auch erst nach Ablauf der Antragsfrist entschlossen. Für schuldlose Versäumung der Antragsfrist sieht das Entschädigungsgesetz die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand vor. Diese wurde von den Ländern auch bereitwillig gewährt, bis der Bundesgerichtshof im Jahre 1971 strengere Anforderungen an Inhalt und Begründung des Wiedereinsetzungsantrags aufstellte, die weder von den Anwälten noch von den Behörden vorauszusehen waren. Der Bundesgerichtshof verlangt, daß der Anspruch „alsbald" nach Kenntniserlangung von der Entschädigungsberechtigung geltend gemacht wurde und Angaben darüber, von wem der Geschädigte zuerst eine verneinende Auskunft erhalten hatte und wann, von wem und wie er später von seiner doch bestehenden Entschädigungsberechtigung erfahren hatte. Die in der Praxis häufig vorkommende Wendung „vor kurzem" sah das Gericht nicht als ausreichend an. An dieser mehr zivilprozessualen als verwaltungsrechtlich orientierten Rechtsprechung sind nunmehr 13 Jahre lang nicht wenige Ansprüche kranker und alter Menschen gescheitert. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht die einengende Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs nicht als verfassungswidrig bezeichnet. Aber „nicht verfassungswidrig" heißt nicht unter allen Umständen auch „richtig".

Das Entschädigungsgesetz hat Behörden und Gerichte zur Amtsermittlung verpflichtet, damit geschäftsungewandte Antragsteller nicht hilflos auf der Strecke bleiben sollten. Diesem Prinzip widerspricht es, wenn jetzt den meist angewandten Antragstellern besondere Pflichten hinsichtlich der Begründung ihres Wiedereinsetzungsantrags auferlegt werden. Wären wirklich die vom Gericht geforderten Angaben für die Entschädigungsbehörden von Wichtigkeit – in Wirklichkeit waren sie an diesen Einzelheiten gar nicht interessiert –, hätten sie den Antragsteller befragen können. Es sei in diesem Zusammenhang angemerkt, daß die Richter des Bundesfinanzhofs aus der Finanzverwaltung kommen und daß in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Rechtsprechung beteiligt sind.

Im Entschädigungssenat des Bundesgerichtshofs kommen die Richter – bis auf eine hochkarätige Ausnahme – aus der Zivilgerichtsbarkeit, deren strengere Formerfordernisse der Wirklichkeit, wie sie den Entschädigungsverfahren zugrunde liegt, nicht gerecht werden. Wo das Recht den zugrundeliegenden Lebensverhältnissen nicht entspricht, entstehen Spannungen, erhebt sich die Frage nach dem „richtigen Recht". Daher sollte der Bundesgerichtshof, dessen Rechtsprechung kürzlich in der Fachpresse kritisiert worden ist und dessen Auffassung wohl auch den Europäischen Gerichtshof noch beschäftigen wird, seine den zugrundeliegenden Lebensverhältnissen nicht genügend Rechnung tragende Auffassung noch einmal überdenken, damit nicht „Recht zum Unrecht" wird und das glänzende Bild der Wiedergutmachung nicht durch eine Gruppe leer ausgegangener Verfolgter verdunkelt wird. Erst wenn diese zu ihrem Recht gekommen ist, wird die Ehrenschuld völlig beglichen sein.

Dr. Walter Brunn,
Berlin 31

Widerspruch

„Auf jeder zweiten Kassette wird Gewalt verherrlicht": WELT vom 24. Oktober

Sehr geehrte Frau Kranefuß,

Ihr Artikel begann mit dem Satz: „Von den etwa 6000 Video-Kassetten, die Verleiher anbieten, enthält rund die Hälfte Szenen der Gewalt bis hin zur Perversion." Wir kennen die Quelle Ihrer Zahlen nicht, möchten Ihnen jedoch präzisere Angaben machen.

Im neuen Videokassetten-Gesamtverzeichnis unseres Instituts, das Anfang November ausgeliefert wird, sind 5682 Titel aufgeführt. Davon gehört ein Drittel zu den Sachgebieten Dokumentation, Sport, Training, EDV, Lebenshilfe, Bildung, Sprachkurse, Medizin und Videokunst. Es verbleiben für die „Unterhaltungsbereiche" von Western, Action, Horror, Erotik über Heimatfilme, Monumentalfilme, Musikvideos bis hin zu Kinder- und Jugendfilmen nur noch 4000 Titel. Darunter ganz gewiß nicht 3000 Titel mit Szenen der Gewalt bis hin zur Perversion.

Von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften sind z. Zt. ca. 600 Titel als jugendgefährdend eingestuft, wovon ca. 50 % von den Programmanbietern nicht mehr im Programm geführt werden, denn die Indizierungen sind bis zu drei Jahre alt.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Grothkopp,
Deutsches Video Institut e.V.,
Berlin 30

Wort des Tages

„Was dem Herzen widerstrebt, läßt der Kopf nicht ein."

Arthur Schopenhauer; deutscher Philosoph (1788–1860)

Mord

„Zitat des Tages": WELT vom 25. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich stimme Bischof Wittler uneingeschränkt zu, wenn er die Forderung des Vorstandes der Gewerkschaft ÖTV, die Abtreibung im Sinne der „Fristenlösung" freizugeben, einen Skandal nennt. Als Angehöriger des öffentlichen Dienstes distanziere ich mich hiervon.

Weshalb müssen diese Leute eigentlich mit der Nase darauf gestoßen werden, daß es sich bei dem sogenannten Schwangerschaftsabbruch um die Tötung eines Menschen vor der Geburt handelt, um die Vernichtung einer menschlichen Existenz im Anfangsstadium? In diesem Punkt muß doch jeder denkende Mensch dem Papst zustimmen, der Abtreibung als Mord bezeichnet – jedenfalls soweit für einen solchen Tötungsakt lediglich emanzipatorische Motive oder Bequemlichkeitsgründe ausschlaggebend sind (seine Einstellung zur Empfängnisverhütung vermag ich allerdings nur als abwegig zu bezeichnen!). Die Tötung eines Menschen im Mutterleib unter solchen Voraussetzungen ist nach meiner Auffassung unter ethischen Aspekten eine schwerere Verfehlung als die Praktizierung der Euthanasie bei unheilbaren und mit schweren Qualen verbundenen Leiden aus Mitleid. Das Postulat eines generellen Rechtes auf Abtreibung ist mithin Ausfluß einer Mördermentalität.

Die ÖTV-Vorsitzende mag bei ihrem Vorstoß „nur" die Straffreiheit für derartige Untaten im Auge gehabt haben; indessen sollte sie sich darüber im klaren sein, daß sie sich damit letztlich an einer Umwertung aller Werte (zwar nicht im Sinne von Nietzsche, sondern im Geiste von Marx) beteiligt mit der Folge, daß sich zunehmend die Auffassung verbreitet, es gebe eine Art „Menschenrecht" auf Abtreibung.

Mit freundlichen Grüßen
E. Hügel,
Grefrath

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Die Hamburger Stiftung F. V. S. hat den Wilhelm-Leopold-Pfeil-Preis für 1984 dem Waldwirtschaftsexperten Professor **Karl Friedrich Wentzel** aus Wiesbaden zuerkannt. Die mit 20 000 Mark dotierte Auszeichnung wird an Persönlichkeiten im europäischen Raum vergeben, die sich um eine beispielhafte Waldwirtschaft verdient gemacht haben. Der Preis wird heute in der Freiburger Universität übergeben.

*

Der mit 10 000 Mark dotierte Carl-Schenck-Preis der gleichnamigen Darmstädter Maschinenfabrik ist zum vierten Mal an zwei junge Ingenieur-Wissenschaftler der Technischen Hochschule Darmstadt vergeben worden. Die diesjährigen Preisträger sind der Maschinenbauer **Hermann Kloberdanz** und der Datentechniker **Ralf Torsten Menche**.

*

Professor Dr.-Ing. **Hans Marko**, Ordinarius für Nachrichtentechnik der Technischen Universität München, wurde von der Nachrichtentechnischen-Gesellschaft im Verband Deutscher Elektrotechniker (VDE) „in Würdigung seiner herausragenden technischen-wissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet der nachrichtentechnischen Informations- und Systemtheorie" der Karl-Küpfmüller-Preis 1984 verliehen. Der Preis wird alle vier Jahre anläßlich des VDE-Kongresses vergeben und ist mit einer Geldprämie von 10 000 Mark verbunden.

*

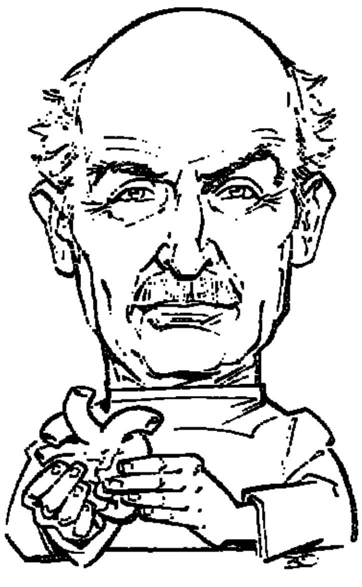
Der Logistik-Preis 1984, der in Bremen ansässigen Bundesvereinigung Logistik (BVL), wurde der HILTI AG, vertreten durch den Direktor der Konzernlogistik **Hanns C. Pladerer** verliehen. Die Firma erhielt den Preis für die Gestaltung eines weltweit integrierten angewandten Logistik-Konzeptes von der Beschaffung bis zur Nutzung des Produktes. HILTI ist ein in Liechtenstein ansässiges internationales Spezialunternehmen der Befestigungstechnik.

ERNENNUNG

Die Türkei wird in München durch einen neuen Generalkonsul vertreten. Die Bundesregierung erteilte **Kemal Yurdagogan** das Exequatur. Sein Konsularbezirk umfaßt die Regierungsbezirke Schwaben, Ober- und Niederbayern. Neuer türkischer Generalkonsul in Stuttgart wird **Rasit Gürün**. Sein Konsularbezirk erstreckt sich auf die Regierungsbezirke Stuttgart und Tübingen.

GEBURTSTAG

Wenn in der Bundesrepublik Deutschland über das künstliche Herz diskutiert wird, dann kann niemand an dem Berliner Herzchirurgen Professor **Emil Bücherl** vorbeikommen, der heute seinen 65. Geburtstag feiert. Bücherl ist einer der



Emil Bücherl
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

hervorragendsten deutschen Experten auf dem Gebiet der Herz- und Kreislaufchirurgie. In Fürth geboren, studierte er in München, Rom und Heidelberg und legte 1944 das medizinische Staatsexamen ab. Nach Tätigkeiten in Heidelberg, Amberg, München, Göttingen und Stockholm, begann er 1955 in Göttingen als Privatdozent für sein Fach die Hochschullaufbahn. 1957 ging er in gleicher Eigenschaft an die Freie Universität Berlin, wo er 1962 außerplanmäßiger Professor, 1968 Ordinarius und Klinikdirektor wurde. Von 1964 bis 1968 war er zusätzlich ärztlicher Direktor des Städtischen Krankenhauses im Westberliner Bezirk Neukölln. Er spezialisierte sich als Chirurg vor allem auf extracorporale Zirkulationen (Herz-Lungen-Maschine), Organtransplantationen, Schock und künstliches Herz. 1957 nahm er die erste Operation an einem offenen Herzen in Deutschland vor. Bekannt wurde Bücherl durch seine Arbeiten am künstlichen Herzen seit 1962. Im Laborversuch überlebte 1976 ein Versuchstier, das Kalb Barbara, mehrere Monate mit einer künstlichen Blutpumpe. Seit 1968 leitet Bücherl die chirurgische Universitätsklinik Westend der Freien Universität Berlin. Bücherls Forschungen, die vom Bundeswissenschafts-Ministerium und der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt werden, zielen auf die Verkleinerung des Kunstherzens sowie die Belastbarkeit und die Organverträglichkeit des zu verwendenden Kunststoffes.

EHRUNGEN

Mit der Ehrendoktorwürde zeichnete die Technische Universität Berlin den amerikanischen Wissenschaftler **Edwin James Hart** aus. Der 74jährige erhielt diese seltene Auszeichnung für seine wegweisenden Arbeiten auf dem Gebiet der Strahlenchemie, die sich zu einem neuen Gebiet der physikalischen Chemie entwickelt hat. Hart ist seit 1975 Berater des „Argonne National Laboratory". 1962 gelang ihm gemeinsam mit dem Physiker **Boag** die bahnbrechende Entdeckung des hydratisierten Elektrons, einem bisher fehlenden, aber von Grund auf wichtigen Teilchen der Chemie. Mit diesem Elektron können viele kontrollierte Reaktionen ausgelöst werden. Der neue TU-Ehrendoktor ist bereits Humboldt-Preisträger und erhielt außerdem die J. J. Weiss-Medaille der „Association for Radiation & Research".

*

Der Leiter der Forschungseinheit Mikrobiologie an der Universität Marburg, Professor Dr. **Rudolf Kurt Thauer**, ist mit der Otto-Warburg-Medaille der Gesellschaft für Biologische Chemie geehrt worden. Die Gesellschaft würdigte die Forschungsarbeiten des Wissenschaftlers über die Struktur von Enzymen und die Wirkungsweise der Tetrapyrrol-Cofaktoren der Methanbakterien.

UNIVERSITÄT

Einen Ruf auf die C4-Professur für das Fachgebiet Neutronenstreuung an der Technischen Universität Berlin nahm Professor Dr. **Ferenc Mezei** an. Er war bisher als Physiker und Gruppenkoordinator im Institut für Max von Laue/Paul Langvin im französischen Grenoble tätig.

„Uni Bielefeld – Beispiel für rot-grüne Macht“

Untersuchung eines US-Institutes / Strafantrag

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Als „Musterfall der Entwicklung rot-grüner Machtstrukturen in der Öffentlichkeit“ hat das „American European Strategy Research Institute“ Aktionen und hochschulpolitische Strukturen an der Universität Bielefeld dargestellt. Es solle, so der deutsche Geschäftsführer Burkhard Schmidt, eine „Fallstudie“ sein. Vergleichbare Zustände wie in Bielefeld gebe es auch an anderen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Unter dem Titel „Bielefeld auf dem Weg ins rot-grüne Abseits?“ sind die Ergebnisse der Beobachtungen jetzt veröffentlicht worden. Das Rektorat der Universität hat Strafantrag gestellt, weil diese Veröffentlichung *ein Versuch sei, die Vertrauensgrundlagen* der Hochschule in der Öffentlichkeit zu beseitigen.

Flugschriften, Zeitungen, Universitäts-Veröffentlichungen, Plakate und ähnliches sind von dem Institut zusammengestellt und mit einer „Zusammenhangsanalyse“ versehen worden. Die Zustandsbeschreibung ergebe „das Bild einer rasch fortschreitenden bedrohlichen Entwicklung“, die bis in die Stadt selbst ausstrahle und zu einer „erheblichen Gefährdung der rechtsstaatlichen Ordnung“ führe. Die von der DKP propagierte „Stärkung und Zusammenführung aller Linkskräfte“ habe „weitreichend und von vielen Bürgern noch nicht durchschaute Fortschritte gemacht“. Die Universität bilde einen „quasi rechtsfreien Raum“, von dem aus ein „Großteil der Führer der Bielefelder Bunten sowie der Bielefelder DKP“ aus „oft auf Lebenszeit und mit Pensionsberechtigung fest etabliert von innen und meist im Stillen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung arbeiten“ könnten.

In der Veröffentlichung wird als eines unter vielen Beispielen das „Oberstufen-Kolleg“ der Universität genannt: Im dazu gehörenden Veranstaltungskalender für das Wintersemester 1983/84 heiße es zum Kurs über das Thema Faschismus, der von einer Musiklehrerin abgehalten worden sei: „Der Ausbau des Staatsapparates, besonders der Geheimdienste und des Bundesgrenzschutzes, Berufsverbote etc. haben gerade im westlichen Ausland, aber auch im Inland Erinnerungen an die faschistische Vergangenheit wachgerufen. Das vorrangige Ziel sollte sein, faschistische Tendenzen zu erkennen und entsprechende Gegenstrategien entwickeln zu können“.

Ein DKP-Mitglied, eigentlich für Technologie-Unterricht zuständig, hielt im Oberstufen-Kolleg der Universität einen Kurs über Marxismus ab, was offenbar kein Einzelfall war. Das Extrablatt des MSB-Spartakus „Roter Pfeffer“ zitierte deshalb auch süffisant, daß der Landesrechnungshof *das Oberstufenkolleg gerügt habe*, weil dort die Unterrichtung jährlich 2,8 Millionen Mark teurer sei, als in anderen wissenschaftlichen Einrichtungen.

Die Folgen der kritisierten Zustände an der Hochschule sind greifbar: Mit dem Etikett „Neonazi“ würden – *so die Darstellung des Instituts* – „abwechselnd die politischen Gegner RCDS sowie die Studentengruppe des Bundeswehr-Reservistenverbandes“ belegt. Vom Studentenverband SHB seien *Parolen* zu hören wie „Vorbereitung eines beispiellosen Kriegsverbrechens“ durch die „atomaren Landsknechte Kohl und Genscher“. Bei einer Autorenlesung ging es um die „erste öffentliche Versenkung eines Flugzeugträgers an der Universität Bielefeld“, darum – so ein Juso-Info – „Sand ins Getriebe der Militärmaschine zu streuen“. Dazu gehörte auch, daß ein Bücherstand des RCDS mit Bundeswehr-Broschüren in der Unihalle „aggressiv umringt, geplündert und mit eilig gemalten Verleumdungsplakaten“ geschleift wurde.

In der gesamten Hochschule gebe es mittlerweile eine planmäßige „Vernetzung“ durch die Repräsentanten der äußersten Linken, heißt es in der Veröffentlichung. „Dieser politischen Infrastruktur hat das bürgerliche Lager fast nichts entgegenzusetzen.“

Europäische Elite-Schule von Düsseldorf nach Berlin

Hohe Einstiegs-Qualifikation / Senat zahlt 750 000 Mark

hrk. **Berlin**

Berlin wird künftig in den Kranz europäischer Eliteschulen für hochrangige Wirtschaftsmanager eingeflochten: Die „Europäische Wirtschaftshochschule“ verlegt ihren *deutschen Sitz von Düsseldorf an die* Spree. Diese Initiative geht auf Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig zurück. In vergangenen Woche unterschrieb er in Anwesenheit des stellvertretenden Pariser Bürgermeisters Jean Matteoli und des Präsidenten der Pariser Industrie- und Handelskammer, Philippe Clement, den Vertrag.

Kewenig sprach dabei von einer „Eliteschule im positiven Sinne“, die künftig ihr deutsches Standbein in Berlin haben werde. Die anderen Studienorte heißen – wie bisher – Oxford und Paris. Die Absolventen der hochangesehenen „Ecole Européenne des Affaires Paris“ werden künftig ihr drittes, „deutsches“ Studienjahr nicht mehr am Rhein, sondern in Berlin verbringen.

Der Senat zahlt für die vor elf Jahren gegründete Fachhochschule europäischen Zuschnitts einen jährlichen Zuschuß von 750 000 Mark. Die Studenten müssen eine jährliche Studiengebühr von 4400 Mark aufbringen müssen. Zur Zeit beginnen jährlich rund 80 Studenten ihr Studium an der EAP.

Die bisherige Gesamtzahl von 240 eingeschriebenen Jungakademikern soll auf 360 gesteigert werden. „Wir rechnen damit“, sagte Senator Kewenig, „daß die Schule auch Absolventen aus dem Ostblock aufnehmen kann. Ich denke dabei besonders an Polen.“ *Wenn im September 1985 die* ersten 80 „Berliner“ Studenten an der Spree ihr Abschlußjahr beginnen, sollen sich unter ihnen auch zwei polnische Kommilitonen befinden.

Wer an der EAP den Grundstein für eine europäisch geprägte Karriere legen will, benötigt dazu bereits eine hohe Einstiegsqualifikation. Denn zu den Aufnahmevoraussetzungen zählen ein abgeschlossenes Vordiplom der Wirtschaftswissenschaften und gute Kenntnisse in Französisch und *selbstverständlich Englisch*.

Zu den Unterrichtsfächern zählen Rechtswissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Finanzwirtschaft, Informatik, Marketing, Personalwesen, Unternehmenspolitik und Bilanzwesen. Zum nachweisbar großen Erfolg dieser Einrichtung trägt die Praxisbezogenheit bei: Denn zum Ausbildungsgang gehören Praktika in Weltfirmen.

Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen begrüßte bei einem Empfang für eine EAP-Delegation diesen Zuwachs an Anziehungskraft für Berlin und sprach dabei von den drei „geistigen Hauptstädten“ Berlin, Paris und Oxford.

Oscar Schneider (CSU) ist Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. FOTO: W. SCHÜRING

Sinkende Kosten und Zinsen laden zum Bauen ein

Von PETER GILLIES

„Wir haben keine Krise am deutschen Wohnungsmarkt, sondern eine eine Normalisierung“. In einem Gespräch mit der WELT skizzierte Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) die Folgen dieser Entwicklung: Mit dem steigenden Angebot an Mietwohnungen werden immer mehr Wohnungen leerstehen, was die Mieterposition weiter *stärkt. Andererseits ist Bauen „heute* so günstig wie selten“, Eigentumsförderung deshalb der Schwerpunkt der Bundesregierung.

Auf den ersten Blick ist das Bild in der Tat verwirrend: Einerseits stehen mancherorts Wohnungssuchende Schlange bei den Behörden, andererseits sind bis zu einer Million Wohnungen leer – Überfluß oder Mangel am Wohnungsmarkt?

Schneider: Seit 1968 verfügen wir über keine verläßlichen Daten mehr, sind auf Schätzungen angewiesen. Wir haben einen zunehmenden Leerstand bei gemeinützigen Wohnungen – rund 250 000 –, aber das sind Miet-Container, monotone Wohnblocks in schlechter Lage und mit schlechter Ausstattung. Gute Wohnungen am richtigen Standort stehen nicht leer. Die Not am Wohnungsmarkt ist vorbei, aber es gibt einen gewissen Mangel an preisgünstigen Wohnungen am richtigen Ort, in der Nähe des Arbeitsplatzes, und diese sind für einen Teil der Bevölkerung zu teuer.

WELT: Angeblich gibt es heute bereits eine Million Wohnungen mehr als die Behörden in ihren Statistiken führen. Erwarten Sie von der geplanten Volkszählung 1985 hier Klarheit?

Schneider: Auf jeden Fall, denn in der Volkszählung werden auch die Wohnungen erhoben.

WELT: Wenn es keinen allgemeinen Wohnraummangel mehr *gibt, warum orientiert sich dann* die Politik noch immer an dieser Fiktion?

Schneider: Natürlich werden gute und zugleich preiswerte Wohnungen immer stark nachgefragt werden. Aber die Ungerechtigkeit der Verteilung trifft vor allem jene, die erstmals eine Wohnung suchen: die jungen Ehepaare, die Alleinerziehenden, junge Berufstätige. Für diese gibt es kaum Sozialwohnungen, sie müssen auf freifinanzierte ausweichen. So ist deren Mietbelastung überproportional hoch. Unsere derzeitige Wohnungsstruktur hat also zu unsozialen Ergebnissen geführt.

Der CSU-Politiker macht in dem Gespräch deutlich, daß ihn diese unsoziale Verteilungswirkung herausfordert. Das starre Mietrecht habe, statt den Markt wirken zu lassen, zu einem „öffentlichen Verteilermarkt“ geführt. Der Newcomer habe kaum mehr eine Chance. Begünstigt seien vor allem jene, die irgendwann eine Wohnung zu günstigen Bedingungen erhaschten. Schneider räumt ein, daß sich das deutsche Mietrecht noch immer an Mangel der Nachkriegszeit orientiert. Ist es dann aber nicht ein Skandal, daß die freifinanzierten Mieten nur sehr gering steigen, die Sozialmieten trotz der riesigen staatlichen Zuschüsse aber bereits Preisführer am Markt sind?

Schneider: „Ich möchte nicht den Begriff ‚Skandal‘ benutzen. Aber im sozialen Mietwohnungsbau ist die soziale Treffsicherheit längst verlorengegangen. Genau deswegen lautet die Marschroute der Bundesregierung: Der Bund fördert im sozialen Wohnungsbau nur noch Eigentumsmaßnahmen, weil er den Aufwand für eine Sozialwohnung von rund 200 000 Mark nicht rechtfertigen kann, zumal sie für den einkommensschwachen Mieter, für den sie eigentlich gedacht ist, zu teuer ist. Außerdem: durch Eigentumsmaßnahmen werden preiswerte Sozialwohnungen frei.“

In dem WELT-Gespräch machte der Bauminister deutlich, daß er in dieser Legislaturperiode ungern an eine weitere Liberalisierung des Mietrechts herangeht. Zum einen müsse man die „kleine Mietrechtsreform“ *von 1982 erst einmal ausreichend* wirken lassen, „andererseits eilt die Entwicklung am Markt dem Gesetzgeber bereits voraus. Damit wird die brisante Mietrechtsproblematik wesentlich entschärft. Das ist deswegen eine Sache der nächsten Legislaturperiode“. Schneider stellt auch die politische Verantwortlichkeit klar: „Zuständig ist der Justizminister. Und der will nicht.“

Das Merkmal der „neuen Wohnungspolitik“ sei vor allem, den selbstnutzenden Eigenheimer zu fördern, unter gleichen Bedinguungen auch den Mieter, der an seiner Wohnung Eigentum erwerben will. Der Selbstnutzer braucht künftig auch nicht mehr wie bisher den Nutzungswert an seiner Wohnung zu besteuern. Über die künftigen Steuervorteile für Häuslebauer gab es ein längeres politisches Gezerre, schadet das dem Bauwillen?

Schneider: „Wir bieten klare Vor*gaben, beispielsweise über den jährli*chen Steuervorteil von 15 000 Mark auf acht Jahre plus Baukindergeld. Im heutigen Koalitionsgespräch ist noch zu klären, wie hoch das Baukindergeld sein wird. Wir sind uns einig, daß es diesen Zuschuß vom ersten Kind an geben wird. Ich möchte gern 1200 Mark pro Kind und Jahr. Außerdem wird zusammen mit dem Finanzminister zu entscheiden sein, ob die Sperrfrist für die Freigabe von Bausparverträgen wieder von zehn *auf sieben Jahre verkürzt wird*.“

WELT: Wie steht der Bauminister zu den Bauherrenmodellen?

Schneider: Insofern wohlwollend, als auch 1983 noch 32 000 Wohnungen auf diese Weise fertiggestellt wurden – alles durch gewerbliche Betriebe und nicht in Selbsthilfe, was 60 000 Arbeitsplätze sicherte. Ob die Anleger bei Bauherrenmodellen immer klug beraten waren, ist eine andere Frage. *Diese Leute haben etwas riskiert. Wenn sie über 15 Jahre kalkulieren* und die Steuerverlagerung berücksichtigen, gewinnen sie gar nichts. Per Saldo ist das eine große Täuschung. Aber angesichts der Einschränkungen, jüngst auch durch den Bundesfinanzhof, sehe ich nicht den geringsten Anlaß, daß der Gesetzgeber hier noch mehr wegnimmt.

In den letzten Wochen fiel auf, daß der Bauminister mit dem Motto „Jetzt bauen“ potentielle Bauherren ermuntert, ihre Absichten nicht hinauszuschieben. Schneider erläutert die Rahmenbedingungen: niedrige Baukosten und gesunkene Hypothekenzinsen, „außerordentlich günstige Preissenkungen am Immobilienmarkt von bis zu 25 und 30 Prozent“, *schließlich die „attraktive steuerliche* Förderung“.

> „Wir stehen an einer Wende. Unsere Wohnungspolitik braucht eine neue Qualität. Wir haben bereits eine quantitative Sättigung, wir haben aber einen regionalen und gruppenspezifischen Bedarf.“

Das werde besonders deutlich am „unechten Zweifamilienhaus“ (unecht deswegen, weil der Eigentümer sein Haus zwar um die Einliegerwohnung erweitert, sie aber selbst bewohnt), meint Schneider. Dies koste den Staat jährlich bis zu zwei Milliarden Mark. Diese Form des „privilegierten Bauens“ entfalle zwar zum Ende 1986, aber für Projekte der Jahre 1985 und 1985 gelte eine zwölfjährige Übergangsfrist. „Mit so günstiger steuerlicher Förderung baut der niemals mehr,“ lädt Schneider ein.

Wenn der der gewandelte Wohnungs- und Immobilienmarkt mit teilweisen Miet- und kräftigen Preissenkungen attraktive Einstiegsbedingungen liefert, warum muß der Staat dennoch jährlich mit zweistelligen Milliardensummen subventionieren? Gehen diese Steuergroschen nicht am Bedarf vorbei, stellen sie eine *Fehllenkung knappen Kapitals dar*? Ohne eine „gewisse differenzierende Besteuerung“ gehe es nicht, entgegnet Schneider. Der Kern seiner Politik sei es gerade, nicht wahllos Wohnungen zu produzieren, sondern „streng bedarfsorientriert“ vorzugehen. Ziel sei es, damit die Eigentumsquote zu steigern.

WELT: Während die Gesamtwirtschaft wächst, sieht es in der Bauwirtschaft düster aus. Wie schätzen Sie deren Lage ein?

Schneider: Die Bauwirtschaft muß erkennen, daß die großen Kapazitäten, die 1973 zu 714 200 Neubauwohnungen führte, nicht mehr gebraucht werden. Wir haben 18 Millionen Wohnungen gebaut, Schulen, Kirchen, Krankenhäuser, Sport- und Schwimmhallen. Wir brauchen heute eine neue Qualität des Bauens und Planens, denn wir haben keinen Massenbedarf, sondern nur noch gezielten Einzelbedarf.

WELT: Wie sieht diese 'neue Qualität' aus?

Schneider: Ich will es beim Eigentumsbau erläutern. Wir werden hier auf Dauer nur einen echten Neubaubedarf von jährlich rund 150 000 Wohnungen haben. In gleicher Höhe aber werden sich andere Aufgaben bewegen: Um- und Ausbauten, Ersatzbau, Modernisierung, Stadtsanierung, umweltfreundliche Wohnverhältnisse, Aufgaben der Stadt-Ökologie.

WELT: Aus der Bauwirtschaft werden aber Milliarden-Programme zur Konjunkturankurbelung gefordert.

Schneider: Davon halte ich nichts, gar nichts. Wir haben keine Krise am Wohnungsmarkt, wir erleben eine Normalisierung. Wir brauchen keine Milliarden-Programme, sondern Verläßlichkeit, Beständigkeit, Stetigkeit im Baugeschehen.

WELT: Aber diese Bundesregierung hat 1982 selbst ein Konjunkturprogramm aufgelegt, dessen Wirkung heute wie ein Strohfeuer erloschen ist.

Schneider: Damals gab es einen hohen Rückstau an Bauentscheidungen aus den Jahren 1980 bis 1982. Als wir das Programm beschlossen, gab es binnen weniger Wochen einen Run auf die Baugenehmigungsbehörden. Wir haben damals kein künstliches Feuer entfacht, sondern binnen drei Monaten den zurückgestauten Baubedarf aktiviert, also in Nachfrage umgesetzt. Heute ist ein Stau dieser Art nicht zu erkennen.

Als *Kennzahl der Wohnungspolitik* gilt meist die Eigentumsquote. Sie hat sich zwar in zwei Jahrzehnten etwa verdoppelt, ist aber mit rund 40 Prozent international noch immer recht niedrig. Andererseits gebe es Familien, erläutert Schneider, in denen der Sohn in der Universitätsstadt ein Appartement hat, die Familie ihr Haus und zudem eine Ferienwohnung besitzt. „Aber es nützt mir ja nichts, daß der eine drei Wohnungen hat und der andere *gar keine*,“ meint er. Das erinnere ihn an den Sarkasmus über den statistischen Durchschnitt: Der eine Fuß auf der heißen Herdplatte, der andere im Schnee, ergibt im Mittel eine angenehme Temperatur.

Auf die Frage, ob es ein übergreifendes Motto seiner Politik gebe, entgegnet der Minister: „Wir stehen an einer Wende. Unsere Wohnungspolitik braucht eine neue Qualität. Wir haben bereits eine quantitative Sättigung, wir haben aber einen regionalen und gruppenspezifischen Bedarf. Mit pauschalen Allerwelts-Bauleistungen können wir die Probleme nicht lösen.“

Umweltauto: Strauß fordert sofortige Kfz-Steuerfreiheit

HH. **Bonn**

Bayern fordert, schadstoffarme Personenwagen von sofort an und nicht erst zum 1. Juli 1985 von der Kfz-Steuer zu befreien. Diesen Stichtag hatte die Bundesregierung zwar in ihrem Beschluß vom 19. September genannt. Jedoch sieht der morgen vom Kabinett zu verabschiedende Gesetzentwurf (WELT vom 31. 10) ein früheres Inkrafttreten vor. Der Bundesrat kann in seiner Sitzung am 16. November durch Änderungsvorschläge zu dem Entwurf eine Beschleunigung herbeiführen. Allerdings wird die Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung, die die Definition des schadstoffarmen Autos zum Inhalt hat, wegen der Brüsseler Einspruchsfrist nicht vor dem 1. März 1985 in Kraft treten können.

Der bayerische Ministerpräsident Strauß hat in Schreiben an die Minister Stoltenberg und Zimmermann darüber hinaus eine Spreizung der Mineralölsteuer für verbleites und bleifreies Benzin gefordert, die dazu führen soll, daß bleifreies billiger angeboten werden kann als verbleites. Der Bonner Entwurf sieht eine Spreizung um vier Pfennig vor, die nach den heutigen Kalkulationsunterlagen diese Forderung nicht erfüllen dürfte. Der bayerische Ministerpräsident spricht sich auch gegen eine Sonderbehandlung der Personenwagen mit einem Hubraum von mehr als zwei Litern aus. Es gebe keinen Grund, weshalb die finanziellen Anreize für diese Fahrzeuge um ein Jahr verkürzt werden sollten. Nach Meinung von Strauß hätte das allenfalls zur Folge, daß Käufer 1988 auf kleinere Fahrzeuge auswichen oder den Kauf eines Neuwagen in das Jahr 1987 vorzögen. *Außerdem setzt er sich für eine* schnelle und umfassende Regelung umgerüsteter Fahrzeuge ein. Der Bonner Gesetzentwurf läßt eine solche Möglichkeit zu. Da technische Einzelheiten noch nicht abschließend geklärt sind, könnten solche Regelungen auch nachträglich in Kraft treten.

NRW bezahlt gesamten Prozeß für Polizisten

rb, **Bonn**

Nordrhein-Westfalen übernimmt sämtliche Kosten für die Nebenklage der Polizisten Bertram und Gottwald gegen den Gewaltverbrecher Panek, der sie im Juli 1982 im Kreis Gütersloh angeschossen und lebensgefährlich verletzt hatte. Wie die WELT am 3. Oktober 1984 berichtet hatte, schuldeten die Beamten nach dem Prozeß ihren Anwälten 27 000 Mark. Das Land hatte sich geweigert, ihnen die Anwaltskosten für jene Tage zu bezahlen, an denen sie nicht als Zeugen vernommen wurden.

Der Einsatz der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund und der WELT für die Polizeibeamten hatte jetzt Erfolg. Der Düsseldorfer Innenminister schrieb am 28. Oktober der Polizeigewerkschaft: „Die nach Paragraph 85 des Landesbeamten-Gesetzes dem Dienstherrn obliegende Pflicht, dem Beamten im Rahmen des Dienst- und Treueverhältnisses Fürsorge und Schutz bei seiner amtlichen Tätigkeit und in seiner Stellung als Beamter zu gewähren, kann grundsätzlich nicht soweit gehen, daß die Kosten vom Dienstherrn zu übernehmen sind, die dem Beamten dadurch entstehen, daß er in einem Strafverfahren Nebenklage erhebt ... Im Strafverfahren gegen Robert Panek lagen jedoch besondere Umstände vor, die ausnahmsweise auch die Übernahme der Rechtsanwaltskosten für die Nebenklage des PHM Gottwald und des PM Bertram auf den Landeshaushalt gerechtfertigt erscheinen lassen.“

FUSSBALL

Per Rechtsanwalt geht es gegen den 1. FC Nürnberg

sid, Nürnberg

Die Spieler zogen vors Arbeitsgericht, der Verein begann mit der Suche nach Leihspielern. Beim deutschen Fußball-Rekordmeister 1. FC Nürnberg zeichneten sich gestern konkrete Folgen des Spieler-Aufstandes gegen den umstrittenen Trainer Heinz Höher ab.

Rechtsanwalt Peter von Pierer, Vize-Präsident des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB), reichte beim Amtsgericht Nürnberg im Namen seiner Mandanten Udo Horsmann, Rudi Kargus, Stefan Lottermann, Horst Weyerich, Detlev Krella und Manfred Walz Klage gegen Unwirksamkeit der fristlosen Kündigung ein. Derweil führte Nürnbergs Vereinsmanager Manfred Müller erste Gespräche über die Verpflichtung von geeigneten Ersatzleuten.

„Wir stehen nicht unter Zeitdruck", versicherte Präsident Gerd Schmelzer, doch gilt Uwe Haas (20) vom 1. FC Köln bereits als einer der möglichen Kandidaten. Auch Bayer Leverkusen soll Hilfe angeboten haben, die den Bundesliga-Absteiger aus dem personellen Engpaß führen könnte. Nachdem die „DDR"-Flüchtlinge Dirk Schlegel und Falko Götz in Bielefeld ihr Bundesliga-Debüt gaben, scheint eine Rückkehr der Nürnberger Alois Reinhardt oder Giske, die Leverkusen für über 1,6 Millionen zu Saisonbeginn verpflichtete, nicht ausgeschlossen.

„Ich werde wohl zurück nach München ziehen und die weitere Entwicklung in Ruhe abwarten", kündigte der gefeuerte Kapitän Udo Horsmann an. Der ehemalige Bayern-Spieler, der die Entwicklung gegen Höher trotz eines garantierten Jahresgehaltes von 170 000 Mark mitanzettelte, schloß nicht aus, daß er seine Karriere in der Bayern-Liga beenden könnte.

Ein Erfolg der gekündigten Spieler vor Gericht könnte weitreichende Konsequenzen für den Nürnberger Präsidenten und seine Kollegen haben. Schmelzer hat sein Festhalten am Trainer durch eine spontane Umarmung Höhers vor den Fernsehkameras nach der 1:2-Niederlage in Aachen noch einmal unterstrichen.

LEICHTATHLETIK

Abkürzungen beim Marathon-Weltrekord?

sid, Lissabon

Die Marathon-Läufer sorgten nach der Weltbestzeit von Chicago und dem Spektakel von New York für Schlagzeilen. Der Stadtmarathon von Lissabon aber war ein unrühmlicher Saison-Höhepunkt, denn zunächst wurde am Samstag mit der Einstellung der Weltbestzeit durch den Lissaboner Cidalio Caetano in 2:08:05 Stunden überschwenglich eine Sensation ausgerufen. Nachdem eine Kontroll-Vermessung der Strecke die geforderten 42.195 km ergab, mehrten sich am nächsten Tag aber die Aussagen von Augenzeugen, daß die Leistung dennoch unter irregulären Bedingungen erzielt wurde.

„Die Läufer haben bestimmt 800 bis 900 Meter zu wenig gelaufen", meinte Olympiasieger Carlos Lopez (Portugal), der den Startschuß abgegeben hatte. Daß die Zeit des 32jährigen Caetano, der exakt die zwei Wochen zuvor in Chicago aufgestellte Leistung des Walisers Steve Jones erreichte, in Zukunft nicht in den Bestenlisten auftauchen wird, war schon beim Start klar. Unter den 2800 Läufern entstand in dem viel zu eng angelegten Startraum ein Gedränge. Da eine klar gezeichnete Linie fehlte, schob sich der Läuferpulk bis zu 200 m über die eigentlich vorgesehene Startmarkierung.

Auch im Streckenverlauf gab es Unregelmäßigkeiten. „Die Läufer fanden einfach Abkürzungen", meinte Manfred Steffny, Olympia-Teilnehmer von 1968 und 1972. An einigen großen Plätzen wählten die Läufer nicht den außen abgesteckten Kurs, sondern liefen kurzerhand mitten darüber. „Insgesamt waren die Organisatoren nicht den Anforderungen für das große Feld gewachsen", sagte Manfred Steffny.

Der Stolz, daß die Läufer reihenweise nationale Rekorde aufgestellt hatten, schwand bei der Organisation schnell. Die Zeiten des zweitplazierten Polen Zbiegniew Pierzynka (2:09:47) und des Spaniers Caspare Esnaola (2:10:12) auf Platz drei sind ebenso zu relativieren wie die Siegzeiten von Caetano und der Fürtherin Christa Dotzler (2:45:50), die bei den Frauen vor der Spanierin Mercedes Calleja (2:47:07) gewann.



Saura aus Valencia (links) versucht Schuster zu stoppen – vergeblich. FOTO: AP

Schuster begeistert Spanier

Nicht aufzuhalten auf seinem Weg zur spanischen Fußball-Meisterschaft ist der frühere deutsche Nationalspieler Bernd Schuster. Befreit von Verletzungssorgen und Nationalmannschafts-Gerangel, präsentiert er sich seit Wochen in blendender Form. Als Spielgestalter des FC Barcelona führte er seine Mannschaft an die Tabellenspitze und begeisterte die 100 000 Zuschauer auch im Spitzenspiel gegen Verfolger FC Valencia wieder mit Ideenreichtum. Beim 1:1-Unentschieden im heimischen Nou-Camp-Stadion wurden allerdings erneut die Angriffs-Schwächen des FC Barcelona aufgedeckt. Der Tabellenführer verpaßte die Chance, seine Führungsposition auszubauen, und führt nach zehn Spieltagen weiterhin mit drei Punkten Vorsprung (16:4).

Aufgrund des besseren Torverhältnisses bleibt Valencia Zweiter vor dem punktgleichen Real Madrid, das mit 4:1 gegen Español Barcelona gewann. Herausragender Akteur dieses Spiels war der seit Saisonbeginn in Madrid spielende Argentinier Valdano, der in der ersten Halbzeit einen Hattrick erzielte. Der deutsche Nationalspieler Uli Stielike überzeugte ebenfalls. (sid)

Formel 1 / Neue Gerüchte um Lotus-Gründer Chapman

Eine englische Zeitung behauptet: Schmuggel und Drogenmißbrauch

Am 12. Februar 1983 las Maurice Arthur Ponsonby, der Bischof von Norwich, die Totenmesse für den schottischen Rennwagen-Konstrukteur Colin Chapman. Aber es gibt Chapman-Vertraute, die behaupten, der Begründer der Firma Lotus lebe unerkannt in Brasilien und betreibe von dort aus weiterhin seine Geschäfte. Auf dem Friedhof von East Carlton Village liege der Leichnam eines anderen. Dann gibt es wiederum Chapman-Vertraute, die behaupten, der berühmte Konstrukteur sei das Opfer eines Mordanschlags geworden, weil er in Rauschgift-Affären verwickelt war. Fest steht nur, daß Jim Clark, Graham Hill, Jochen Rindt, Emerson Fittipaldi und Mario Andretti mit Chapmans Konstruktionen einst Formel-1-Weltmeister wurden.

Im Dezember 1982 sparte die Weltpresse nicht mit Ausrufezeichen: „Colin Chapman tot! Herzinfarkt! Er starb in den Armen seiner Frau!" Mittlerweile hat sich die Interpunktion geändert. Ist der Lotus-Chef wirklich tot? War es ein natürliches Herzversagen? Wo sind die Chapman-Millionen?

Eine Artikelserie in der englischen Zeitung „Daily Star" gab jetzt auf einige dieser Fragen Antworten, die das Unternehmen (heutiger Mehrheitsaktionär: Gebrauchtwagenhändler David Wickins, 65) und seinen Gründer in noch zweifelhafterem Licht darstellen als bisher. Das Blatt: „Wir können bestätigen, daß er tot ist. Aber wir haben entdeckt, daß viele Leute Mordverdacht hegen. Und wir haben herausgefunden, wo die 13 Millionen Pfund (52 Millionen Mark) geblieben sind."

Die Enthüllungen lassen die Grabinschrift „Unter Belastung wächst die Tugend", wie Ironie klingen. Wenn stimmt, was die Zeitung – bisher unwidersprochen – behauptet, war Chapman (Jahrgang 1928) alles andere als ein Tugendbold: Er betrog seine Frau, trieb Drogenmißbrauch, wurde vom Rauschgiftdezernat beschattet, fälschte Urkunden, hinterzog die Steuer, schmuggelte Devisen, veruntreute Firmengelder.

Sein größter Coup waren die 52 Millionen aus britischen Staatsmitteln, die der später gescheiterte amerikanische Sportwagenhersteller John DeLorean als Entwicklungshonorar an eine Firma namens „GPD" in Genf überwies. In seinem kürzlichen Kokainprozeß in Kalifornien ließ DeLorean erklären, Chapman habe ihn um den Betrag „geprellt" und „betrogen". Nach Auskunft englischer und amerikanischer Gerichte sind davon 8,5 Millionen Dollar über Banken in Zürich, Amsterdam und New York wieder auf die DeLorean-Konten zurückgeflossen. Übrigens nach Chapmans Beerdigung.

Der ehemalige Lotus-Verkaufsdirektor Graham Arnold hat inzwischen bestätigt: „GPD", ursprünglich Grand Prix Drivers Limited geheißen, war eine persönliche Chapman-Gründung, „Ende der 50er oder Anfang der 60er Jahre in Nassau auf den Bahamas registriert. Genf war nur ein Briefkasten, ein Bankkonto, aber auch das Verhängnis", sagt Arnold.

Die Millionen nämlich, mutmaßt der „Daily Star", wurden zum Mordmotiv. „Und die wahrscheinlichen Mörder? Organisierte Unterweltkiller aus Amerika, deren Bosse einen Anteil an dem verschwundenen Geld wollten." Der langjährige Chapman-Intimus Noel Falconer glaubt sogar die Mordwaffe zu kennen: den Giftextrakt von Pflanzen der Digitalisgattung. Das nahezu unnachweisliche Gift führt zu – Herzversagen.

Indes, die Meuchler gingen leer aus. Chapman, geschäftlich genauso gewieft wie als Sport- und Rennwagenkonstrukteur, hatte den Genfer Notgroschen so angelegt, daß er und DeLorean nur gemeinsam an die Millionen herankonnten. Ex-Direktor Arnold: „Wie eine Schatzkiste mit doppeltem Schloß." Nach Chapmans Tod wird das Geld wahrscheinlich für immer unerreichbar bleiben, vermutet die Kriminalpolizei in Belfast, der Heimat der havarierten DeLorean-Werke.

Arnold teilt nicht Falconers Überzeugung, daß sein Chef einem Mord zum Opfer fiel. Er tippt vielmehr auf Herztod infolge Rauschmittelmißbrauchs: „Colin schluckte verdammt viele Drogen, und das über viele, viele Jahre. Weil ihm kein Tag lang genug war, nahm er Aufputschmittel, um sich wach zu halten und jede Sekunde nutzen zu können. Zum Schlafen brauchte er dann Beruhigungsmittel. Gegen Ende zeigten sich deutlich die Folgen. Er wurde sehr vergeßlich und schrecklich launisch."

Arnold zufolge experimentierte Chapman auch mit anderen, teilweise wegen ihrer Herzgefährdung verbotenen Präparaten und, so deutet er zumindest an, mit Kokain.

Ende der 70er Jahre folgten ihm Rauschgiftfahnder bis nach Ibiza, wo er mit Frau und Kindern urlaubte, und nach Sardinien, wo er eine seiner vielen Freundinnen besuchte.

Es gab Kurzzeitgeliebte und Dauer-Maitressen, berichten Eingeweihte. Die ersteren wurden meist per Lokalzeitungsinserat gesucht „Präsentable Chef-Sekretärin für Konferenzen, Auslandsreisen usw.". Erforderliche Qualifikationen: Jung, hübsch, Größe 38, blond, blauäugig. Sie wurden mit Barem entlohnt. Dauergeliebte bekamen eine Wohnung, einen Wagen und eine teure Schweizer Uhr.

Für Schweizerisches hatte Chapman ein Faible, besonders für Schweizer Banken. Laut Arnold baute er Autos „im Duplikat", identische Wagen mit gleicher Chassis- und Motornummer. Ein Exemplar wurde exportiert, „wovon das Finanzamt nichts ahnte, Colin Chapmans Schweizer Konto aber kräftig profitierte".

Dem „Daily Star" erzählte Graham Arnold viele weitere Beispiele. „Colin", sagt er, „war der größte Ingenieur, den England je hatte. Er konnte Autos entwerfen, Züge, Schiffe, Flugzeuge, einfach alles. Aber die Drogen, Streß – zum Schluß zahlte er die Strafe, das traurige Ende einer britischen Legende."

PETER MICHALSKI

SPORT-NACHRICHTEN

Stadion-Verbot

London (dpa) – Ein totales Stadion-Verbot für alle Fans von Chelsea London hat der englische Fußballklub FC Southampton ausgesprochen. Southampton reagiert damit auf die Vorfälle vom 20. Oktober, als über eintausend Chelsea-Anhänger innerhalb und außerhalb des Stadions randalierten. Zu den Ausschreitungen kam es trotz vorbeugender Maßnahmen des FC Southampton, der allein für den Polizeieinsatz in diesem Spiel 21 000 Mark ausgegeben hatte.

McEnroe droht Sperre

Stockholm (dpa/UPI) – Eine Sperre droht dem Amerikaner John McEnroe. Der Weltranglistenerste wurde beim Stockholmer Tennis-Grand-Prix-Turnier wegen unbeherrschten Verhaltens mit dem Verlust von drei Spielen und einer Geldbuße von 2100 Dollar bestraft. Damit hat McEnroe die Höchstgrenze an Strafen erreicht, wofür eine Sperre von 24 bis 42 Tagen vorgesehen ist. Er wäre dann für das Daviscup-Finale und das Masters-Finale nicht spielberechtigt.

Bronze für Ralf Schmitt

Cadiz (sid) – Einziger Medaillengewinner des Deutschen Judo-Bundes bei den Junioren-Europameisterschaften war Ralf Schmitt vom JC Rüsselsheim. In der Klasse über 95 kg belegte er den dritten Platz.

Erfolg für Künstler

Budapest (dpa) – Thomas Künstler aus Mainz gewann in Budapest die internationale ungarische Badminton-Meisterschaft. Im Finale besiegte er den Schweden Skole mit 15:2, 15:4.

Maczuga soll starten

Karlsruhe (dpa) – Der mehrfache polnische Meister Bogdan Maczuga (21) wurde nachträglich für die Deutschen Boxmeisterschaften in Duisburg (21. bis 24. November) im Bantamgewicht gemeldet. Maczuga startet seit seiner Flucht aus Polen für Ringfrei Stockstadt, besitzt aber noch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.

Nickel und Holtmeyer

Hamburg (sid) – Umbesetzungen der Trainerpositionen nimmt der Deutsche Ruderverband vor. Der Berliner Andreas Nickel (27) als Bundestrainer und der Osnabrücker Ralf Holtmeyer (26) als Honorartrainer sind künftig für die Männer zuständig. Richard Wecke (43), vor seiner Flucht Trainer der „DDR"-Ruderinnen, übernimmt gemeinsam mit Honorartrainer Michael Müller den Frauen-Bereich und der Ratzeburger Peter Schmidt die Junioren. Der Berliner Rainer Kleinschmidt wird hauptamtlicher Sport-Manager.

Gespräche mit Zola Budd

Bloemfontein (sid) – Die 18jährige Weltklasse-Läuferin Zola Budd, die sich wieder in ihrer Heimat Südafrika aufhält, soll nach Großbritannien zurückkehren. Britische Leichtathletik-Funktionäre und eine amerikanische Ausrüsterfirma verhandeln derzeit mit der Läuferin, die kurz vor den Olympischen Spielen die britische Staatsangehörigkeit erhielt.

Kohde verlor auch Doppel

Zürich (sid) – Nach der Einzel-Niederlage gegen die Amerikanerin Zina Garrison verlor die 20jährige Saarbrückerin Klaudia Kohde auch das Doppel-Endspiel des Internationalen Damen-Tennis-Turniers in Zürich. Gemeinsam mit Partnerin Hana Mandlikova (CSSR) unterlag sie Andrea Leand/Andrea Temesvari (USA/Ungarn) mit 1:6, 3:6.

Cup-Auslosungen

Düsseldorf (sid) – Am 9. (Achtelfinale im UEFA-Cup) und am 14. November (Viertelfinale im Europapokal) werden jeweils in Zürich die Auslosungen für die nächste Runde der europäischen Fußball-Wettbewerbe vorgenommen.

Warum ein Weltmeister beim Triumph ans Aufhören denkt

Superlative über Superlative: Audi siegte mal wieder in der Rallye-Weltmeisterschaft (mit dem Schweden Stig Blomqvist). Audi siegte dabei geradezu unentwegt (insgesamt in 22 Rallye-Weltmeisterschaftsläufen). Audi verfügt über das stärkste Rallye-Team der Welt (mit Michèle Mouton, Walter Röhrl, Stig Blomqvist und Hannu Mikkola). Audi erhält die Auszeichnung „Sportautomobil des Jahres 1984" (wegen des Allrad-angetriebenen Rallye-Quattro). Wo soll das noch hinführen? Vielleicht zum Rückzug?

Denn daran ist in Ingolstadt durchaus gedacht. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Sollte Porsche Ende 1985 mit dem Typ „959" hervorragende Voraussetzungen für das Rallye-Geschehen schaffen, kann es schließlich dem Mutterkonzern VW nicht einerlei sein, wenn zwei ihrer Tochterfirmen auf dem selben Gebiet konkurrieren. In Wolfsburg wird man Einspruch erheben müssen. Zu wessen Gunsten?

Doch auch, wenn der Rallye-Einsatz von Porsche verschoben werden sollte, bleiben beim Rallye-Seriensieger Audi die Rückzugsgedanken. Denn nach Peugeot wird künftig auch der italienische Konkurrent Lancia mit Neuentwicklungen ins Rallye-Geschäft einsteigen, die mit dem herkömmlichen Serienmodell nicht mehr viel zu tun haben werden. Der bereits eingesetzte Peugeot Turbo ist dafür das beste Beispiel. Will Audi künftig mithalten, müßte man also von der bisherigen Konzeption, Anlehnung des Spezialfahrzeuges an die Serie, ebenfalls abweichen.

Eine solche Entscheidung kann einerseits heißen: Abkehr vom Rallye-Fahrzeug. Sie kann aber auch bedeuten: Audi paßt sich dem Trend der Zeit und der gemeinsamen Branche an, um auch weiterhin über Rallye-Erfolge am sportlichen Image der Marke zu basteln.

Doch die Anzeichen sprechen eher für einen Rückzug, schon, weil die Konkurrenz aus Frankreich und Italien künftig mehr als nur am Audi-Lack kratzen wird. Ein Werbeslogan: „Wir sind zweiter Rallye-Sieger hinter ..." würde wohl eher Mitleid erregen anstatt zum Kauf veranlassen. So kann es durchaus passieren, daß man schon in naher Zukunft von den einst so legendären Audi-Zeiten sprechen wird. So, wie von der Ära der Mercedes-Silberpfeile in der Formel 1. Lang, lang ist's her. K. Bl.

STAND PUNKT

ZAHLEN

GOLF

11. Mannschafts-Weltmeisterschaft der Damen in Hongkong: 1. USA 585 Schläge, 2. Frankreich 597, 3. England/Irland 600, 4. Japan 607, 5. Brasilien 610, 6. Spanien 612, 7. Schweden 614, 8.–10. Deutschland, Australien, Neuseeland je 617. – Einzelwertung: Richard (USA) 75+75+70+75=295 Schläge (bei Par 73), ... 11. M. Koch (Hannover) 76+76+84+71=307. – Ferner: St. Lampert (Kronberg) 80+80+78+78=316, U. Beer (Hanau) 81+78+80+78=317.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 8. Spieltag: SSF Bonn – Fort. Bonn 3:0.

FECHTEN

2. Weltcup-Turnier der Florett-Juniorinnen in Waldkirch, Finale: Pizzi – Canevelli (beide Italien) 10:8, um Platz drei: Kuhn (Deutschland) – Weder (Schweiz) 8:3, 5. Engert (Deutschland), 6. Limena (Italien), 7. Oltner (Schweden), 8. Melandri (Italien).

EISHOCKEY

Bundesliga: Kölner EC – SB Rosenheim 3:4, ESV Kaufbeuren – EV Landshut 3:3, ERC Schwenningen – EHC Essen-West 4:1, Düsseldorfer EG – ERC Mannheim 3:4, ECD Iserlohn – SC Rießersee 7:2.

1. Rosenheim	12	8	2	2	60:31	18:6
2. Landshut	12	7	3	2	52:41	17:7
3. Mannheim	12	7	1	4	70:42	15:9
4. Köln	12	6	3	3	54:33	15:9
5. Schwenning.	12	7	1	4	49:48	15:9
6. Kaufbeuren	12	6	1	5	59:48	13:11
7. Düsseldorf	12	5	1	6	52:47	11:13
8. Iserlohn	12	4	2	6	47:58	10:14
9. Rießersee	12	2	2	8	38:66	6:18
10. Essen	12	0	0	12	23:94	0:24

TENNIS

Damenturnier in Zürich, Endspiel, Einzel: Garrison (USA) – Kohde (Deutschland) 6:1, 0:6, 6:2. – Doppel: Leand/Temesvari (USA/Ungarn) – Kohde/Mandlikova (Deutschland/CSSR) 6:1, 6:3. – **Grand-Prix-Turnier** in Stockholm, Vorschlußrunde, Einzel: Wilander (Schweden) – Connors (USA) 6:7, 6:3, 6:3, McEnroe (USA) – Jarryd (Schweden) 1:6, 7:6, 6:2. – Doppel: Smid/Leconte (CSSR/Frankreich) – Gunnarsson/Mortensen (Schweden/Dänemark) 6:4, 6:3. – **Grand-Prix-Turnier** in Taipeh, Endspiel: Gilbert (USA) – Masur (Australien) 6:3, 6:3. – Doppel: Flach/Seguso (USA) – Gitlin/Pfister (USA) 6:1, 6:7, 6:2.

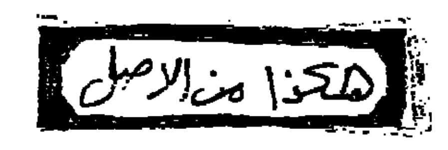
HANDBALL

Bundesliga, Herren, 5. Spieltag: Turu Düsseldorf – SG Weiche-Handewitt 23:21, TV Großwallstadt – TuSEM Essen 18:16, TuS Hofweier – Wallau-Massenheim 22:21, MTSV Schwabing – VfL Gummersbach 21:21, Grün-Weiß Dankersen – Tura Bergkamen 14:26, TV Hüttenberg – Reinickendorfer Füchse 18:17, THW Kiel – TBV Lemgo 23:13.

1. Kiel	4	4	0	0	101:78	8:0
2. Essen	5	4	0	1	86:71	8:2
3. Hüttenberg	5	4	0	1	110:102	8:2
4. Großwallstadt	5	3	1	1	104:88	7:3
5. Hofweier	4	3	0	1	79:71	6:2
6. Gummersb.	5	1	3	1	109:101	5:5
7. Schwabing	5	2	1	2	89:89	5:5
8. Dankersen	5	2	1	2	88:95	5:5
9. Düsseldorf	5	1	2	2	92:102	4:6
10. Bergkamen	5	1	1	3	102:100	3:7
11. Reinickendorf	5	1	1	3	111:116	3:7
12. Lemgo	5	1	1	3	76:94	3:7
13. Weiche-H.	5	1	0	4	99:116	2:8
14. Wallau-Mas.	5	0	1	4	80:103	1:9

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 7, 14, 18, 19, 38, 39, Zusatzspiel: 31. – **Rennquintett:** Rennen A: 8, 12, 15. – Rennen B: 27, 23, 31. (Ohne Gewähr)



Reagan sucht auch Mehrheit im Kapitol

TH. KIELINGER, Washington

Begleitet von der Erwartung eines Erdrutschsieges für Ronald Reagan geht der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf 1984 zu Ende. Heute ist Wahltag. Die letzten Meinungsumfragen sehen den Präsidenten mit Margen zwischen zehn und 18 Prozent vor seinem Opponenten Walter Mondale durchs Ziel geben.

Entscheidend für den Sieg ist aber nicht die Pluralität der Stimmen, sondern die der sogenannten „Wahlmänner", der „electoral votes". Jeder Bundesstaat besitzt, entsprechend seiner Bevölkerungsstärke, eine bestimmte Anzahl von Wahlmänner-Stimmen, wobei Kalifornien und New York mit 47 beziehungsweise 36 Wahlmänner-Stimmen vorne liegen. Die gesamten „electoral votes" eines Bundesstaates erhält jeweils der Gewinner, selbst wenn er nur mit einer hauchdünnen Mehrheit siegen sollte. So gesehen kann ein „Erdrutschsieg" – Gewinn der Wahlmänner-Stimmen, sprich: der meisten Bundesstaaten – zustandekommen, auch wenn der Sieger nur einen normalen Vorsprung nach Anzahl der tatsächlich abgegebenen Stimmen insgesamt herausgewirtschaftet hat.

Das war 1980 der Fall, als auf Ronald Reagan 51 Prozent der Stimmen entfiel, auf Jimmy Carter 41 Prozent und auf John Anderson sieben Prozent. Die Rechnung nach gewonnenen Bundesstaaten sah weitaus beeindruckender für den Gewinner aus: Ihm fielen 489 „electoral votes" (Wahlmänner-Stimmen) zu, das waren 44 Staaten der Union; Carter erhielt 49 „electoral votes", das heißt nur sechs Bundesstaaten. Sieger im Präsidentschaftswahlkampf ist, wer mindestens 270 Wahlmänner-Stimmen (aus vorhandenen 538) auf sich hat vereinigen können.

Dem amtierenden Präsidenten traut man bei seinem großen Meinungsumfrage-Vorsprung zu, aus der heutigen Wahl mit einem Rekord hervorzugehen: dem Gewinn aller 50 Staaten der USA. An dieses Ergebnis kam im Wahljahr 1972 fast Richard Nixon heran, als er bis auf Massachusetts alle Bundesstaaten gewann. Die Demoskopen sehen Ronald Reagan in allen Regionen vorne liegen, wobei er lediglich in fünf Bundesstaaten eingeholt werden könnte (Hawaii, Oregon, Minnesota, Rhode Island, Maryland).

Aber der Wahltag 1984 entscheidet nicht nur über das Weiße Haus. Das gesamte Repräsentantenhaus (435 Sitze) und ein Drittel der 100 Senatoren müssen neu gewählt werden. Weitaus mehr Spannung heftet sich in diesem Jahr an den Ausgang dieser Rennen als an das Ergebnis des Präsidentschaftskampfes, welches festzustehen scheint. Neben den Kongreßwahlen stehen auch dreizehn Gouverneurswahlen an, sowie Entscheidungen um die Parlamente in den 50 einzelnen Bundesstaaten.

Die Zusammensetzung der Mehrheiten auf dem Kapitol wird allein darüber befinden, wie stark – oder wie geschwächt – ein wiedergewählter Ronald Reagan in seine zweite Amtszeit ginge. Ihm und seiner Partei, den Republikanern, geht es daher am heutigen Wahltag um zwei strategische Ziele im Kongreß:

1. Die Mehrheit im Senat, die sie 1980 nach 24 Jahren zum erstenmal wieder erbringen konnten, zu halten (zur Zeit 55:45 für die Republikaner).
2. Die Demokratische Mehrheit im Repräsentantenhaus (zur Zeit 266:167), bei zwei Vakanzen) so weit zu schwächen, daß Reagan mit einer Koalition aus Republikanern und konservativen Südstaaten-Demokraten (den sogenannten „Boll Weevils") sein legislatives Programm durchsetzen kann.

Aussicht auf Überraschungssiege

Nach allen verfügbaren Daten dürften die Konservativen ihre Senatsmehrheit – wenn auch verkürzt – behalten. Sie müssen damit rechnen, zwei bis drei Sitze einzubüßen. Davon einen in Iowa, wo der Amtsinhaber, Senator Roger Jepsen, mehr und mehr gegen den Herausforderer, den demokratischen Abgeordneten Tom Harkin, in Rückstand gerät. Die Opposition wird auch den durch Senator Baker geräumten Sitz in Tennessee gewinnen, wo der 37jährige Albert Gore, ein hervorragend in Sicherheitsfragen eingearbeiteter Abgeordneter, uneinholbar vorne liegt.

Gefährdet sehen die Republikaner außerdem in Illinois und North Carolina aus. Der Vorsitzende des Auswärtigen Senatsausschusses, Charles Percy, kann sich kaum seines demokratischen Herausforderers, Paul Simon, erwehren: dieser arbeitet sich geschickt in die Machtbasis des Liberal-Konservativen Percy vor, vor allem unter den jüdischen Wählern und den Farbigen Chicagos. In North Carolina muß einer der namhaftesten Südstaaten-Republikaner, Jesse Helms, um sein politisches Überleben kämpfen, herausgefordert vom Gouverneur des Staates, James Hunt.

Doch haben auch die Konservativen in zwei Bundesstaaten Aussichten auf Überraschungssiege. In beiden Fällen stehen erfolgreiche Geschäftsleute an der vordersten Front eines politischen Durchbruchs. In West Virginia bietet der 34 Jahre junge John Raese, der sich im Radio- und Fernsehgeschäft zum Millionär hochgearbeitet hat, dem scheidenden Gouverneur (und Millionen-Erben) John D. („Jay") Rockefeller IV einen erbitterten Zweikampf um den freigewordenen US-Senatssitz. In Massachusetts liegt Ray Shamie, ein ebenfalls zum Millionär avancierter Unternehmer in der Feinmechanik-Industrie – seine Firma stellt Komponenten für das Space Shuttle her – günstig gegen den stellvertretenden Gouverneur des Staates John Kerry – einen Liberalen aus der Vietnam-Kriegsära – im Rennen.

Ronald Reagan hat in den beiden letzten Wochen des Wahlkampfes alles getan, seine wachsende Popularität diesen und anderen seiner Parteifreunde zu Diensten zu stellen. Man nennt dies auch die „Politik der Rockschöße", an die sich die Kandidaten klammern können, um von der Tendenzwende zugunsten des Präsidentschaftsbewerbers profitieren zu können. Besonders wirksam wird dies in den Entscheidungen im Repräsentantenhaus sein.

Im Kongreßwahljahr 1982, auf der Höhe der Rezession, verloren die Republikaner 26 Sitze in der zweiten US-Kammer, dem Repräsentantenhaus. Damit ging die alte konservative Koalition, mit der Reagan zwei Jahre lang erfolgreich regiert hatte, in die Brüche. Entsprechend wirkungslos war die legislative Arbeit der Exekutive seitdem. Die Republikaner würden sich mehr als freuen, wenn sie diesen Verlust aus dem Herbst 1982 jetzt wettmachen könnten. Ob Reagans „Rockschöße" (coat tails) ausgereicht haben, die Amerikaner von ihrer alten Gewohnheit des „ticket splitting" abzuhalten: der Spaltung der Abstimmung, wonach man eine Stimme dem Präsidenten und eine andere Stimme dem Kongreßkandidaten der Opposition schenkt?

Circa 173 Millionen Amerikaner könnten an diesem Dienstag zur Wahl gehen; doch haben sich nur etwa 120 Millionen von ihnen auch registrieren lassen – eine Vorbedingung, wenn man in den USA, wo es sonst keine Ausweispflicht gibt, zur Wahl gehen will. Es wird damit gerechnet, daß kaum mehr als 90 Millionen tatsächlich wählen gehen.

Das Dilemma der Demokraten

Seit 1960 hat sich die Wahlbeteiligung ständig verringert, von damals 62,8 Prozent auf 52,6 Prozent am Wahltag 1980. Dieses Ergebnis dürfte sich diesmal ein wenig verbessern, aufgrund landesweiter intensiver Kampagnen zur Registrierung neuer Wähler. Trotzdem käme es einer kleinen Sensation gleich, wenn die Wahlbeteiligung 55 Prozent erreichen würde.

Von Mal zu Mal ergibt sich für die Demokratische Partei der USA, die Liberalen, ein wachsendes Dilemma: In keiner Region des Landes kann sie sich auf eine verläßliche Basis stützen. Sie muß heute überall in den USA nach Wählern und nach Zustimmung suchen, während die Konservativen inzwischen ganze topographische Blocks „ihr eigen" nennen.

Die Bevölkerung wählt immer weniger nach den traditionellen Etiketten der Parteien, und immer mehr entsprechend der Zukunftsausrichtung der einzelnen Programme. Hier besitzen die Konservativen, die nach dem Slogan der „opportunity society" angetreten sind, der chancenreichen Gesellschaft, mit Abstand die größte Zugkraft, vor allem unter der Jugend des Landes und unter den aufstrebenden Berufsschichten.

Auf eine kuriose Weise beerbt selbst das vertrackteste Problem der bisherigen Reagan-Ära, das gewaltige Haushaltsdefizit, die Zukunft der USA mit einer konsvervativen Agenda: Jede Regierung der nächsten Jahrzehnte wird auf fiskalische Vernunft, auf ausgabeneindämmende Politik festgelegt sein.

Weizsäcker in Paris: Westbindung endgültig

„Es gibt keinen deutschen Sonderweg, der uns abtrennt"

BERNT CONRAD, Paris

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat Deutsche und Franzosen aufgerufen, einen entscheidenden Beitrag für die Einigung Europas zu leisten. „Unsere enge Nachbarschaft und Zusammenarbeit muß über uns hinausweisen, damit Europa seine unabhängige und verantwortliche Rolle in der Welt spielen kann", sagte Weizsäcker gestern zu Beginn seines fünftägigen Staatsbesuches in Frankreich.

Staatspräsident François Mitterrand begrüßte seinen Gast am Nachmittag mit militärischen Ehren auf dem Pariser Flughafen Orly. Weizsäcker führte später ein erstes Gespräch mit Mitterrand im Elysée-Palast und traf dann mit dem Präsidenten des Senats, Alain Poher, zusammen.

Bei einem abendlichen Festbankett im Elysée unterstrichen Gast und Gastgeber die „einzigartige Natur" des deutsch-französischen Verhältnisses. Der Bundespräsident betonte: „Unsere Freundschaft ist gegen niemanden gerichtet. Sie ist Antrieb für Europa. Mit unserer Verständigung und Zusammenarbeit wollen wir andere mitreißen. Ob uns dies gelingt, ist der Maßstab, an dem wir gemessen werden. Über Symbole hinaus müssen wir zu neuen Realitäten vorstoßen."

Innovation als Aufgabe

Im Bereich der Luft- und Raumfahrt wird die Zusammenarbeit beider Länder nach den Worten Weizsäckers in der Zahl der Projekte und in der Größenordnung der Mittel nirgendwo auf der Welt übertroffen. Zu Mitterrand gewandt, fügte er hinzu: „Ihre Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit hat uns vorangebracht." Gedankenaustausch und Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich seien eng, vertrauensvoll und weiter steigerungsfähig.

Als besonders wichtig bezeichnete der Bundespräsident eine gemeinsame Strategie im Bereich der Informationstechnik. „Denn in diesem Teil der Hochtechnologie liegt der Hauptwettbewerb der Industriezentren der Welt und der Prüfstand ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Erforderlich ist nicht nur eine bewußtere Zusammenarbeit der Industrien über die Landesgrenzen hinweg. Erforderlich ist die Einsicht aller tragenden Kräfte, daß die Innovationskraft unsere gemeinsame Aufgabe ist, die wir nur im europäischen Rahmen lösen können." Weizsäcker hob auch die „besonderen familiären, nationalen Bindungen an die Deutschen im anderen deutschen Staat" hervor.

Er versicherte: „Es wäre gegen die menschliche Natur, und es würde der Verantwortung freier Menschen widersprechen, würden wir sie verleugnen. Ich habe noch keinen Franzosen an der Mauer in Berlin gesehen, der nicht spontan verstanden hätte, worum es geht. Wir können und wollen die Menschen auf der anderen Seite – Deutsche wie wir – nicht im Stich lassen."

Lehre der Geschichte

„Sie, wie die Polen, die Tschechen und andere tragen die schwere Last im geteilten Europa, aber sie sind und bleiben Europäer, wie wir. Deshalb suchen wir Verständigung zwischen West und Ost. Dafür erstreben wir einen Frieden, der die Trennung im europäischen Maßstab überwinden läßt."

Der Bundespräsident machte klar: „Unsere fundamentalen Bindungen sind endgültig, unwiderruflich und im Handeln und Denken unserer Bürger fest verankert." Er fügte hinzu: „Wir haben die Lehren der Geschichte gelernt. Ein neutrales Wandern zwischen zwei Welten führt uns nirgendwohin. Das wissen wir ganz genau. Es gibt keinen deutschen Sonderweg, der uns abtrennt."

Die Bundesregierung wertete den ersten Auslandsbesuch des Bundespräsidenten gestern als „Ausdruck der tiefen inneren Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern". Regierungssprecher Sudhoff betonte: „Der Besuch dokumentiert in gleicher Weise die gewachsene Normalität und die Selbstverständlichkeit der freundschaftlichen Beziehungen wie die besondere geschichtliche Rolle, die Frankreich und Deutschland für die Gestaltung der europäischen Zukunft zu spielen haben." Die Bundesregierung sei überzeugt, daß die Gespräche Weizsäckers ein bedeutendes und in die Zukunft weisendes Element praktizierter Zusammenarbeit sein würden.

Ost-Berlin hofiert Sinowatz

hrk. Berlin

Ost-Berlin hat den österreichischen Bundeskanzler Fred Sinowatz wie ein Staatsoberhaupt gefeiert. Das „DDR"-Fernsehen übertrug seine Ankunft direkt. Auf dem Flughafen Schönefeld war neben Staats- und Parteichef Erich Honecker die gesamte Führungsspitze erschienen. Volksarmisten gaben Ehrensalut, wie er prinzipiell nur bei Staatsoberhäuptern üblich ist.

Mit Elogen, die Österreich gleichsam zum „Bruderstaat" der „DDR" erklären, empfingen die Ostberliner Medien gestern den österreichischen Kanzler zu seinem ersten Besuch in der „DDR". Während die Bundesrepublik Deutschland üblicherweise mit dem Adjektiv „imperialistisch" bedacht wird, nannte man Österreich eine „bürgerlich-demokratische Republik". Das „Neue Deutschland" schildert quasi eine heile österreichische Welt und erwähnt die KPÖ in der Aufzählung des Parteienspektrums als letzte. Wien wird als „Stadt des Dialogs und weltweiter Begegnung" gepriesen.

Daß Bonn und Wien mit zweierlei Maß gemessen werden, macht die „Berliner Zeitung", das Blatt der Ostberliner SED, deutlich: Während Ost-Berlin normalerweise die polemische Kritik der DKP an der angeblich menschenfeindlichen und zu Verarmung führenden Konjunkturpolitik der Bundesregierung unterstützt, heißt es dort zum österreichischen Arbeitslosenproblem verständnisvoll: „Trotz großer Bemühungen der Regierung mit Investitions- und Steuerbefreiungsprogrammen neue Arbeitsplätze zu schaffen, erwartet eigentlich niemand eine kurzfristige und generelle Änderung des Problems."

Genschers Appell in „DDR" verschwiegen

hrk. Berlin

Die „DDR"-Presse verschwieg gestern die Themen der Unterredung zwischen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Volkskammerpräsident Horst Sindermann am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Indira Gandhi. Dabei hatte Genscher, wie berichtet, auf ein Entgegenkommen der „DDR" im Falle der rund 150 Flüchtlinge gedrängt, die sich noch immer in den Räumen der deutschen Botschaft in Prag befinden.

In einer ADN-Meldung aus Neu-Delhi heißt es, Sindermann habe Genscher auf dessen Wunsch hin empfangen und dabei „Fragen erörtert, die mit der internationalen Lage und den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zusammenhängen". Die Zusammenkunft zwischen Genscher und dem sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow wird im „Neuen Deutschland" nur im Zusammenhang mit dem Treffen von Tichonow und US-Außenminister Shultz erwähnt.

Moskau will die Kirchen weiter „ausbluten" lassen

UdSSR muß sich vor UN-Menschenrechtsausschuß verantworten

DW. Genf

Die Sowjetunion muß in dieser Woche vor dem Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen in Genf erneut Rechenschaft darüber ablegen, wie sie die verbrieften bürgerlichen und politischen Rechte umsetzt. Grundlage für die bis zum Donnerstag geplante Befragung der Sowjet-Vertreter durch 18 Rechtsexperten aus aller Welt ist ein von Moskau vorgelegter Rapport, der als Verhöhnung des UNO-Menschenrechtsausschusses bezeichnet wird.

Den Sowjets wird in Genf in erster Linie vorgeworfen, die im Menschenrechtspakt garantierte Religionsfreiheit zu mißachten, obwohl sie Teil der sowjetischen Verfassung ist. So wird scharf kritisiert, daß der Sowjetstaat die Registrierung kirchlicher Gemeinschaften nach eigenem Gutdünken vornimmt, ohne daß der Bürger Einfluß nehmen könnte. Nach Ansicht der in Genf tagenden Juristen gibt es für die Willkür der Sowjets ein Paradebeispiel – es geht um das Priesterseminar im litauischen Kaunas. Die Auswahl über die heranzubildenden jungen Priester wird von den staatlichen Behörden getroffen. Der Vorwurf lautet, daß den besten Kandidaten die Aufnahme verweigert wird mit dem Ziel, auf diese Weise die Kirche personell von innen „ausbluten zu lassen". Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist in Kaunas kein einziger Katechismus und keine Bibel mehr gedruckt worden. Schließlich erhalten Kinder in sowjetischen Schulen keine religiöse Erziehung. Andererseits ist es den Kirchen verboten, selbst einen solchen Unterricht zu erteilen. Religiöse Erziehung ist somit im Machtbereich der Sowjets nur den Eltern möglich. Doch sie sind zugleich gehalten, ihre Kinder im Geist des Kommunismus zu erziehen. Wenn sie dies nicht tun, kann ihnen das elterliche Erziehungsrecht aberkannt werden.

Auch der von den Sowjets zum Thema Freiheit der Gewerkschaften in Genf vorgelegte Bericht wird von den Experten als völlig unwahr bezeichnet. Die in der Sowjetunion organisierten 132 Millionen Arbeiter genössen auch Versammlungsfreiheit, behauptet Moskau. Die UdSSR versucht zugleich zu suggerieren, die Arbeiter seien nicht an die bestehenden Gewerkschaften gebunden, sondern könnten auch neue gründen. Verschwiegen wird, daß es sich in der Sowjetunion einzig um vom Staat gelenkte Gewerkschaften handelt.

Wieder SPD-Kritik am Rundfunkbeschluß

rtr. Düsseldorf

Der Vorsitzende des mitgliederstarken SPD-Parteibezirks Westliches Westfalen, Hermann Heinemann, hat Ministerpräsident Rau aufgefordert, neue Gespräche zu führen, um die sozialdemokratischen Bedenken gegen die Neuordnung des Rundfunkwesens auszuräumen, die die Regierungschefs der Länder Mitte Oktober ausgehandelt hatten. Die Vereinbarung lasse „entscheidende sozialdemokratische Positionen weitgehend vermissen", insbesondere bei der Bestands- und Entwicklungsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, erklärte Heinemann.

Neuverhandlungen würden im übrigen bereits durch die Ablehnung der Konzeption durch die SPD-Fraktion des hessischen Landtags notwendig. Auch aus der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion war bereits Kritik an den Vereinbarungen laut geworden. Rau hatte dazu erklärt, er werde seine Haltung im Bundesvorstand und der Medienkommission seiner Partei vortragen.

Madaus will gegen Urteil Rechtsmittel einlegen

● Fortsetzung von Seite 1

1969 und 1979 566 000 Mark an Spenden an die Staatsbürgerliche Vereinigung Köln/Koblenz und zwei weitere Vereinigungen gezahlt. Er habe dafür Spendenquittungen erhalten, die bei der Steuererklärung für die Firma Madaus als abzugsfähig vorgelegt worden seien. Das Finanzamt habe diese Quittungen akzeptiert. Madaus habe sich dadurch einen Steuervorteil von *308 000 Mark* verschafft. Wären die Spenden direkt als Zahlungen an politische Parteien deklariert worden, die damals nur geringfügig steuerlich absetzbar waren, so hätte der Steuervorteil nur 56 000 Mark betragen.

Die Verteidigung hatte darauf abgestellt, daß Madaus im guten Glauben an die Rechtmäßigkeit seiner Spendentätigkeit gehandelt habe. Im übrigen hätten die übergeordneten Finanzbehörden von dieser heute als „Umwegfinanzierung" bezeichneten Praxis Kenntnis gehabt. Das Kölner Gericht befand allerdings, daß dies für das Verfahren „unerheblich sei". Richter Baumgarten: „Entscheidend ist allein die Kenntnis des Sachbearbeiters beim zuständigen Finanzamt." Die Beamten hätten allerdings ausgesagt, sie hätten nichts davon gewußt, daß die an die gemeinnützigen Vereinigungen gezahlten Gelder später der CDU zugeflossen seien.

Den von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler ins Gespräch gebrachten Grundsatz, daß bei Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen für eine zurückliegende Straftat das „mildere Recht" der neuen Bestimmung angewandt werden müsse, ließ Richter Baumgarten nicht gelten. Im Gegensatz zur Verteidigung stellte er sich auf den Standpunkt, daß die Gesetzgebung zur Parteienfinanzierung und zur steuerlichen Abzugsfähigkeit im Einkommensteuergesetz „Zeitgesetze" seien.

Der Richter sagte, Madaus habe nur deshalb keine Freiheitsstrafe bekommen, weil der Fabrikant zunächst nur bestrebt gewesen sei, seine Spenden anonym zu halten, und sich deshalb der Umwegfinanzierung bedient habe. Auch habe er „diesen Weg nicht erfunden", sondern er sei ihm von den Spendensammlern nahegelegt worden.

Schering interessiert an Teilzeitarbeit

rtr. Berlin

Das Pharma-Unternehmen Schering verspricht sich von einer Ausweitung der Teilzeitarbeit „langfristig auch einen arbeitsmarktentlastenden Effekt". Nach den Worten von Vorstandsmitglied Horst Witzel haben in einer Befragung 14 Prozent der Mitarbeiter des Unternehmens Interesse an Teilzeitjobs geäußert (sechs Prozent arbeiten bereits in Teilzeit). Neue Teilzeitarbeitsmodelle, die in einem Forschungsprojekt des Berliner Arbeitswissenschaftlichen Forschungsinstituts entwickelt worden sind, können nach Witzels Einschätzung auf mindestens 50 Prozent der Arbeitsplätze bei Schering angewandt werden. An erster Stelle steht dabei die Vier-Tage-Woche, die die Arbeitszeit um 20 Prozent verkürzen würde.

Irrsinn mit Milch

sdh. – Butterberg und Magermilchsee sind in diesem Jahr erst noch einmal kräftig angeschwollen. Bis die Quotenregelung, die die ständig steigende Milchflut eindämmen soll, Abhilfe bringt, werden Jahre vergehen. Eine Auswirkung ist freilich schon mit aller Schärfe deutlich geworden: Die politische Notbremse zur Begrenzung der ins Unfinanzierbare geschwollenen Europa-Agrarkosten trifft Gerechte und Ungerechte. Denn sie kürzt auch jenen Molkereien die Anlieferung an Milch, die sich in den vergangenen Jahren eben nicht auf die staatlich garantierten Interventionspreise verlassen haben.

Eine ganze Reihe deutscher Molkereien hat sich nämlich in den zurückliegenden Überschußjahren nicht auf Vater Staats Ankaufsgarantie verlassen und am Markt orientiert. Die vor allen Dingen in Süddeutschland angesiedelten „Marktmolkereien" haben mit Geschick und Neuheiten Märkte aufgetan. Ihnen fehlt jetzt der Rohstoff, um ihren Lieferverpflichtungen nachzukommen. Die ganze Schizophrenie der Agrarpolitik wird deutlich, wenn man hört, daß diese Molkereien, um lieferfähig zu bleiben, derzeit Milch in Österreich einkaufen. Und das, obwohl sich am Grundübel, nämlich einer drastischen Überproduktion von Milch in der Bundesrepublik, bisher noch kaum etwas geändert hat und die staatlichen Interventionstellen nach wie vor nicht wissen wohin mit den Butterlieferungen, die sie ankaufen müssen.

Da werden die falschen Molkereikapazitäten um jeden Preis gefüllt. Denn eingelagerte Butter kostet den Steuerzahler in jedem Fall mehr als ein rasch an den Mann gebrachtes Yoghurt.

Gute Beispiele

Ha. (Brüssel) – Gute Beispiele machen Schule. So beeilen sich nach deutsch-französischem Vorbild nun auch die Italiener mit Maßnahmen zur Erleichterung der Grenzkontrollen. Das römische Parlament hat die Regierung ermächtigt, das Ende 1983 vom EG-Ministerrat beschlossene Programm zur Abkürzung der Wartezeiten im Lkw-Verkehr in nationales Recht umzusetzen. Falls dies – wie es der italienische Europaminister Francesco Forte in Aussicht gestellt hat – tatsächlich „in den ersten Monaten 1985" verwirklicht werden sollte, zeugte es von größerem europäischen Engagement als manche hochfliegenden Absichtserklärungen der Staats- und Regierungschefs. Die Anregung Fortes, den europäischen Zöllnern auch gleich eine einheitliche Uniform zu verpassen, schafft dagegen – wie das Beispiel des europäischen Passes gezeigt hat – lediglich fruchtlose Diskussionen.

Falsche Voraussetzungen

– Von HANNA GIESKES

Der erste verkaufsoffene Samstag im November hat es bewiesen: Der deutsche Handel faßt wieder Tritt. Klagte sein Spitzenverband noch vor einer Woche über eine schleppende Verbrauchskonjunktur, so scheint sich jetzt die Erwartung durchzusetzen, daß der Verbraucher seine Zurückhaltung aufgeben wird.

Einige haben das wohl längst vorausgeahnt. Während sich die Hauptgemeinschaft sorgenvoll mit der Zukunft der Branche beschäftigt, sind sie dieser Zukunft ein Stück entgegengegangen. Sie reorganisierten, modernisierten, bauten um oder gar neu, und so entstanden in vielen Städten schöne Geschäfte, attraktive Märkte und großzügige Warenhäuser – Paradebeispiel ist Hortens neues Carsch-Haus in Düsseldorf. Sie sind es vor allem, die jetzt von der wiederbelebten Kaufbereitschaft profitieren werden.

Sogar im Lebensmittelhandel, im wahrscheinlich schwierigsten Bereich der gesamten Branche, ist diese Erneuerung dort zu spüren, wo die betreffenden Unternehmen oder Organisationen die Idee und notfalls auch die Mittel bereitstellen. Und das ist der kritische Punkt, denn der „kleine Kaufmann um die Ecke" verfügt über die Mittel mit Sicherheit nicht.

Er steht, so sagt man, unter dem Druck schrumpfender Erträge; leidet darunter, daß die Konsumgüterindustrie unter der Last ihrer Überkapazitäten seinen mächtigen Konkurrenten die Ware zu Netto-Einkaufspreisen mit vielfältigen Sonder- und Geheimrabatten andient und ihm nichts als das reguläre Skonto plus Mengenrabatt gewährt. Und schließlich lebt er in der ständigen Angst, daß der große Wettbewerber ihn mit Unterpreisverkäufen vom Markt verdrängt.

Dieses Bild vom tapferen kleinen Einzelhändler, das vor allem Mittelstandspolitiker so gern zeichnen, hat indes zwei Fehler. Erstens: Die, die sonntags davon reden, kaufen nicht notwendigerweise am Montag auch dort ein. Zweitens: Gibt es diesen armen kleinen Kaufmann um die Ecke überhaupt?

Es gibt ihn natürlich – als Mitglied der Edeka, der Rewe, der Spar. Nachdem das Bundeskartellamt die beiden ersten der Gruppe der sechs mächtigsten deutschen Nachfrager nach Nahrungs- und Genußmitteln zugeordnet hat, werden sie wohl imstande sein, für die Genossen etwas mehr als nur Kleinkrämer-Rabatte aus der Industrie herauszuholen.

Sämtliche Gruppen haben Beratungsabteilungen, die den angeschlossenen Händlern bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben behilflich sind. Nun wird darüber geklagt, daß die Bundesregierung die Mittel für die Unternehmensberatung im Handel gekürzt hat. Unabhängig davon, ob das sinnvoll war oder nicht, sollten diese Organisationen über die Frage nachdenken, ob das Berater-Honorar unbedingt mehr als 1000 Mark pro Stunde betragen muß.

Die gesamte Diskussion um die Erhaltung eines gesunden Mittelstands im Einzelhandel entschwebt immer mehr ins Ideologische, weil sie mehr und mehr unter falschen Voraussetzungen geführt wird. Natürlich sind Angebote unter dem Einstandspreis ein Übel, denn die Erträge im Handel sind nicht so, daß jeder Konkurrent sich den Einstieg leisten könnte. Dazu sind die Kapazitäten auf diesem insgesamt stagnierenden Markt zu groß.

Und Angebote zum Einstandspreis? Wer die besseren Konditionen bekommt, gewinnt auch hier, und wer sie nicht bekommt, wird sich durch Zusammenschluß mit anderen Einkäufern darum bemühen. Die Kooperationswelle, die derzeit durch die mittleren Filialunternehmen läuft, ist ein Indiz dafür. Der Wettlauf um die beste Kondition wird erst zu Ende sein, wenn die Konsumgüterindustrie von ihren Überkapazitäten herunter ist und nicht mehr darauf angewiesen, ihre Ware um jeden Preis in die Regale des Handels zu drücken.

Mit Krokodilstränen ist Tante Emma nicht zu helfen. Nicht wenige helfen sich selbst und haben Erfolg dabei, ohne Ladenarchitekt und teuren Umbau. Es sind die, die den Bedarf ihrer Kunden aus der Nachbarschaft kennen, die sich selbst als Dienstleistungsbetrieb verstehen und nicht durch unwilliges Personal Allerweltsartikel austeilen lassen. Hier sollten die Verbände, sollte auch die Hauptgemeinschaft, ihre Aufgaben sehen: Nicht die Verhältnisse beklagen, sondern zeigen, wie es weitergeht. Der Verbraucher wird es honorieren.

KONJUNKTUR / DIHT-Umfrage bei 14 000 Unternehmen: Gedämpfter Optimismus

Trotz wachsender Risiken gilt Export weiter als Motor der Wirtschaft

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die moderate konjunkturelle Aufwärtsentwicklung wird sich im nächsten Jahr fortsetzen, möglicherweise etwas abgeflacht. Dieses Fazit zieht der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) aus seiner Herbstumfrage bei rund 14 000 Unternehmen. Während die Preisstabilität und die Fortschritte in der Haushaltskonsolidierung positiv bewertet werden, empfinden die Unternehmen die Unklarheiten in der wirtschaftspolitischen Diskussion, vor allem über die Steuerreform und die Einführung des Katalysators, als belastend.

Die kräftige Auslandsnachfrage, die in diesem Jahr ganz wesentlich den Wirtschaftsverlauf bestimmt, ist „ausschlaggebend sowohl für Einschätzungen, die auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung gerichtet sind, als auch für Befürchtungen, nach denen sich der Konjunkturverlauf abflachen wird". Viele Unternehmen messen nach der DIHT-Umfrage dem Export weiterhin eine bedeutende konjunkturstützende Funktion zu. Andere Firmen betonen stärker die Risiken, die sich aus dem gegenwärtig hohen Dollar-Kurs und einem Nachlassen der Welthandelsexpansion ergeben können.

Günstig sieht es auch bei den geplanten Investitionsausgaben aus. Sie werden mindestens das Niveau dieses Jahres erreichen, wahrscheinlich sogar etws höher liegen. Vom privaten Verbrauch dürften dagegen 1985 kaum zusätzliche Impulse ausgehen, nicht zuletzt wegen der unbefriedigenden Situation am Arbeitsmarkt.

Die Erwartungen sind in der Industrie am günstigsten, verhaltener im Groß- und Einzelhandel und ganz besonders schlecht in der Bauwirtschaft. Innerhalb der Industrie werden die höchsten Erwartungen in der Chemie gehegt, wenn auch einige Unternehmen aufgrund des sehr günstigen Geschäftsverlaufs in 1984 mit einer Abschwächung rechnen. Weiterhin günstig beurteilt die elektrotechnische Industrie ihre Chancen. Der Straßenfahrzeugbau ist alles in allem zuversichtlich, auch wenn von der Katalysator-Diskussion Verunsicherungen ausgehen. Zuversichtlich sind auch Teile des Maschinenbaus.

Besondere Risiken sehen die Unternehmen 1985 vorrangig im Dollar-Kurs, in der Ungewißheit über die Umsätze der Tarifvereinbarungen zur flexiblen Arbeitszeit und in der verunsichernden wirtschaftspolitischen Diskussion. Überwiegend wird mit einer weiteren Abschwächung der Bauauftragsvergabe der Gemeinden gerechnet. Überdies wird die Befürchtung geäußert, daß wegen der Tarifforderungen die öffentliche Investitionsquote sogar noch weiter zurückgehen könnte.

Die Investitionsneigung der Unternehmen erweist sich nunmehr schon seit längerem als recht stabil. Dabei steht die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit im Vordergrund. Zugenommen haben auch die Meldungen über vorgesehene Erweiterungsinvestitionen. Trotzdem zeichnet sich nach den derzeitigen Personalplanungen ab, daß die Beschäftigtenzahl in den Unternehmen 1985 im günstigsten Fall gleichbleiben, eher aber noch leicht zurückgehen wird.

Bei den Branchen, die mit besseren Erträgen rechnen, stehen die elektrotechnische und die chemische Industrie an der Spitze. Genannt werden auch die Stahlindustrie, Teile des Maschinenbaus und die Energiewirtschaft. Verbesserungen werden auch im Im- und Exporthandel gesehen. Mit schlechteren Erträgen rechnet vor allem die Bauindustrie, aber auch der Straßenfahrzeugbau, die Druck- und Textilindustrie. Auch weite Teile des Einzelhandels sehen ihre Ertragslage als äußerst unbefriedigend an.

Rund 30 Prozent der Unternehmen gehen für 1985 von einem zunehmenden Exportvolumen aus. Dagegen rechnen nur zehn Prozent mit sinkenden Ausfuhrmengen. 60 Prozent erwarten ein gleichbleibendes Volumen. Eine eindeutige Mehrheit der Firmen ordnet sich zumindest auf dem Weltniveau und als international konkurrenzfähig ein. Ein Viertel schätzt sich sogar selbst als in der Branche zur Spitze gehörend ein. Noch nicht einmal zehn Prozent räumen für sich einen nennenswerten technologischen Rückstand ein.

ENTWICKLUNGSHILFE

Immer mehr Zusagen für afrikanischen Kontinent

HEINZ HECK, Bonn

Minister Jürgen Warnke kann 1985 erstmals seit dem Regierungswechsel wieder höhere Entwicklungshilfezusagen machen. Wie aus der vertraulichen Rahmenplanung seines Ministeriums hervorgeht, stehen in der Kapitalhilfe Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2,55 (1984: 2,25) und in der technischen Hilfe von 0,99 (0,94) Milliarden Mark zur Verfügung.

Dabei wird die Schwerpunktverlagerung von Asien auf Afrika immer deutlicher: Bei der Kapitalhilfe entfallen auf den schwarzen Kontinent 1985 knapp 1,1 Milliarden Mark Neuzusagen (fast 40 Prozent des Gesamtbetrags), auf Asien dagegen 942 Millionen. Lateinamerika wird mit 240 und Europa (Portugal und Türkei) mit 190 Millionen Mark bedacht.

Bei der technischen Hilfe rangiert Afrika mit 474 Millionen, also knapp der Hälfte der 85er Zusagen, noch deutlicher vorn. Es folgen Asien mit 257,5, Lateinamerika mit 137,0, Europa mit 25,5 und Ozeanien mit 8,0 Millionen Mark.

Ungeachtet der Schwerpunktverlagerung auf Afrika liegen die meisten Großempfänger (ab 100 Millionen Mark Kapitalhilfe) im asiatischen Raum. Ihre Positionen haben sich gegenüber 1984 nicht oder nur geringfügig verändert, wie die Angaben in Klammern zeigen: Indien 360 (360), Ägypten 235 (235), Israel 140 (140), Türkei 130 (130), Pakistan 120 (100), Bangladesch 100 (80) und Indonesien 100 (85). Auf diese sieben Länder entfallen damit über 40 Prozent der Neuzusagen. Allerdings ist die Vergleichbarkeit von Jahr zu Jahr dadurch beeinträchtigt, daß kleinere Länder Mehrjahreszusagen erhalten.

Die Volksrepublik China erhält, wie aus Anlaß des Kanzlerbesuchs bereits bekannt geworden, 1985 erstmals Kapitalhilfe in Höhe von 50 Millionen Mark. Allerdings wird dieser Betrag nicht in der Rahmenplanung ausgewiesen, sondern aus der „allgemeinen Reserve" (82 Millionen) genommen. Hinzu kommen 30 Millionen Mark technische Hilfe.

Die Entwicklungshilfe an El Salvador, das 1984 erstmals wieder Zusagen erhielt, wird 1985 mit 20 Millionen Mark Kapital- und fünf Millionen Mark technischer Hilfe fortgesetzt. Nicaragua, das 1983 und 1984 mit geringen Beträgen sowohl der Kapital- wie der technischen Hilfe unterstützt wurde, erscheint nicht in der neuen Rahmenplanung. Auch hier ist eine Berücksichtigung aus der „allgemeinen Reserve" denkbar. Moçambique soll nach einer Unterbrechung wieder 25 Millionen Mark Kapital- und fünf Millionen technische Hilfe erhalten.

Angesichts des Zusagebestands aus der Vergangenheit (Ende 1983 bei 27,8 Milliarden Mark) und der angespannten Haushaltslage sind die Neuzusagen 1983 zunächst zurückgefahren worden. Wegen der hohen Altzusagen führten diese Kürzungen allerdings nicht zwingend zu einer Einschränkung der deutschen Hilfe.

AUF EIN WORT

„Auch wenn alternative Modelle die Abkehr von der Philosophie des Wirtschaftswachstums und einen Verzicht auf weitere Vermehrung des Wohlstands propagieren, so werden sich die Probleme der Zukunft ohne ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum und ohne Investitionen in die Entwicklung neuer Technologien, beispielsweise zur Energiegewinnung, der Nahrungsmittelproduktion oder zum Schutz der Umwelt, kaum meistern lassen."

Dr. J. B. van Benthem, Präsident des Europäischen Patentamtes, München. FOTO: DPA

LANDWIRTSCHAFT

Marken-Molkereien klagen über verfehlte Milch-Politik

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Stimmung in der Milchwirtschaft ist schlecht. Nachdem über Jahre hinweg ständig steigende Milchanlieferungen die rund 560 deutschen Molkereien mit etwa 700 Betrieben und 55 000 Beschäftigten zu Kapazitätserweiterungen zwangen, hat die Quotenregelung zur Begrenzung der Milchproduktion in diesem Jahr die Entwicklung drastisch umgekehrt: Die Milchanlieferungen sind bereits deutlich zurückgefallen.

Kurz vor Beginn der im Vierjahresrhythmus stattfindenden Internationalen DLG-Fachausstellung für Molkerei- und Getränketechnik („Molkereitechnik '84; 6. bis 10. November in Frankfurt) sprachen Branchensprecher von dringend notwendigen schnellen Kapazitätsanpassungen. Daß die Molkereien reagieren, signalisiert der zur Messe vorgelegte Ifo-Bericht. Danach will die Milchwirtschaft, die bisher den Löwenanteil ihrer Investitionen (rund 2,5 Prozent vom 25-Mrd.-DM-Jahresumsatz) für Kapazitätserweiterungen aufwandte, in diesem Jahr gut 40 Prozent der Investitionen zur Rationalisierung einsetzen.

Knapp die Hälfte der von Ifo befragten Molkereien schätzt die eigene Kapazität derzeit als zu groß ein. Allerdings brachte der „so negativ wie noch nie" ausgefallene Ifo-Konjunkturtest auch zutage, daß etwa ein Drittel der Molkereien über Rohstoffmangel klagt. Das sind jene vor allem in Süddeutschland angesiedelten Molkereien, die nicht die Überschußprodukte Butter und Magermilchpulver herstellen, sondern die ihre Produkte – mit Erfolg – am Markt verkaufen.

MESSE IN CHINA

Die Preise für Ausfuhrgüter scheinen erheblich zu steigen

dpa/VWD, Kanton

China hat auf der Kantoner Herbstmesse – die gestern nach dreiwöchiger Dauer zu Ende ging – für seine Exportwaren teilweise beträchtliche Preissteigerungen durchgesetzt. Wie ausländische Einkäufer berichteten, verlangten die chinesischen Stellen für Produkte ihrer Leichtindustrie Preise, die um zehn bis 40 Prozent über denen der Frühjahrsmesse lagen. Bei zahlreichen Artikeln wird ferner die von chinesischer Seite vorgenommene Preiskalkulation auf US-Dollar-Basis zu höheren Verkaufspreisen in Europa führen.

Nach Angaben der Messeleitung waren mehr als 25 000 ausländische Kaufleute, darunter 300 aus der Bundesrepublik, in die südchinesische Handelsmetropole gereist. Die Besucherzahl war damit die höchste seit Jahren. Der Umfang der Vertragsabschlüsse soll bei einigen Branchen um zehn bis 20 Prozent über dem der Herbstmesse 1983 liegen. Gefragt waren vor allem Textilien, Agrarerzeugnisse und tierische Produkte. Unter den ausgestellten Gütern waren erstmals in größerer Zahl Erzeugnisse aus chinesischen Betrieben, an denen ausländische Firmen beteiligt sind, darunter der in Schanghai montierte VW Santana und nach deutscher Lizenz hergestellte Baumaschinen.

Die Messe war die erste seit Änderung des Preissystems bei chinesischen Exportwaren. Die neuen Bestimmungen verbieten es den chinesischen Außenhandelsorganisationen, sich bei den Preisen flexibel zu zeigen, etwa um mehr Vertragsabschlüsse zu erzielen. Ein Kantoner Wirtschaftsfunktionär betonte, an den einheitlichen Außenhandelspreisen werde sich nichts ändern.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bund nimmt die Renditen zurück

Bonn (dpa/VWD) – Die Rendite der Bundesobligationen rutscht von heute an wieder unter sieben auf 6,9 Prozent. Nach einer kurzzeitigen Umkehr mit steigenden Renditen hat das Bundesfinanzministerium die Rendite wieder an die Marktentwicklung angepaßt. Der Ausgabekurs der Sieben-Prozent-Obligationen wurde von 99,8 Prozent (Rendite von 7,05 Prozent) auf 100,4 Prozent erhöht. Entsprechend werden auch die Verkaufszinssätze und Renditen der Finanzierungsschätze des Bundes herabgesetzt. Bei einer Laufzeit von einem Jahr beträgt die Rendite 5,35 (bisher: 5,45) und bei zwei Jahren 6,3 (6,4) Prozent.

Belebung setzt sich fort

Düsseldorf (VWD) – Die Konjunkturbelebung in der elektrotechnischen Industrie der Bundesrepublik wird sich nach Ansicht der Westdeutschen Landesbank (WestLB) auch im nächsten Jahr fortsetzen. Wie das Institut voraussagt, werde zwar das Wachstum an Dynamik verlieren, doch würde weiter rasch steigende Nachfrage nach Produkten der Nachrichten- und Informationstechnik sowie nach Bauelementen sicherstellen, daß der Elektrotechnik insgesamt noch ein Produktionsplus von vier Prozent gelinge. Für das laufende Jahr veranschlagen die Experten der Bank den Produktionszuwachs auf sieben Prozent.

Kohl unterstützt Stoltenberg

Bonn (dpa/VWD) – Bundeskanzler Helmut Kohl unterstützt offenbar die Absicht von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der Anteile des Bundes an der Deutschen Lufthansa AG, Köln, bereits im nächsten Jahr an private Anleger verkaufen will. Das verlautete gestern aus Regierungskreisen zu Äußerungen von CSU-Chef Franz Josef Strauß gegenüber dem „Spiegel". Strauß hatte gesagt, Kohl habe ihm ausdrücklich versichert, daß er in voller Übereinstimmung mit ihm „gegen jede Privatisierung von Lufthansa-Aktien" sei. Ein Sprecher des Unternehmens wollte zur Teilprivatisierung keine Einzelheiten nennen: „Wir sind die Betroffenen und können uns nicht durch Polemik einmischen".

Zuckervorräte gesunken

Paris (AFP) – Die Weißzuckervorräte der Europäischen Gemeinschaft gingen als Folge der Produktionskontrolle im Verlauf der letzten Agrarkampagne, die am 30. September endete, um 43 Prozent zurück. Dies gab der Interventions- und Regularisierungsfonds des Zuckermarktes (FIRS) in Paris bekannt. Die Vorräte beliefen sich Ende September auf 1,7 Mill. Tonnen gegenüber 3,01 Mill. Tonnen zu Beginn des Zuckerjahres 1983/84.

Blech '84 in Essen

Essen (dpa/VWD) – Die eisen-, blech- und metallverarbeitende Industrie der Bundesrepublik blickt optimistisch in die Zukunft. Die rund 7100 Betriebe erwarten für das laufende Jahr gegenüber dem Vorjahr einen Umsatzanstieg von zehn Prozent auf 40 Mrd. Mark. Diese Zahlen wurden gestern in Essen anläßlich der „Blech '84" (6. bis 10. November) mitgeteilt. Bei der „Blech '84", nach Meinung der Veranstalter die weltgrößte Fachmesse dieser Art, demonstrieren über 500 Aussteller aus 17 Nationen den neuesten Stand der Technik bei der Blechbearbeitung.

„Dollar bleibt attraktiv"

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Dollar bleibt für internationale Anleger weiterhin attraktiv. Die Erfahrungen des Monats Oktober deuten nach Einschätzung des führenden deutschen Edelmetallhauses, der Degussa AG, Frankfurt, auf ein weiterhin großes Vertrauen in die US-Währung hin. Außerdem sei das Zinsgefälle zwischen den USA und den anderen Industrieländern hoch genug, um eine Anlage in Dollar attraktiv zu machen. Damit, so schreibt das Unternehmen in seinem jüngsten Edelmetall-Marktbericht, sei aber auch das Interesse für die Edelmetalle verlorengegangen. Die Entwicklung des Goldpreises hatte nach Ansicht der Degussa-Experten auf die meisten anderen Edelmetalle noch keinen Einfluß.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Brüssel prüft nun, ob AKP-Staaten mehr Geld erhalten

WILHELM HADLER, Brüssel

Auf telefonische Kontakte angewiesen sind die Außenminister der EG bei ihren Überlegungen über eine eventuelle Aufstockung des Finanzangebots für die 64 Partnerstaaten in Afrika, der Karibik und den pazifischen Raum (AKP-Länder). Das am Wochenende in Dromoland Castle (Irland) vorgesehene informelle Treffen der „Zehn" mußte wegen der Trauerfeierlichkeiten in Indien abgesagt werden.

Für kommenden Mittwoch ist eine Zusammenkunft der beiden Co-Präsidenten der EG und der AKP-Staaten so wie des für das Abkommen zuständigen EG-Kommissars Edgar Pisani anberaumt worden. Bei dieser Gelegenheit soll entschieden werden, ob die Bedingungen für eine Unterzeichnung der neuen Konvention gegeben sind, was nach Meinung der AKP-Staaten wegen des unzureichenden Finanzangebotes der EG nicht der Fall ist. Die Frage ist, ob noch Möglichkeiten für einen Kompromiß bestehen.

Die AKP-Staaten halten eine Aufstockung der EG-Mittel von 5,6 Mrd. Ecu (12,9 Mrd. DM) im Zeitraum von 1979 bis Anfang 1985 auf 8,3 Mrd. Ecu (19,1 Mrd. DM) in den kommenden fünf Jahren für nötig um den Preissteigerungen und der gestiegenen Zahl von Unterzeichnerstaaten gerecht werden zu können. Die EG will sieben Mrd. Ecu (16,1 Mrd. DM) bereit stellen zuzüglich einer Mrd. Ecu (2,3 Mrd. DM) Darlehen der Europäischen Investitionsbank. Bonn und London haben bisher beteuert, daß sie keine Möglichkeit zur Aufbesserung dieser Offerte sähen. Der Bewegungsspielraum der EG ist zudem eingeengt.

GROSSBRITANNIEN / Unternehmerverband: Investitionen werden kräftig steigen

Handelsbarrieren in der EG verurteilt

WILHELM FURLER, Eastbourne

Die achte Jahreskonferenz des britischen Unternehmerverbandes CBI im englischen Seebad Eastbourne wird von drei Themen beherrscht: Großbritannien muß wieder zu einer der führenden Handelsnationen der Welt werden; dazu ist es notwendig, die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft deutlich zu verbessern; und schließlich muß das Arbeitslosenproblem, insbesondere das Problem jugendlicher Arbeitsloser, entschiedener angefaßt werden.

Das am Vorabend veröffentlichte Ergebnis einer Unternehmer-Befragung durch Gallup brachte einen bemerkenswerten Optimismus bezüglich der Zunahme von Arbeitsplätzen und der Produktivität zutage. Rund 30 Prozent der befragten 800 Unternehmer rechnen damit, daß sie in zwölf Monaten mehr Mitarbeiter beschäftigen als heute; 25 Prozent erwarten weniger Beschäftigte. Und sogar 35 Prozent rechnen mit mehr Beschäftigten in fünf Jahren, während nur 18 Prozent für Ende 1989 weniger Beschäftigte erwarten als heute.

Dieser Optimismus wurde vom Präsidenten des CBI, Sir James Cleminson, in seiner Eröffnungsrede fortgeführt. Das Land erlebe eine bemerkenswerte Verbesserung seiner Wirtschaftslage. Die Aussichten für einen weiteren Produktionsanstieg und höhere Exporte seien gut. Die Liquidität der immerhin 11 000 Mitgliedsunternehmen des CBI befinde sich auf Rekordniveau, und die Produktivität steige weiterhin steil an. Für dieses Jahr rechnet der CBI-Präsident mit einem Anstieg der Investitionen um 15 Prozent, den gleichen Satz erwartet er für das nächste Jahr.

Doch alle Anstrengungen müßten darauf gerichtet werden, die Stellung der britischen Wirtschaft weiter zu verbessern. Der Anteil Großbritanniens am Welthandel sei in diesem Jahr von acht auf 7,5 Prozent gefallen. Damit sei man „Meilen davon entfernt, die Meisterschaft zu gewinnen". Warnend verwies Cleminson in diesem Zusammenhang auf die viel zu stark steigenden Lohnkosten. Gerade die Entwicklung in den letzten Monaten mit der deutlich erkennbaren Zunahme der Streikbereitschaft bereite ihm große Sorgen.

Ein Hauptanliegen seiner Rede war auch die Kritik an den vielfältigen Handelsbarrieren in der EG, die eine wirkliche europäische Gemeinschaft verhinderten. Dieses Thema wurde später von EG-Kommissar Christopher Tugendhat aufgegriffen. Der völlige Abbau dieser Barrieren wurde in einer Resolution der Unternehmer einstimmig gefordert. Übereinstimmung bestand auch darin, daß Großbritanniens Zukunft auf die Wiederherstellung einer gesunden verarbeitenden Industrie gegründet sei.

BRASILIEN

Auslandsschulden unter Kontrolle

dpa/VWD, Rio de Janeiro

Brasilien verfügt nach Angaben von Planungsminister Antonio Delfim Netto zur Zeit über freie Devisenreserven in Höhe von mehr als sechs Mrd. Dollar (rund 18 Mrd. DM) und braucht daher für die Bedienung seiner Auslandsschuld keine neuen Kredite der internationalen Banken. Zu den Mitte November in New York beginnenden Verhandlungen Brasiliens mit den internationalen Banken über die Schuldenrückzahlung der kommenden Jahre äußerte der Planungsminister: „Die Bankiers sind sich bewußt, daß Brasilien einen enormen Kraftakt der wirtschaftlichen Anpassung unternommen hat. Sie wissen, daß wir die Außenwirtschaftskrise besiegt haben, ohne daß es zu solchen lächerlichen Dingen wie Zahlungsaufschub oder Zahlungseinstellung (bei der Schuldenbedienung) gekommen wäre."

Brasilien ist mit knapp 100 Mrd. Dollar das im Ausland höchstverschuldete Land der Welt. Nach dreijähriger Rezession wird für 1984 wieder mit einem Wirtschaftswachstum gerechnet, das laut Informationen aus dem Planungsministerium rund 3,6 Prozent betragen soll.

ISRAEL / Notstandsanordnung für drei Monate – Rekordinflation von knapp 1000 Prozent soll gedrückt werden

Preisstopp auch für subventionierte Lebensmittel

dpa/VWD/SAD, Jerusalem

Mit einer Notstandsanordnung will die israelische Regierung den gordischen Knoten der Lohn-Preis-Spirale durchschlagen, die in diesem Kalenderjahr nach amtlichen Schätzungen eine Rekordinflation von knapp 1000 Prozent verursachen wird: Seit Sonntag gilt ein umfassender Preisstopp für zahlreiche Güter und Dienstleistungen. Per Zeitungsanzeige teilte die Regierung dem Handel unter Hinweis auf Notstandsgesetze mit, daß jeder, der jetzt noch die Preise anhebe, mit einer Höchststrafe von drei Jahren Gefängnis oder zwei Millionen Schekel (12 000 DM) rechnen müsse.

Grundlage der Verordnung ist das „Krisenpaket", auf das sich Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften am Wochenende nach neuntägigen Verhandlungen geeinigt hatten: Für die Dauer von drei Monaten sollen Preise, Löhne und Steuern eingefroren werden. Gleichzeitig wird eine Kürzung des durchschnittlichen Realeinkommens der Arbeitnehmer um 20 Prozent angesteuert, womit der inflationstreibende Konsumrausch der vergangenen Jahre endgültig beendet sein dürfte.

Für den Preisstopp wurden all jene Preise, die am 4. November gültig waren, als verbindlich erklärt. Die übergroße Anlehnung an den Dollar wird abgeschafft. Preise dürfen nicht mehr in Dollar angezeigt werden, sondern nur in Schekel. Dollarpreise, die am 4. November gültig waren, werden aufgrund des Wechselkurses in Schekel übertragen. Dieser Schekelpreis bleibt solange verbindlich wie das Sozialpaket in Kraft ist, auch wenn der Wechselkurs des Dollars mittlerweile steigt.

Das neue Abkommen stellt die dritte Phase des Regierungsprogramms zur Sanierung der israelischen Wirtschaft dar. Die wichtigste soll noch folgen: die Kürzung des Staatshaushaltes um eine weitere Mrd. Dollar.

Doch die Notstandsanordnung hat einen Haken, der zum Teil gerade im Preisstopp liegt: Eines der angestrebten Ziele des Gesamtprogramms ist der fast völlige Abbau der inflationsfördernden Lebensmittel-Subventionen, die heute rund 500 Millionen Dollar im Jahr verschlingen. Aus diesem Grund hieß es im ersten Entwurf des Sozialpakets, daß die subventionierten Lebensmittel vom Preisstopp ausgenommen sein würden. Hier erhob jedoch die „Histadrut", der allgemeine Gewerkschaftsverband, energischen Einspruch.

Noch am Sonntag hatten Modai und Jisrael Kessar, der Chef der mächtigen Dachgewerkschaft, darüber gestritten, ob es nicht sinnvoller sei, die subventionierten Lebensmittel von den Maßnahmen auszuschließen. Von diesem Punkt hing die Unterzeichnung des bis dahin nur paraphierten Abkommens ab. Offenbar hat die Gewerkschaft ihre Vorstellung von einer Einheitslösung durchgesetzt.

Der Disput wurde Premierminister Peres vorgelegt und dieser entschied: Der Preisstopp gilt auch für die subventionierten Lebensmittel, aber falls es sich nach einem Monat erweist, daß dies nicht tragbar ist, so kann der Überwachungsausschuß das Problem von neuem aufrollen.

Auch die Industrie wird aufgrund des kurzfristigen Konzeptes vor zahlreiche Schwierigkeiten gestellt: Der Wechselkurs für Fremdwährung – insbesondere den Dollar – steigt weiter, so daß die importierten Rohstoffe zunehmend teurer werden. Die Produktionskosten steigen also, können aber nicht auf die Verbraucherpreise abgewälzt werden. Entsprechend werden die Gewinnmargen der Unternehmen schrumpfen.

Dennoch will der Industriellenverband das Abkommen mit besten Kräften unterstützen. Es sei ein Versuch „in die richtigen Richtung".

FRANKREICH / Zwei neue Kernkraftwerke geplant

Programm weiter gedrosselt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung hat die staatliche Electricité de France (EdF) ermächtigt, in den nächsten zwei Jahren den Bau von je einem neuen Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1300 MW in Angriff zu nehmen. Die Aufträge für das erste Kraftwerk dürfen 1985 und die für das zweite 1986 vergeben werden. Mit deren Inbetriebnahme ist aber erst Anfang der neunziger Jahre zu rechnen.

Mit dieser Entscheidung wird das französische Kernenergie-Programm weiter gedrosselt. Nachdem in den siebziger Jahren je fünf bis sechs Kernkraftwerke mit durchweg allerdings nur 900 MW Leistung eingeleitet worden waren, hatte die Regierung für 1983 und 1984 jeweils zwei 1300 MW-Werke genehmigt.

Die beiden neuen Kernkraftwerke entstehen in Penly (Normandie) und in Golfech (Pyrenäen). Gegenwärtig sind in Frankreich 31 Kernkraftwerke in Betrieb und 24 im Bau. Von der nationalen Stromerzeugung stellt die Kernenergie zur Zeit 55 Prozent. Bis zum Jahre 1990 soll dieser bereits weit über dem internationalen Durchschnitt liegende Anteil auf 75 Prozent gebracht werden. Jedoch sind inzwischen Zweifel darüber aufgetaucht, ob dann noch die Kapazitäten in rentabler Weise genutzt werden können.

So hatte vor einem Jahr eine Regierungskomission festgestellt, daß zur Befriedigung des französischen Stromverbrauchs bis 1987 kein neues Kernkraftwerk mehr benötigt würde und – falls sich die Wirtschaftskrise fortsetzt – erst ab 1991 neue Kernkraftwerke wieder erstellt zu werden brauchten. Allerdings beschäftigt der Nuklearsektor (einschließlich Bauarbeiten) 112 000 Personen.

Andererseits hatte die Regierung auf die hohe Verschuldung der EdF Rücksicht zu nehmen, die vor allem wegen der nuklearen Investitionen inzwischen 200 Mrd. Franc oder ein Viertel ihres Umsatzes erreicht.

NIGERIA / Schuldendienst verbraucht knappe Deviseneinnahmen – Erdölfördermengen nur schwer abzusetzen

Mangel an Vorprodukten verschärft die Wirtschaftskrise

dpa/VWD, Lagos

Die nigerianische Wirtschaft befindet sich weiter in einer tiefen Krise. In der Industrie mußten schon ganze Zweige wegen akuten Mangels an Vorprodukten und Rohstoffen schließen. Die Nahrungsmittelversorgung ist unzureichend und die Inflation weiter hoch. Dennoch konnte – wie die Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Köln) berichtet – Nigerias Staatschef General Mohammed Buhari aus Anlaß des 24. Unabhängigkeitstages auch positive Punkte anführen.

Die Haushaltsausgaben wurden deutlich reduziert, die Devisenreserven sind geringfügig gestiegen, die umlaufende Geldmenge wurde verringert, und die allgemeine Wirtschaftsdisziplin hat sich verbessert. Ferner ist es Nigeria bisher gelungen, seinen Zahlungsverpflichtungen aus mittel- und langfristigen Krediten und kurzfristigen Handelsverbindlichkeiten pünktlich nachzukommen. Der Preis für diese Fortschritte war hoch: Im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft gab es zahlreiche Entlassungen. Die Löhne wurden eingefroren und die Investitionen auf ein Minimum reduziert.

Schwierigkeiten bereitet vor allem die Erdölausfuhr. Nigeria ist es im August und September nicht gelungen, die von der Opec zugestandenen Fördermengen von 1,40 beziehungsweise 1,45 Mill. Barrel (159 Liter) pro Tag abzusetzen. Aus diesem Grund schloß sich Nigeria den Ölpreissenkungen Norwegens und Großbritanniens an.

Aus Erdölverkäufen stehen 1984 voraussichtlich Deviseneinnahmen von nur zehn bis elf Mrd. US-Dollar zur Verfügung. Allein der Schuldendienst zehrt nach Expertenmeinung hiervon drei bis vier Mrd. Dollar auf. Da die Regierung die Devisenreserven 1984 auf mindestens eine Mrd. Dollar aufstocken will, müßten hierfür mindestens 300 Mill. Dollar angesetzt werden. Damit stehen zur Bezahlung von Importen nur noch rund 6,5 Mrd. Dollar bereit; allein zwei Mrd. für Nahrungsmittelimporte. Mit dem Rest müssen die Einfuhren der rohstoffabhängigen Industrie, der Landwirtschaft und das Gesundheitswesens bezahlt werden. Die wirtschaftliche Entwicklung werde, meint die Bundesstelle, in Zukunft stark von der Stabilität des Weltölmarktes abhängen.

Die fast zweijährigen Verhandlungen mit dem IWF über einen Bereitschaftskredit von rund drei Mrd. Dollar sind bisher ohne Ergebnis geblieben, da Nigeria aus nationalen Erwägungen nicht gewillt ist, die harten Kreditbedingungen (drastische Abwertung, Importliberalisierung und Streichung von Subventionen) zu erfüllen. Damit sind auch die Verhandlungen mit westlichen Exportkreditversicherern über ein Umschuldungsabkommen für Verbindlichkeiten aus kreditversicherten Handelsgeschäften in Höhe von zwei Mrd. Dollar lahmgelegt.

Chinesisches Silicon Valley vorgesehen

dpa/VWD, Peking

Nach dem Vorbild der Zukunftsindustrien im kalifornischen Silicon Valley soll im Nordwesten Pekings ein wissenschaftlich-technisches „Zentrum für Elektronik" entstehen. Der Bezirk Haidian am Rande der Hauptstadt, so die chinesische Wochenzeitung „Beijing Rundschau" in ihrer jüngsten Ausgabe, verfüge bereits über die höchste Konzentration an wissenschaftlich-technischen Fachkräften in der Volksrepublik.

Dazu zählen 36 Hochschulen und 80 Forschungszentren. Die Unternehmen hätten bisher jedoch nur wenig von den Forschungsergebnissen profitiert. Ein im Frühjahr gegründetes privates Entwicklungsinstitut für neue Technologien soll für eine bessere Umsetzung sorgen.

EFTA-Minister verhandeln in Genf

dpa/VWD, Genf

Das Verhältnis zwischen den sieben Ländern der Europäischen Freihandelszone (EFTA) und der Europäischen Gemeinschaft (EG) ist eines der Hauptthemen des zweitägigen Ministertreffens der EFTA, das gestern in Genf begann. Es geht dabei hauptsächlich um die Verwirklichung der Pläne für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den beiden Wirtschafts- und Handelsgruppen.

Weitere Tagesordnungspunkte sind die internationale Handelspolitik und aktuelle Wirtschaftsprobleme. Den Vorsitz der Tagung führt der schweizerische Wirtschaftsminister Kurt Furgler. Er trifft am Rande der Beratungen auch mit dem Präsidenten der Brüsseler EG-Kommission, Gaston Thorn, zusammen.

SBG beteiligt sich an Londoner Broker

dpa/VWD, Zürich

Die Konkurrenzfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz nimmt nach Ansicht der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) „deutlich" ab. SBG-Generaldirektor Nikolaus Senn sagte vor Journalisten in Zürich, daß die Schweizer Banken im internationalen Geschäft derzeit Marktanteile verlören. Senn verwies auf den Konkurrenzkampf mit bedeutenden Finanzplätzen wie London, New York, Frankfurt und sich rasch entwickelnden Plätzen wie Hongkong oder Singapur.

Dort würde mit fiskalischen oder gesetzlichen Maßnahmen alles unternommen, um die Vorteile dieser Plätze auszubauen. Senn erwähnte in diesem Zusammenhang, daß auch die Bundesrepublik vor kurzem die 25prozentige Quellensteuer, die Ausländer bis dahin auf festverzinsliche inländische Wertpapiere zu entrichten hatten, aufgehoben hat.

Die SBG hat unter anderem deshalb ihre Präsenz in London verstärkt. Die Bankgesellschaft beteiligt sich von Mitte 1985 an mit 29,9 Prozent an der Broker-Firma Phillips and Drew. Nach Änderung der Vorschriften der Londoner Börse werde sich die Beteiligung wahrscheinlich auf 100 Prozent erhöhen. Phillips and Drew hat 600 Beschäftigte und gilt als einer der größten britischen Börsenmakler.

AUTOMOBILBRANCHE / Franzosen zuversichtlich

Noch gibt es Exportprobleme

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nachdem der französische Automarkt in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 12,9 Prozent geschrumpft war, erwartet der nationale Branchenverband für die nächsten Monate eine relative Besserung, von der auch der Renault- und Peugeot-Konzern dank der neuen Modelle profitieren könnte. Auch die französischen Exportchancen werden von dem Verband jetzt zuversichtlicher eingeschätzt. Bereits im September sei der Marktanteil in der Bundesrepublik gestiegen.

Der gesamte Pkw-Export war allerdings gegenüber September 1983 um 20,3 Prozent zurückgegangen und damit viermal stärker als im Neunmonatsvergleich. Gleichzeitig verminderte sich der Inlandsabsatz der französischen Hersteller um 28,2 Prozent, während die ausländischen Marken einen Rückgang von nur 2,4 Prozent in Kauf nehmen mußten, womit sie ihren Marktanteil auf nicht weniger als 39 Prozent brachten.

Die französische Pkw-Produktion wurde im Jahresvergleich September um 17,4 Prozent und arbeitstäglich um zwölf Prozent gedrosselt. Gegenüber dem Vormonat war sie zur Befriedigung der vom Pariser Autosalon (Anfang Oktober) erwarteten Nachfragebelebung etwas erhöht worden. Das gilt vor allem für den neuen Super-5 von Renault so wie für den Peugeot 205 und den Citroën BX. Weiter abgefallen sind dagegen die Talbot-Wagen. Im September wurden davon 71 Prozent weniger als vor einem Jahr produziert.

Auch die hiesige Fachpresse hält nach dem „schwarzen September" eine allmähliche Erholung der französischen Automobilindustrie für möglich. Für Talbot allerdings bestünde keinerlei Hoffnung, schreibt die Wirtschaftszeitung „Les Echos". Die meisten Talbot-Wagen würden gegenwärtig mit hohen Rabatten der Belegschaft angeboten. (Die Talbot-Werke gehören zum Peugeot-Konzern).

Als Grund für das schlechte Abschneiden der französischen Automobilindustrie im In- und Ausland nennt die deutsch-französische Handelskammer in Paris außer der unzureichenden Modellerneuerung die Mängel im kommerziellen Bereich. Viele Vertragshändler seien deshalb zur ausländischen Konkurrenz übergelaufen, vor allem nach der Fusion des Peugeot-Talbot-Vertriebs. Auch mußte Renault seine Positionsverluste in Europa mit nachlassender Treue seiner ausländischen Konzessionäre büßen.

Die derzeitige Situation der französischen Automobilindustrie gibt dieser nach Auffassung der Kammer die Chance sich schneller auf die sich ändernden Marktbedingungen einzustellen.

NORWEGEN / Reedereien setzen auf moderne Techniken – Seeleuten fehlt Arbeit

Ausflaggen stützt Wettbewerbsfähigkeit

DIETER F. HERTEL, Oslo

Mit Hilfe eines Pogramms der „Internationalisierung" versucht die norwegische Handelsflotte, ihre Stellung auf dem hart umkämpften Seeverkehrsmarkt zu erhalten und zu erweitern. Bis zum Jahre 1981 war norwegischen Reedern das Ausflaggen ihrer Schiffe strikt untersagt. Seither gibt es ein Bündel von Kriterien, bei deren Vorliegen ein Verbringen unter fremder Flagge ausdrücklich erlaubt ist. In nur drei Jahren haben danach 286 norwegische Schiffe mit zusammen 7,6 Mill. Ladetonnen Aufnahme in ausländische Schiffsregister gefunden. Die wichtigsten Erfordernisse für ein Ausflaggen sind: regierungsseitige Subventionen in anderen Ländern, Gründung von Joint-ventures, Vorbereitung eines Schiffsverkaufs, Ausweichen vor Flaggendiskriminierung sowie Zugang zur Ladung. Hinter letzterem Punkt verbirgt sich eine Generalklausel: Sie ist erfüllt, wenn ein Schiff durch Ausflaggen kostengünstiger betrieben werden kann und dadurch einer Wettbewerbsvorteil erringt. Allein auf diese Generalklausel ist fast die Hälfte aller Flaggenwechsel zurückzuführen.

Knapp ein Viertel der norwegischen Handelsflotte ist bereits ausgeflaggt. Weitere Schiffe werden folgen. Da unter fremder Flagge oft nur noch die Schiffsführung aus Norwegern besteht, ist dieser Prozeß mit Arbeitsplatzverlusten verbunden. Doch die Regierung nimmt das in Kauf. Handelsminister Asbjørn Haugstvedt sagte dazu im Gespräch mit der WELT: „Nur so können wir verhindern, daß auch noch die Arbeitsplätze in den Reedereien an Land verlorengehen. Außerdem erhalten wir uns deren Steuereinnahmen." Nach den Worten des Ministers gehen „allenfalls die Lohnsteuern, die von ausländischen Seeleuten in deren Heimatländern bezahlt werden", dem norwegischen Fiskus verloren. Das aber werde mehr als ausgeglichen dadurch, daß die Reeder besser verdienen und deshalb mehr Steuern zahlen können.

Der Vorsitzende des norwegischen Seemannsverbandes, Henrik Asarød, weist demgegenüber darauf hin, daß derzeit mehr als zwölf Prozent der rund 32 000 norwegischen Seeleute arbeitslos sind. Gesamtwirtschaftlich beträgt die Arbeitslosenquote in Norwegen lediglich 3,7 Prozent. Er befürchtet auch, daß auf ausgeflaggten Schiffen der traditionell hohe norwegische Sicherheitsstandard vernachlässigt werden könne. Auch bestehe die Gefahr, daß norwegische Eigner von Schiffen unter anderen Flaggen nicht immer die mit dem internationalen Gewerkschaftsverband ITF ausgehandelten Mindestbedingungen für die Beschäftigung von Seeleuten aus Niedriglohnländern einhalten. Konkrete Beispiele dafür weiß er jedoch nicht zu nennen.

Wie schwierig es für Reeder in einem Hochlohnland ist, sich im Wettbewerb zu behaupten, zeigen zwei Zahlen. Jene norwegischen Reedereien, die mit schwarzen Zahlen arbeiten, haben 1983 zusammen 2,6 Mrd. nkr (100 nkr entsprechen etwa 35 DM) Überschuß erwirtschaftet. Dem stehen Verluste in Höhe von zusammen 3,0 Mrd. nkr der anderen Reedereien gegenüber.

Der norwegische Reederverband, der vor wenigen Wochen sein 75jähriges Bestehen feierte, betreibt neben der Ausflaggung eine weitere Strategie für das Überleben: modernste Schiffe mit höchster Technik und weiter reduzierter, hochqualifizierter Besatzung von nur 14 oder 15 Mann. Äußerst kritisch stehen die dem Freihandel verschriebenen norwegischen Reeder dem zunehmenden Protektionismus auf dem norwegischen Festlandssockel gegenüber. Zwar profitieren sie selbst davon, weil ihre Offshore-Versorger und Bohrinseln hier bevorzugt Beschäftigung finden, doch fürchten sie Gegenprotektionismus – etwa im britischen Sektor der Nordsee. Dort sind gegenwärtig fast 2000 Norweger auf norwegischen Schiffen und Inseln tätig.

Außerdem befürchten die Reeder, daß sich die EG als Antwort auf den norwegischen Offshore-Protektionismus gegen Importe abschotten könnte. In einer offiziellen Stellungnahme des Reederverbandes heißt es: „Norwegische Arbeitsplätze auf kurze Sicht zu sichern ist gut. Aber eine Präferenzpolitik ist dann nicht zu akzeptieren, wenn sie als Konsequenz den Verlust von Arbeitsplätzen in anderen Sektoren nach sich zieht."

KAMMGARN WILHELMSHAVEN / Gut ausgelastet

Wachstum setzt sich fort

dos. Wilhelmshaven

Die seit Mitte 1983 zum schottischen Dawson-Konzern gehörende Kammgarnspinnerei Wilhelmshaven AG (KSW) befindet sich weiter auf Wachstumskurs. Vorstandsmitglied Wolfgang Telschow rechnet nach den bisher vorliegenden Ergebnissen für das Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) wieder mit einem zweistelligen Umsatzplus. Ertragsmäßig allerdings sei eher ein etwas schwächeres Niveau als im Vorjahr einzukalkulieren, wobei die Auswirkungen der neuen Tarifregelungen ab Anfang 1985 noch nicht zu übersehen seien. Beibehalten will die KSW den Trend, höherwertige Produkte zu entwickeln und den Einsatz teurer Naturrohstoffe zu forcieren.

Die Verschiebung hin zu einem höherwertigen Artikelsortiment hatte bereits im Geschäftsjahr 1983/84 zu einem Umsatzzuwachs um 12 Prozent auf 105 (93,6) Mill. DM geführt. Im Geschäftsbericht wird darauf hingewiesen, daß mengenmäßig kaum Veränderungen eintraten. Dennoch war der Spinnereibereich während des gesamten Jahres in drei Schichten ausgelastet.

Deutlich verbessert hat sich im Berichtsjahr die Ertragssituation. Der Jahresüberschuß stieg auf 2,28 (1,65) Mill. DM. Davon wurden 1,1 (0,45) Mill. DM den freien Rücklagen zugewiesen; sie stehen nunmehr mit 8,75 (7,65) Mill. DM zu Buche. Die Hauptversammlung am 1. November beschloß die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von acht Prozent auf das Grundkapital von 15 Mill. DM.

Nach den Planungen der KSW sind im laufenden Jahr Sachanlageinvestitionen in Höhe von rund 3,5 Mill. DM vorgesehen. Dies entspricht zwar gegenüber 1983/84 (4,2 Mill. DM) einem leichten Rückgang. Telschow geht aber davon aus, daß in den Folgejahren das Volumen wieder ansteigen wird, weil im Rahmen der Sortimentsumstellung neue Techniken zum Einsatz kommen und der Maschinenpark umgerüstet werden muß. Die Abschreibungen erreichten im Berichtsjahr 3,57 (3,18) Mill. DM.

Das komplizierter gewordene Produktionsprogramm machte es erforderlich, die Belegschaft aufzustokken. Derzeit beschäftigt KSW rund 1100 Mitarbeiter, 100 mehr als vor Jahresfrist.

CONTIGUMMI / Ergebnis trotz Streiks wahrscheinlich wieder auf Vorjahreshöhe

Dividende wird noch nicht erhöht

KLAUS WÄGE, Hannover

Die Aktionäre der Continental Gummi-Werke AG, Hannover, erhalten für 1984 zwar wieder eine Dividende, doch sei nicht ernsthaft an eine höhere Ausschüttung gedacht. Dies sagten Vorstandschef Helmut Werner und Finanzchef Horst W. Urban vor Journalisten in Hannover. Trotz der negativen Folgen des Metallarbeiterstreiks, der einen Umsatzausfall von netto 85 Mill. DM brachte, werde 1984 ein Ergebnis auf Vorjahresniveau erwartet. Für 1983 war eine Dividende von 3 DM je 50-DM-Aktie aus dem Jahresüberschuß der AG in Höhe von 16,2 Mill. DM gezahlt worden. Inzwischen ist das Aktienkapital auf 299 Mill. DM erhöht worden.

Die drei Konzernbereiche Reifen, Technische Produkte sowie Beteiligungen schreiben laut Vorstand weiter schwarze Zahlen. In den ersten neun Monaten 1984 stieg der Konzernumsatz gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 4 Prozent auf 2,34 Mrd. DM, wovon auf Reifen 1,72 Mrd. DM (plus 5,2 Prozent), Technische Produkte 654 Mill. DM (plus 1 Prozent) und Beteiligungen 164 Mill. DM (plus 4,3 Prozent) entfielen. Während bei Reifen das Betriebsergebnis des Vorjahres nicht ganz erreicht worden sei, liege es bei den beiden anderen Bereichen über dem des Vorjahres.

Für 1984 rechnet Conti insgesamt mit einer Umsatzausweitung auf 3,5 (3,34) Mrd. DM, meinte Werner. Probleme habe Conti nach wie vor in Belgien, doch habe die Situation sich nicht dramatisch verschlechtert und der Verlust bewege sich 1984 auf der Höhe des Vorjahres. Verkauft wurde die brasilianische Tochtergesellschaft Labortex, wobei ein „echter Kaufpreis" zum Ergebnis beitrage. Die Preiserhöhung von 3 Prozent bei Reifen im Frühjahr hat laut Werner nicht voll gegriffen, die Anhebung im September von durchschnittlich 2,8 Prozent könne aber am Markt weitergegeben werden. Verbessern werde sich voraussichtlich 1984 der Cash-flow.

Ausliefern werde Conti in diesem Jahr auf Grund der Kooperation mit Toyo Tire an die japanische Erstausrüstung 200 000 Reifen. Werner erhofft sich hierdurch Impulse für das europäische Ersatzgeschäft. Auch die Zusammenarbeit mit General Tire in den USA laufe gut. Hergestellt würden 1984 in den USA rund 130 000 Reifen.

Vielversprechend läuft laut Werner die Entwicklung des neuen Reifensystems mit Notlaufeigenschaften, dessen Entwicklung mit rund 100 Mill. DM beziffert wird. Die Einführung dieses Systems im Jahre 1987 sei durchaus realistisch, meinte Werner. Ein Angebotspaket für die Autoindustrie sei bereits geschnürt, das mehr als drei Marken beinhalte. Sollte das Conti-System bei den Autoherstellern zum Zuge kommen, würden die anderen beteiligten Reifenhersteller das System voraussichtlich in Lizenz herstellen.

Ausbauen will Conti den Marktanteil von derzeit 20 Prozent bei Motorradreifen. Die Investitionen für 1984 gab Werner mit 150 Mill. DM an. Für 1985 wird mit einer Erhöhung der Investitionen gerechnet. Die Belegschaft reduzierte sich Ende September 1984 gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Prozent auf 26 372 Mitarbeiter im Konzern, während in der AG eine leichte Aufstockung um 0,7 Prozent auf 15 426 Mitarbeiter vorgenommen wurde.

TEWIDATA / Veränderungen im Vorstand

Vorsitzender ausgeschieden

DANKWARD SEITZ, München

„Auf eigenen Wunsch" und „im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat" ist Peter Dölling, der Vorstandsvorsitzende der Tewidata AG für technisch-wissenschaftliche Datenverarbeitung, München, zum 31. Oktober aus dem Unternehmen ausgeschieden. Als Alleinvorstand wird Finanzchef Dieter Reichel bis zum Jahresende die Geschäfte der Gesellschaft weiterführen. Soweit die lapidare Pressemitteilung, zu der nähere Einzelheiten – außer daß „grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Geschäftsführung bestanden" – nicht zu erhalten waren.

Ganz offensichtlich aber muß das Ausscheiden Döllings im Zusammenhang gesehen werden mit der katastrophalen Ertragsentwicklung bei diesem Mitte vergangenen Jahres an der Börse eingeführten Unternehmen. Bereits im April hatte Peter Schürmann, bis dahin Vorstandsmitglied für Finanzen, zurücktreten müssen. Überraschend mußte der Tewidata-Vorstand nämlich im Mai dieses Jahres eingestehen, daß statt des im Emissionsprospekt in Aussicht gestellten Jahresüberschusses von 1,85 Mill. DM für 1983 ein Fehlbetrag von 3,5 Mill. DM angefallen war. Pikanterweise hatte Dölling sogar noch im März 1984 in einem Aktionärsbrief mitgeteilt, daß 1983 bei einem Umsatzplus von 66 Prozent auf 42,1 Mill. DM ein Gewinn vor Steuern von 3,27 (1,53) Mill. DM erwirtschaftet worden sei.

Trotz seines Ausscheidens wird Dölling jedoch noch mit Tewidata als Aktionär verbunden bleiben. Bis zur Hauptversammlung Mitte August 1984 war er mit 36 Prozent am Tewidata-Stammkapital von 3 Mill. DM beteiligt. Die restlichen 64 Prozent hielt der Aufsichtsratsvorsitzende, der Frankfurter Rechtsanwalt Walter Schürmann, über die Betag AG. Damals hatte Schürmann den rund 1100 aufgebrachten Kleinaktionären, auf die sich das stimmrechtslose Vorzugskapital in Höhe von 3 Mill. DM verteilte, angekündigt, daß er mit einer Kapitalerhöhung um 0,5 Mill. auf 6,5 Mill. DM zu einem Kurs von 130 DM das strapazierte Eigenkapital der Tewidata auffrischen werde.

Für 1984 hofft man nun, so Finanzchef Reichel im August, auf ein zumindest ausgeglichenes Ergebnis bei einem Umsatz von 50 Mill. DM. Einschneidende Maßnahmen zur Besserung der Ertragslage hätten bereits erste Erfolge gebracht.

KLÖCKNER-WERKE / Kleines Plus mit „Quotentreue"

Vor starkem Ertragsanstieg

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wesentlich schwächer als der deutsche Branchendurchschnitt haben die Klöckner-Werke AG, Duisburg, in den ersten drei Quartalen von 1983/84 (30. 9.) ihren Rohstahlausstoß um 3,1 Prozent auf monatsdurchschnittlich 363 000 t gesteigert. Das ist offensichtlich ein Reflex der Rückkehr dieses einstigen „Außenseiters" in das Korsett der behördlich vorgeschriebenen Produktions- und Lieferquoten. Abgeschwächt gilt diese Deutung auch für die um 6,5 Prozent auf 346 700 t/Monat erhöhte Walzstahlproduktion.

Der Welt-Fremdumsatz wuchs um 5,9 Prozent auf 559 Mill. DM pro Monat, darin der Auslandsumsatz um 9,6 Prozent auf 255 Mill. DM/Monat. Der Spezialmaschinenbau des Konzerns legte im Monatsumsatz nur noch 1,5 Prozent mit nun 135 Mill. DM zu. Die im Ausbau befindlichen Kunststofferzeugnisse (vor allem Hart-PVC-Folien) wuchsen um 30,3 Prozent auf 30,1 Mill. DM Monatsumsatz.

Zum unlängst bekanntgegebenen Stahlfusionsplan Krupp/Klöckner enthält die neue Aktionärs- und Mitarbeiterzeitschrift des Unternehmens noch kein Wort. Wie Aufsichtsratsvorsitzender Jörg A. Henle bei der Bekanntgabe dieses Fusionsplanes sagte, befindet sich der Klöckner-Stahlbereich derzeit noch in der Verlustzone, mit deutlicher Tendenz der Ertragsbesserung aber „auf der richtigen Seite im Paternoster".

Vorstandsvorsitzender Herbert Gienow verweist ohne Konkreteres zur Ertragslage des Gesamtunternehmens darauf, daß die nicht aus öffentlichen Hilfen gedeckte Hälfte der hohen Stahl-Umstrukturierungslasten „ganz überwiegend" in der Bilanz 1983/84 ihren Niederschlag fände. Sie werde dort „durch Sondererträge aufgefangen". Die Früchte der Stahlumstrukturierung werde das neue Geschäftsjahr bringen. Bei weiterer Stahl-Aufwärtstendenz und unverändert erfreulicher Entwicklung der Verarbeitungssparte sei eine „starke Ergebnisverbesserung" zu erwarten.

DYCKERHOFF / Erwartungen haben sich nicht erfüllt

Gesamtumsatz ist gesunken

VWD, Wiesbaden

Auf ein angemessenes 1984er Ergebnis hofft die Verwaltung der Dyckerhoff Zementwerke AG, Wiesbaden, vorausgesetzt, der Markt verschlechtere sich im letzten Quartal nicht noch erheblich. Die zunächst verhalten optimistischen Erwartungen bezüglich der Marktentwicklung im laufenden Geschäftsjahr haben sich, wie der Vorstand im jüngsten Aktionärsbrief bedauert, nicht erfüllt. Der sich voraussichtlich noch verstärkende Absatz- und Beschäftigungsrückgang habe Ausfälle bei den Deckungsbeiträgen verursacht und kostenprogressive Wirkungen zur Folge gehabt.

Zusätzlich seien besonders im Energiebereich Verteuerungen eingetreten. Diese Belastungen habe er durch flexible Betriebsführung und Rationalisierungsmaßnahmen soweit wie möglich aufzufangen versucht.

Der Gesamtumsatz des Unternehmens ging in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 4,8 Prozent auf 512,5 (538,5) Mill. DM zurück. Dabei kam es im Inland zu einem Rückgang um 5,4 Prozent auf 429,7 (454,4) Mill. DM und im Export um 1,5 Prozent auf 82,8 (84,1) Mill. DM. Um sechs Prozent auf 3,989 (4,244) Mill. Tonnen rückläufig war der Absatz an Zement und anderen hydraulischen Bindemitteln. Hier stand einem Absatzrückgang um 6,9 Prozent auf 3,4 (3,7) Mill. Tonnen im Inland ein Exportrückgang um 0,2 Prozent auf 549 000 Tonnen gegenüber.

Im Konzern ging der Absatz um 4,4 Prozent auf 4,4 (4,6) Mill. Tonnen zurück, darunter im Inland um 5,1 Prozent auf 3,8 (4,1) Mill. Tonnen. Der Export blieb mit 574 000 Tonnen unverändert.

NORD-DEUTSCHE VERSICHERUNG / Sanierung

Erste Schritte ins Ausland

HARALD POSNY, Hamburg

Die Nord-Deutsche Versicherung AG, Hamburg, die bisher nie bewußt als spezialisierter Transportversicherer im Binnenland tätig war, hat die als Handikap betrachtete Vernachlässigung eines wichtigen Marktes beseitigt. Seit zwei Jahren ist die Nord-Deutsche, 1857 gegründete Transportversicherung, mit eigenen Büros in München, Stuttgart, Frankfurt und Düsseldorf vertreten.

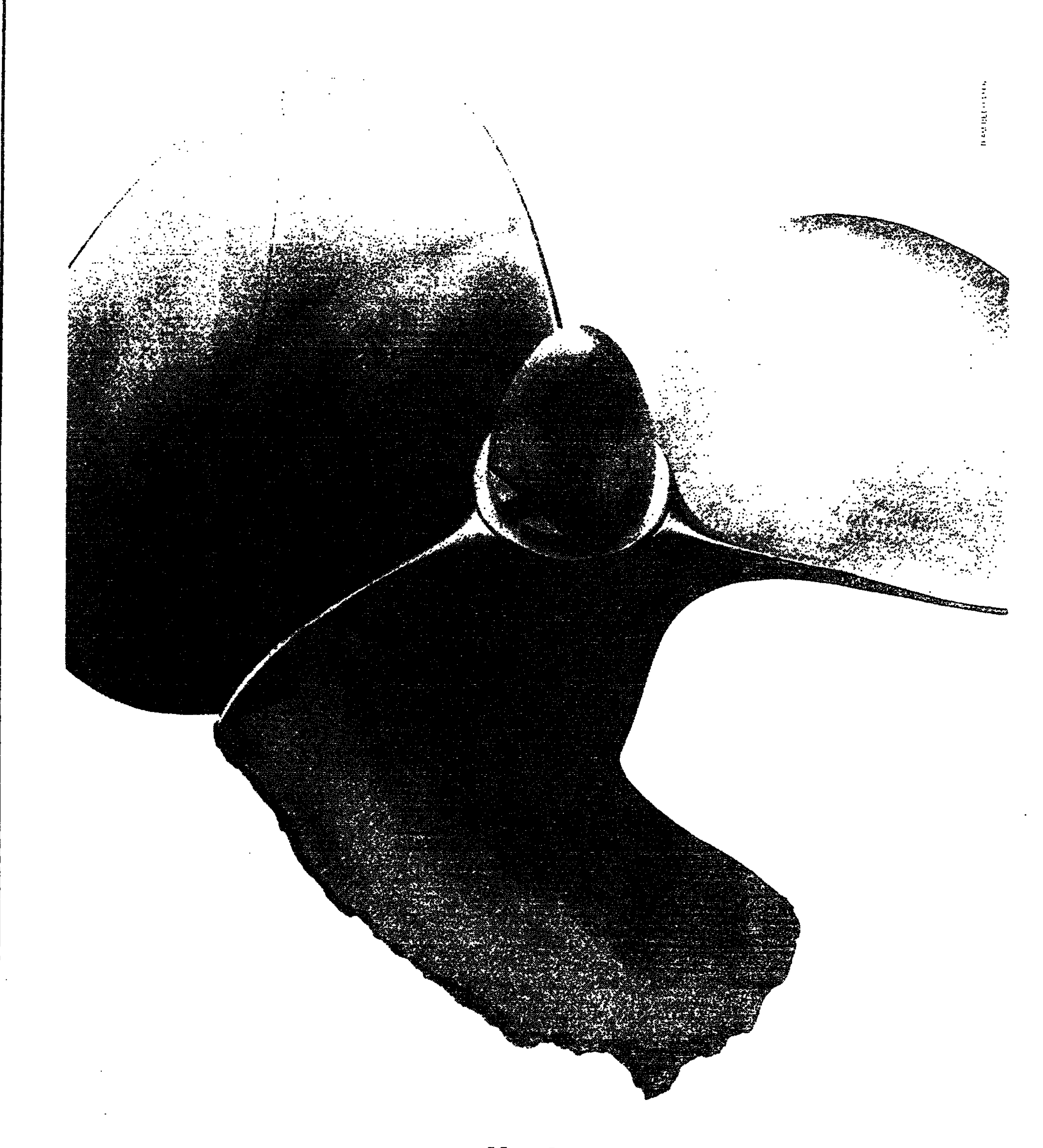
Das Prinzip, so erläuterte Vorstandssprecher Hans-Georg Stühff in einem Gespräch mit der WELT, ist „Erfolg im Ertrag, nicht im Umsatz". Als zweiter Schritt ist auch der vorsichtige Gang ins europäische Ausland geplant. Zunächst sind neben den bisher seit hundert Jahren bestehenden Zeichnungsstellen in Amsterdam und Belgien jetzt auch Büros in Genua und Paris vorgesehen.

Nach einem Ausflug in die Arbeit eines Sach-, Lebens- und Rückversicherers wurden diese Bereiche an hanseatische Gesellschaften abgegeben. Seit 1975 ist die Nord-Deutsche reiner Transportversicherer, und dies als Spezialgesellschaft, die größte in der Bundesrepublik. Hier hat man sich insbesondere auf das Seekasko- und Flußkasko sowie auf die Warenversicherung spezialisiert, seit ein paar Jahren auch auf die Versicherung von Sportschiffen.

Mit einem gesundgeschrumpften Brutto-Prämienvolumen von (1983) 47 (54) Mill. DM lag die Gesellschaft 1979 auf Platz sieben der Branche, in diesem Jahr auf Platz 14 unter den Sachversicherern, die das Transportgeschäft betreiben. Stühff weist aber daraufhin, daß 1979 nur 25 Prozent für eigene Rechnung kassiert wurde, sind es heute über 60 Prozent.

Wie stark in den letzten Jahren die Qualität des Geschäfts verbessert worden ist, wird an der verbesserten Bruttoschadensquote deutlich: sie ging 1983 von 110 auf 69 Prozent der Prämien zurück. Das war nicht zuletzt eine Folge der stärkeren Konzentration des Geschäfts auf mittlere und kleine Unternehmen zu Lasten der Großindustrie. Sorgen bereiten Stühff noch die Kosten, die trotz Verzichts auf Prämien und im Vergleich zum Schadenverlauf im Selbstbehalt noch zu hoch sind.

Aber die Gesellschaft ist gesund: Eigenkapital und Schwankungsrückstellung machen 45 Prozent der Beiträge für eigene Rechnung aus, die Schadenrückstellungsquote 118 (108) Prozent. Einen technischen Verlust werde man wie 1983 (fünf nach 7,8 Mill. DM nach Schwankungsrückstellung) nach den schlechten Jahren wohl noch ein paar Jahre ausweisen. Besser werde es mit dem Jahresüberschuß aussehen, der 1983 mit zwei (4,2) Mill. DM Verlust keine Dividende zuließ. Die haben die Aktionäre, u. a. die Württembergische Feuer (60,2 Prozent) und Münchener Rück (27,4 Prozent) wohl auch nicht so schnell erwartet.



SOFTWARE AG / Weltmarkt aus Darmstadt bedient

„Knochenarbeit" vereinfacht

JOACHIM WEBER, **Darmstadt**

„Wenn das so weitergeht, dann werden wir 1987 schon die erste Umsatzmilliarde erreicht haben", freut sich Peter Schnell, Vorstandsvorsitzender und Alleinaktionär der Software AG, Darmstadt. Das Wachstumstempo seines Unternehmens ist in der Tat beeindruckend: Werden in diesem Jahr die geplanten 302 (215) Mill. DM Weltumsatz erreicht, so hat die Gesellschaft über vier Jahre hinweg durchschnittliche Steigerungsraten von 50 Prozent erreicht.

Die Besonderheit der Software AG: Sie ist wirklich international aktiv. Runde 50 Prozent ihres Weltumsatzes machen die Darmstädter allein in den USA, wo sie seit 1972 mit einer eigenen Tochtergesellschaft vertreten sind. Auch in Japan, wo die Software AG Far East 1975 gegründet wurde, sind sie erfolgreich. Am Markt der freien, also nicht vom Computerhersteller selbst vertriebenen Software, haben sie einen Anteil von 80 Prozent. „Auf dem Gebiet sind die Japaner nicht so stark", erläutert Schnell.

Insgesamt trägt das Überseegeschäft (außerhalb der USA) 20 Prozent zum Umsatz bei, die deutschsprachigen Länder kommen ebenfalls auf 20 Prozent, und das übrige Europa bringt das restliche Zehntel. Von den weltweit 670 Mitarbeitern der Gruppe sitzen nur 110 in Deutschland. Davon wiederum sind 60 Prozent für die „Produktion" von Programmen zuständig.

Spezialität des 1969 gegründeten Software-Hauses sind Programme, die zwischen dem mitgelieferten Betriebssystem – der internen „Verwaltung" – des Computers und den eigentlichen Anwendungsprogrammen (wie Buchführung, Lagerhaltung usw.) liegen. Diese Programme sind darauf ausgerichtet, die bisherige „Knochenarbeit" des Programmierens zu vereinfachen, um mehr Kreativität auf die eigentliche Problemlösung verwenden zu können.

Acht Großrechner mit 140 Terminals im eigenen Hause und weiteren 60 bei Kunden stehen der Software-Entwicklung zur Verfügung. Der Maschinenpark muß ständig erneuert werden: „Die Kisten sind heute nach drei Jahren veraltet." Da so kurze Mietverträge zu „vernünftigen" Konditionen nicht zu haben sind, werden die Rechner gekauft. Das bedeutet erhebliche Investitionen. Flüssige Mittel von 37 Mill. DM, die die Bilanz 1983 auswies, sind vor allem dafür vorgesehen, nachdem ein neuer Firmensitz für 12 Mill. DM fertiggestellt wurde. Mit dem Jahresüberschuß von 11,8 (4,4) Mill. DM ist Schnell zufrieden: „Irgendwann muß man ja auch einmal dahin kommen, daß sich die Arbeit in Gewinn umschlägt."

BARMER ERSATZKASSE / Zum 100jährigen Jubiläum mehr als 6,5 Millionen Versicherte

Kleines soziales Netz im „Elberfelder Modell"

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Gut drei Jahre nach dem 100. Geburtstag der deutschen Sozialversicherung feiert die Barmer Ersatzkasse dasselbe „runde" Jubiläum. Von der kleinen Hilfskasse, dem Kaufmännischen Verein von 1867, im damals noch selbständigen Barmen (dem heutigen Wuppertal) hat sich die Barmer Ersatzkasse (BEK) bis heute zur größten deutschen Angestellten-Ersatzkasse und mit ihren 6,5 Millionen Versicherten in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin zu einem der Stützpfeiler der Gesetzlichen Krankenversicherung entwickelt.

Dieser Vorläufer der später als Mutterorganisation anerkannten Kranken- und Begräbniskasse des Vereins junger Kaufleute zu Görlitz (gegründet am 27. 10. 1884) war ein Zusammenschluß von Angestellten, die sich im Krankheitsfall und in anderen Notlagen gegenseitig unterstützen, so auch bei unverschuldeter Stellenlosigkeit oder beim Todesfall des Ernährers. Ein soziales Netz, so etwa wie heute, gab es zu dieser Zeit noch nicht.

Zur Gründung führte auch parlamentarischer Druck. Als nämlich 1904 der Reichstag die Ausdehnung der Krankenkassenpflicht auf Lehrlinge und Handelsgehilfen beschlossen hatte (wie sich die Bilder mit der sozialpolitischen Realität der Gegenwart gleichen), kamen die Barmer dem zwangsweisen Beitritt zur Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) mit der Gründung einer Hilfskasse zuvor, die den gesetzlichen Vorschriften genügte: die „Krankenkasse für Handelsangestellte in Barmen", die mit 1660 Mitgliedern ihren Betrieb aufnahm.

Ihr Gründer und einer der markantesten Gestalten im Tal der Wupper war Ernst Vesper, auch ihr späterer Vorsitzender bis 1925 und Vorsitzender des Verbandes der Kaufmännischen Krankenkassen. Er war geprägt von den vielen sozial und karitativ engagierten, religiös geprägten und auf Selbstverantwortlichkeit bedachten Unternehmerpersönlichkeiten in Wuppertal: Bayer, Herberts, Vorwerk, Wuppermann und dem Mitgründer des „Elberfelder Modells", Daniel von der Heydt.

Das Modell: Führung und Fürsorge wurden auf eine öffentliche Institution übertragen, zugleich aber ehrenamtliche Armenpfleger bestellt, die nicht nur betreuten, sondern auch bei der Arbeitssuche halfen. Die Idee des „Elberfelder Modells": ein Weg für Menschen, sich aus eigener Kraft aus einer Notlage zu befreien, da die Pflicht zur Arbeit zugleich das Recht auf Arbeit einschloß. Die gleiche Philosophie begleitete auch die BEK durch die folgenden Jahrzehnte. Ihr Durchbruch kam 1914, als sie sich mit anderen Hilfskassen zusammenschloß: zur „Krankenkasse für Kaufleute und Privatbeamte in Deutschland". Die Görlitzer Kasse hatte als Mitgift die „reichsweite" Zulassung mit in die „Ehe" gebracht.

Erst 1931 wurde die Kasse, die ab 1922 und dann erst wieder seit 1966 Barmer Ersatzkasse heißt, die größte unter den Wettbewerbern. Trotz der verlorenen Gebiete in Mittel- und Ostdeutschland wurde 1959 die zweite Mitglieder-Million erreicht. Heute ist jeder zehnte Bürger BEK-versichert, 12 000 Mitarbeiter arbeiten für sie in 1200 Geschäftsstellen. An Leistungen gab sie 1983 rund 11,5 Mrd. DM aus.

Eine wenig bekannte Tatsache am Rande: Der BEK entsprangen zwei private Versicherungsgesellschaften: 1922 die Barmenia Krankenversicherung aG, Wuppertal, heute Nr. 6 innerhalb der privaten Krankenversicherung, und 1932 der Berliner Verein Krankenversicherung aG, Berlin/Köln.

SCHEU + WIRTH

Gang an die Bayerische Börse

DANKWARD SEITZ, **München**

Noch in diesem Monat wagt ein weiteres interessantes Familienunternehmen den Gang an die Börse. In einem ersten Schritt sollen voraussichtlich vom 12. bis 14. November 3,5 Mill. DM stimmrechtsloser Vorzugsaktien der Scheu + Wirth AG, Regensburg, unter Federführung der Dresdner Bank in Form eines Private Placement placiert werden. Insgesamt beträgt das Grundkapital von Scheu + Wirth 10 Mill. DM, eingeteilt in jeweils 5 Mill. DM Stamm- und Vorzugsaktien.

Die Einbeziehung des gesamten Vorzugskapitals in den geregelten Freiverkehr an der Bayerischen Börse in München wurde nach Angaben der Dresdner Bank bereits beantragt. Die Aufnahme der Preisfeststellung ist für den 22. November vorgesehen. Nähere Einzelheiten sollen Mitte des Monats bekanntgegeben werden.

Scheu + Wirth, 1959 gegründet und im Juli dieses Jahres in eine AG umgewandelt, befaßt sich mit der Planung, technischen Vorbereitung und Durchführung von allen mit der Errichtung von Gebäuden zusammenhängenden Arbeiten und Maßnahmen auf dem Gebiet der Elektro-, Heizungs-, Lüftungs-, Feuerschutz-, Sanitär- und Klimaanlageninstallation und des Rohrleitungsbaus.

Mit einem Umsatz von rund 100 Mill. DM (1983) und über 1000 Beschäftigten zählt das Unternehmen nach Angaben von Vorstandsmitglied Heribert Wirth zu den Großen der Branche. Unter anderem war oder ist Scheu + Wirth am Bau der größten Solaranlage der Welt in Bagdad/Irak und einer Brotfabrik in Kairo/Ägypten beteiligt.

MBB-Kapital soll aufgestockt werden

sz. **München**

Um den hohen Kapitalbedarf in den nächsten Jahren decken zu können, soll das Stammkapital der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, München, in nächster Zeit um 100 Mill. auf 478 Mill. DM aufgestockt werden. Grundsätzlich bestehe darüber, so ein Sprecher des Bayerischen Finanzministeriums, bereits Einigung unter den MBB-Gesellschaftern – unter ihnen das Land Bayern mit einem Anteil von direkt und indirekt etwa 24,5 Prozent.

Vielleicht werde sich der MBB-Aufsichtsrat schon auf seiner nächsten Sitzung am 26. November mit diesem Thema befassen. Zu welchem Kurs die Kapitalaufstockung erfolgen soll, war nicht zu erfahren. Spekuliert wird allgemein damit, daß sie zu pari erfolgt.

Die geplante Kapitalerhöhung steht, wie der Sprecher betonte, in keinem Zusammenhang mit der möglichen Beteiligung des MBB-Konzerns an der Krauss-Maffei AG. Vielmehr müsse an die Finanzierung der *MBB-Zukunftsprojekte* wie beispielsweise den Airbus A-320, den Jäger 90 und den Panzerabwehr-Hubschrauber PAH 2 gedacht werden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Unveränderte Dividende

Frankfurt (dpa/VWD) – Eine unveränderte Dividende von 10,50 DM je 50 DM-Aktie für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. September) schlägt die Verwaltung der Mercedes-Automobil-Holding AG, Frankfurt, vor. Die Hauptversammlung findet am 14. Dezember statt. In der Einladung dazu wird ein Bilanzgewinn von rund 90 Mill. DM genannt, nach knapp 92,9 Mill. DM im Vorjahr. Für 1982/83 war zusätzlich eine DM Bonus verteilt worden.

Ofenfrisch-Welle

Stuttgart (nl) – Vom Trend in den Bäcker- und Fleischer-Fachgeschäften nach dem Motto „Frisch aus dem Ofen" (Backen und Braten vor den Augen des Kunden) profitiert die Wiesheu GmbH, Affalterbach. Das auf die Herstellung solcher Backöfen spezialisierte, erst 1972 gegründete Unternehmen (75 Beschäftigte), rechnet für 1984 mit einem Umsatz von 11 Mill. DM.

Mobil-Schließungspläne

Hamburg (dpa/VWD) – Die Mobil Oil AG, Hamburg, erwägt die Schließung ihrer erst neun Jahre alten Raffinerie in Wilhelmshaven, betätigte ein Mobil-Sprecher gestern in Hamburg. Die auf 8 Mill. Tonnen Jahresdurchsatz ausgelegte Raffinerie mit 300 Mitarbeitern sei derzeit nur mit 3 bis 4 Mill. Tonnen ausgelastet und arbeite mit bis zu 70 DM Verlust je Tonne. 1983/84 war sie viermal vorübergehend stillgelegt worden. Mobil Oil verfügt in der Bundesrepublik insgesamt über 15 Mill. Tonnen Raffineriekapazität, hat aber in den letzten Jahren nur rund 10 Mill. Tonnen Produkte abgesetzt.

Kräftiges Wachstum

Zürich (dpa/VWD) – Das Geschäftsjahr 1984 ist bisher für die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG), erfreulich zu verlaufen. Die Bilanzsumme der größten Schweizer Bank übertraf bereits nach dem 3. Quartal das Gesamtergebnis von 1983 deutlich. Die Bilanzsumme nahm um über 10 Prozent auf 127,3 Mrd. sfr (rund 154 Mrd. DM) zu, erklärte SBG-Generaldirektor Nikolaus Senn. 1983 betrug die gesamte Bilanzsumme rund 115 Mrd. sfr.

Gewinn bei Alfas Arveco

Düsseldorf (Py.) – Bis Ende 1986 will die Arveco S. p. A. (Alfa Romeo Veicoli Commerciali), Neapel, eine Schwestergesellschaft von Alfa Romeo Auto, einen neuen großen Geländewagen bauen, der international in einer luxuriösen Zivilversion sowie als Nutz- und Militärfahrzeug angeboten werden soll. Arveco schloß 1983 mit einem Umsatz von 170 Mill. DM und einem Gewinn von 0,5 Mill. DM ab. Die seit 1981 selbständig operierende Firma stellt, teilweise in Zusammenarbeit mit Fiat, kleine und mittlere Nutzfahrzeuge, überwiegend für den Inlandsmarkt, her.

Höherer Zinsüberschuß

München (dpa/VWD) – Die Süddeutsche Bodencreditbank AG, München, hat ihren Zinsüberschuß in den ersten neun Monaten auf 79,8 Mill. DM erhöht - gegenüber 69,4 Millionen DM (drei Viertel des Vorjahresüberschusses). Das mehrheitlich zur Bayerischen Vereinsbank gehörende Institut rechnet für 1984 „trotz gestiegener Kosten und erhöhter Wertberichtigungen ... mit einem zufriedenstellenden Jahresergebnis." Bei den Darlehenszusagen entfielen 438,1 (534,4) Mill. DM auf Hypotheken und 1,2 Mrd. (960,9 Mill.) DM auf Kommunaldarlehen.

NAMEN

Siegfried Menninger, Mitbegründer und Ehrenmitglied des Bundes Deutscher Verkaufsförderer und Verkaufstrainer e. V., Meerbusch, feiert am 7. November seinen 70. Geburtstag. Außerdem kann Menninger am selben Tag sein 50jähriges Berufsjubiläum begehen.

Erich Wilts, der bislang Gesellschafter der Unternehmensgruppe Egbert Wilts, Leer/Ostfriesland gewesen ist, ist als Nachfolger von Dr. **Peter Breidenbach** zum neuen Geschäftsführer der VFG Verbund Farbe und Gestaltung – Vereinigte Farbengroßhandel mbH Service & Marketing KG, Düsseldorf, gewählt worden.

Dr. **Heinz Habicht**, Vorstandsmitglied der Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen/Steige, ist Ende Oktober '84 altershalber aus dem Vorstand ausgeschieden.

G. Peters, Geschäftsführer der Abu-plast-Kunststoffbetriebe GmbH, Rödental, hat am 3. November seinen 60. Geburtstag feiern können.

Tycho Hilgendorf, als Vorstandsvorsitzender in der Öffentlichen Versicherung Braunschweig tätig, vollendete am 5. November sein 60. Lebensjahr.

Ludwig Pfeiffer, im Vorstand der Olympia Werke AG, Wilhelmshaven, zuständig für das Ressort Technik, ist in gegenseitigem Einvernehmen Ende Oktober aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig sind **Rudolf Blum** (Forschung und Entwicklung) und **Peter Ritter** (Fertigung) zu Generalbevollmächtigten der Olympia Werke ernannt worden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Usingen: Maria Schmitz, Neu-Anspach. **Nordhorn:** Karl Stemmann, Kaufmann, Schüttorf.

Anschlußkonkurs eröffnet: Hannover: ORMA Organisationsmaschinen-Vertrieb GmbH; **Niebüll:** Gustav Martin Sörensen, Maurermeister, Stedesand; **Nordhorn:** August Stemmann, Schüttorf.

Vergleich beantragt: Gifhorn: Manfred Mayer, Wahrenholz; **Nördlingen:** Wanna van Diggelen, Brautlach.

FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Rentenmarkt uneinheitlich

Am Rentenmarkt wirkten sich die US-Präsidentschaftswahlen am Montag in Unsicherheit und uneinheitlichen Kursen aus. Öffentliche Anleihen zeigten kleinere Kursabweichungen bis um 0,15 Prozentpunkte nach oben und unten. Ähnlich tendierten am Montag die DM-Auslandsanleihen. Bundesobligationen bröckelten teilweise eher leicht ab. Der Pfandbriefmarkt konnte sich insgesamt knapp behaupten. Über die ganze Breite der Märkte war das Geschäft in festverzinslichen Wertpapieren recht ruhig.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

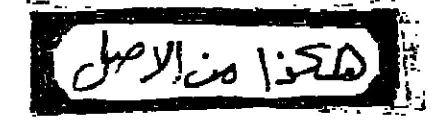
[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Gut behauptet, mit Ausnahme des bruchteilig schwächeren Kassa-Monats, ging Kaffee aus dem Markt. Leicht befestigen in allen Sichten konnte sich Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	2. 11.	1. 11.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	360,75	363,75
März	364,00	367,75
Mai	357,75	362,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	240,37	239,97
Amber Durum	247,47	248,42
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	144,40	143,70
März	150,60	150,10
Mai	153,60	153,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	121,40	121,80
März	124,10	124,50
Mai	125,20	126,40
Hafer Chicago (c/bush)	2. 11.	1. 11.
Dez.	184,25	184,50
März	182,25	182,00
Mai	179,25	179,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	275,25	278,00
März	282,75	285,00
Mai	289,25	291,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	2. 11.	1. 11.
Dez.	131,20	131,80
März	133,10	134,10
Mai	134,50	135,20

Genußmittel

	2. 11.	1. 11.
Kaffee		
New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	138,60	138,55
März	136,55	136,40
Mai	135,50	135,00
Kakao		
New York ($/t)	2. 11.	1. 11.
Terminkontr. Dez.	2292	2288
März	2238	2233
Mai	2250	2233
Umsatz	2998	3418
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,51	5,40
März	5,99	5,92
Mai	6,31	6,24
Juli	6,58	6,51
Sept.	6,85	6,77
Umsatz	8 868	7 145
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	2. 11. 4,68	1. 11. 4,65
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	2. 11.	1. 11.
Kontrakt Nov.	2465–2470	2490–2491
Jan.	2278–2280	2335–2337
März	2191–2193	2245–2247
Umsatz	5126	2452
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1912–1914	1968–1969
März	1877–0000	1925–1926
Mai	1886–1887	1928–1929
Umsatz	5611	4027
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Dez.	141,40–141,60	140,00–140,20
März	159,40–159,60	158,00–158,20
Mai	166,20–166,40	165,00–165,20
Umsatz	1866	1842
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	2. 11.	1. 11.
schw. Sarawak spez.	437,50	442,50
weißer Sarawak	677,50	682,50
weißer Muntok	685,00	690,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	2. 11.	1. 11.
Nov.	165,25	163,25
Jan.	168,60	166,80
März	168,75	167,25
Mai	168,60	167,20
Juli	168,50	168,80
Umsatz	700	1000

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	1. 11.	31. 10.
Südstaaten fob Werk	40,00	40,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	31,00	33,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	27,75	28,07
Jan.	26,40	26,80
März	25,35	25,85
Mai	25,05	25,55
Juli	24,75	25,35
Aug.	24,40	24,90
Sept.	24,30	24,42
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	29,00	31,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	30,00	30,00
Choice white hog 4% fr. F.	21,25	21,25
Talg		
New York (c/lb)		
top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Dez.	48,80	48,75
Febr.	50,90	50,60
April	47,70	47,60
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	67,05	67,20
März	67,00	67,20
Mai	51,00	68,35
Rinder		
Chicago (c/lb)	2. 11.	1. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	51,00	55,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	48,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Nov.	623,00	632,50
Jan.	636,00	644,00
März	650,00	657,50
Mai	664,50	671,00
Juli	673,00	678,00
Aug.	673,00	678,00
Sept.	661,00	665,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Dez.	156,70	157,50
Jan.	159,70	160,50
März	165,70	167,30
Mai	171,00	172,50
Juli	176,80	178,50
Aug.	178,00	178,00
Sep.	177,00	177,50
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	2. 11.	1. 11.
Dez.	351,30	352,20
März	364,80	365,40
Mai	372,60	373,30
Kokosöl		
New York (c/lb)	2. 11.	1. 11.
Westküste fob Werk	54,50	55,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	5. 11.	2. 11.
jegl. Herk. cif	655,00	635,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	580,00	575,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	630,00	630,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	245,00	248,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1220,00	1230,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	289,00	289,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb)	2. 11.	1. 11.
Kontrakt Nr. 2:		
Dez.	66,70	68,10
März	68,20	69,55
Mai	69,50	70,75
Juli	70,65	71,60
Okt.	70,20	70,25
Dez.	70,15	70,25
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS-1:	43,00	43,25
Wolle		
Lond. (Neus. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	2. 11.	1. 11.
Dez.	516–517	515–519
Jan.	517–520	520–523
März	527–528	526–528
Umsatz	154	243
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	2. 11.	1. 11.
Dez.	unerhältl.	unerhältl.
März	unerhältl.	unerhältl.
Mai	unerhältl.	unerhältl.
Juli	unerhältl.	unerhältl.
Umsatz	–	–
Tendenz		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle		
Standardtype	2. 11.	1. 11.
Dez.	567,0–568,0	567,0–570,0
März	–	598,0–600,0
Okt.	–	594,0–595,0
Umsatz	11	29
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	2. 11.	1. 11.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	2. 11.	1. 11.
Nov.	13234	13 236
Dez.	12840	12 755
Kautschuk		
London (p/kg)	2. 11.	1. 11.
Nr. 1 RSS loco	unerhältl.	59,00–60,00
Dez.	unerhältl.	58,00–61,00
Jan.	unerhältl.	58,00–63,00
Feb.	unerhältl.	59,00–62,00
		Tendenz:
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	2. 11.	1. 11.
Nov.	195,00–196,00	196,75–197,25
Dez.	200,50–201,00	201,50–202,00
Nr. 2 RSS Nov.	188,00–189,00	188,50–189,50
Nr. 3 RSS Nov.	184,50–185,50	185,00–186,00
Nr. 4 RSS Nov.	177,50–178,50	178,00–179,00
		Tendenz: etwas leichter
Jute London (£/lgt)	2. 11.	1. 11.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	5. 11.	2. 11.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	129,1–129,29	125,60–125,78
drittfolg. Monat	127,44–127,62	126,70–126,89
Zink: Basis London		
laufend. Monat	237,44–237,81	236,05–236,42
drittfolg. Monat	239,11–239,30	238,26–238,45
Produz.-Preis	254,58	265,83
Reinzinn 99,9%	4004–4044	4044–4084

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5. 11.	2. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	409,40–411,26	408,00–409,85
Blei in Kabeln	136,75–137,75	133,25–134,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	5. 11.	2. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	386,00–392,00	388
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	432,00–437,00	431,00–437,00
MS 63	420,00–425,00	419,00–424,00

Zinn-Preis Penang

	2. 11.	1. 11.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,21	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	5. 11.	2. 11.
Leg. 225	370	370
Leg. 226	372	372
Leg. 231	403–405	403–405
Leg. 233	413–415	413–415

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	5. 11.	2. 11.
Platin (DM je g)	34,008	33,55
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	32 850	32 550
Rücknahmepr.	32 100	31 800
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 070	32 800
Rücknahmepr.	32 240	31 970
verarbeitet	34 890	34 400
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 465	32 240
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	726,90	721,80
Rücknahmepr.	705,50	700,50
verarbeitet	758,80	753,50

Internationale Edelmetalle

	5. 11.	2. 11.
Gold (US-$/Feinunze)		
London		
10.30	342,30	339,00
15.00	342,45	343,10
Zürich mittags	343,30–343,80	339,40–339,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 800	99 200
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	598,65	592,50
3 Monate	607,40	606,90
6 Monate	621,30	620,95
12 Monate	649,35	651,40
Platin (£-Feinunze)	2. 11.	1. 11.
London fr. Markt	264,55	263,85
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	116,10	114,40

New Yorker Preise	2. 11.	1. 11.
Gold H & H Ankauf	343,10	333,80
Silber H & H Ankauf	748,00	735,00
Platin fr. Händlerpr.	319,00–322,00	319,00–322,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	145,00–146,00	140,00–141,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	751,80	737,20
Dez.	756,00	741,00
Jan.	763,20	748,60
März	775,00	760,00
Mai	788,60	773,50
Juli	801,00	784,00
Sept.	816,10	800,60
Umsatz	30 000	20 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	2. 11.	1. 11.
Nov.	60,90	60,10
Dez.	61,25	60,35
Jan.	61,80	61,05
März	62,65	61,85
Mai	63,80	63,40
Juli	65,05	64,30
Sept.	66,05	65,30
Umsatz	13 000	13 000

Londoner Metallbörse

	5. 11.	2. 11.
Aluminium (£/t)		
Kasse	911,00–911,50	916,50–917,00
3 Monate	935,50–936,00	941,50–942,00
Blei (£/t) Kasse	348,00–348,50	338,00–339,00
3 Monate	343,50–344,00	340,00–340,50
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1090,5–1091,5	1092,0–1092,5
3 Monate	1115,0–1116,0	1117,5–1118,0
abends Kasse	–	1090,5–1091,5
3 Monate	–	1115,0–1116,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1097,0–1097,5	1097,0–1099,0
3 Monate	1116,5–1117,0	1117,0–1119,0
Zink (£/t) Kasse	640,00–641,00	643,00–643,50
3 Monate	644,50–645,00	646,00–646,50
Zinn (£/t) Kasse	9620–9625	9670–9680
3 Monate	9615–9620	9660–9665
Quecksilber		
$/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	–	80–85

Bekanntmachung

Hypothekenbank in Hamburg Aktiengesellschaft
– Zulassungsantrag –

Die Hypothekenbank in Hamburg Aktiengesellschaft hat den Antrag gestellt, die

DM 40 000 000,– 7¾ % Kommunalschuldverschreibungen Em. 403
DM 50 000 000,– 8 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 407
DM 30 000 000,– 7¾ % Kommunalschuldverschreibungen Em. 412
DM 30 000 000,– 8¼ % Hypothekenpfandbriefe Em. 416
DM 30 000 000,– 7¾ % Hypothekenpfandbriefe Em. 417
DM 20 000 000,– 8 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 419
DM 50 000 000,– 7¼ % Kommunalschuldverschreibungen Em. 422

der

Hypothekenbank in Hamburg Aktiengesellschaft

zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg zuzulassen.

Hamburg, den 1. November 1984

Zulassungsstelle der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg



Vereinsbank in Nürnberg Aktiengesellschaft Hypothekenbank gegr. 1871

Über unsere Geschäftsentwicklung vom 1. 1. bis 30. 9. 1984 liegt der

Zwischenbericht

vor. Er kann bei uns unter Angabe der gewünschten Stückzahl angefordert werden (Postfach 4249, 8500 Nürnberg 1).

Nürnberg, im November 1984 Der Vorstand

STADT OSLO

(Königreich Norwegen)
7½% Deutsche Mark-Anleihe von 1971
– WKN 460 661/70 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wurden am 29. Oktober 1984 unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 4 – WKN 460 664 –

mit den Stückenummern

24 001 – 32 000 zu je DM 1000,–

im Nennbetrag von DM 5 472 000,– zur Rückzahlung zum 2. Januar 1985 ausgelost.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 2. Januar 1985 an gegen Einreichung der Mäntel und Zinsscheine per 1. Juli 1985 uff. von den nachstehenden Banken und deren Niederlassungen zum Nennbetrag eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
ADAC-Bank Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 31. Dezember 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die am 2. Januar 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den im Vorjahr ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 3 und 8 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Oslo, im Oktober 1984

STADT OSLO

WEINSBERGER SOLARGESELLSCHAFT / Großauftrag aus Japan

Höhensonne auch für Rennpferde

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Wenn sich Scharen zahlungskräftiger Japaner demnächst in der Welt größtem Fitneß-Center nahe Tokio wieder auf Vordermann bringen lassen, dann machen sie auch mit deutschen Produkten Bekanntschaft. Die Drei-Millionen-Quadratmeter-Anlage umfaßt nicht nur einen Golfplatz, 12 Sportplätze, 400-Meter-Hallenlaufbahn und acht Freibäder nebst Badesee, sondern auch eine Besonnungsanlage mit 200 Plätzen aus dem württembergischen Weinsberg.

Für Wolfram Stendel, Chef und Inhaber der Weinsberger Solargesellschaft W. Stendel GmbH & Co., war der Großauftrag nicht die erste Begegnung mit dem japanischen Markt. Vorausgegangen waren schon mehrere Lieferungen von Tierbesonnungsanlagen, mit denen überwiegend hochkarätige Rennpferde fitgemacht werden. Dieses Geschäft war über längere Zeit hinweg auch für die britische Vertriebstochter der einzige Umsatzträger. Inzwischen ist auch hier die „Humanbesonnung" dazugekommen.

Das Geschäft mit den Pferdenarren in aller Welt – einzelne Installationen gibt es aber auch schon in der Nutztierhaltung sowie in Zoos – ist überraschend groß. 850 Anlagen wurden bereits installiert. Und zu den „um die 10 Mill. Mark", die Stendel 1984 umsetzen will, wird das Tiergeschäft *mehr als 30 Prozent* beitragen.

In den USA wird gerade – ohne Stendel-Beteiligung – von mehreren Partnern aus dem Tiergeschäft ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet, das noch in diesem Jahr den Vertrieb von Tierbestrahlern „made in Württemberg" aufnehmen soll. Kontrastprogramm dazu: Das Sonnenland Australien macht seine Olympia-Mannschaft unter Weinsberg-Solarien fit, weil die natürliche Sonne dort viel zu intensiv ist.

Stendel, der sich von Anfang an bemüht hat, den Gesundheitswert seiner Solarien auch wissenschaftlich zu untermauern, zählt zu den wenigen Unternehmern, die sich in diesem Geschäft als beständig erwiesen haben. Während viele andere Hersteller nach der rasch abgeflauten Modewelle der Heimsolarien wieder aus diesem Bereich ausstiegen, ließ sich Weinsberger immer wieder Neues einfallen.

Nachdem sich das Unternehmen mit viel Beharrlichkeit den Markt der öffentlichen Schwimmbäder – heute Hauptumsatzträger – erschlossen hatte, war das nicht mehr nur in technischer Hinsicht erforderlich. Leere öffentliche Kassen erforderten Phantasie auch bei der Finanzierung von Solarprojekten, mit denen die meist städtischen Hallenbad-Betreiber die Attraktivität ihrer Millionen-Investitionen erhöhen wollen.

Unterschiedliche Modelle, die solche Anlagen in verschiedenen Abstufungen – bis hin zur vollen Fremdfinanzierung durch Weinsberger – aus den Mehreinnahmen ermöglichen, erleichtern Stadtvätern die Entscheidung. Zudem wird ein komplettes Service-Paket angeboten, das vom Planungsauftrag über den Umbau des Bades bis hin zum neuen Marketingkonzept reicht.

Dabei hat Stendel eine regelrechte Schwimmbad-Philosophie entwickelt, die neben der Gestaltung und dem „funktionellen Betriebsablauf" auch die Personalmotivation „von der Putzfrau bis zum Betreiber" umfaßt: „Da wird aus manchem sturen Schwimmeister, der 20 Jahre lang muffig am Beckenrand gestanden hat, ein begeisterter Animateur."

Auch dieses Geschäft beschränkt sich nicht aufs Inland. Öffentliche Bäder in Holland oder Luxemburg tragen zum Export des 70-Mitarbeiter-Unternehmens bei, der in diesem Jahr gut 40 Prozent vom Umsatz erreichen soll.

Planzahlen für 1984 schon überschritten

dpa/VWD, Selb

Die Hutschenreuther AG, Selb, hat in den ersten drei Quartalen 1984 ihre Planzahlen für das laufende Geschäftsjahr bereits überschritten. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum erhöhte sich der Umsatz des Keramikkonzerns von Januar bis September 1984 um 8,9 Prozent auf 285,2 Mill. DM. Das Inlandsgeschäft stieg um 5,2 Prozent auf 181,3 Mill. DM. Im Ausland kletterten die Umsätze sogar um 16 Prozent auf 103,9 Mill. DM. Auf Grund dieser Zahlen spricht Hutschenreuther schon jetzt von einem zufriedenstellenden Ergebnis für das Geschäftsjahr 1984.

Die Beschäftigtenzahl der Hutschenreuther AG lag am 30. September mit 5630 um 58 unter der des Vorjahres. 1984 investiert das Unternehmen insgesamt 16,3 Mill. DM.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

J. Boelcke, B. Straub und P. Thiele (Hrsg.): „Dictionnaire de l'allemand Economique"; Librairie Calligrames 82, Rue de Rennes, 75006 Paris, 829 S.; 145 Franc.

Nach fast 10jähriger Vorbereitungszeit ist im Pariser Verlag Garnier ein erstes ernstzunehmendes „Lexikon des Wirtschaftsdeutsch" erschienen. Es bietet zweisprachig auf rund 40 000 Ausdrücke aus Wirtschaft, Handel, Industrie und Presse, Wirtschaftspolitik, Bankbörse, Gewerkschaften, Marketing und Werbung. Man findet darin ebenso alle gängigen Abkürzungen im Wirtschaftsverkehr beider Länder, wie Redewendungen aus dem idiomatischen und volkstümlichen Bereich, wie Schwellenland, Nullwachstum, Multi oder Pleitegeier, *Jobkiller* und *Gießkannenprinzip*. Die größte Schwierigkeit war, so die Aussage der Herausgeber das Einordnen der im Deutschen häufig gebrauchten angelsächsischen Ausdrücke in die vom „franglais" weniger berührte französische Sprache.

Beck'scher Juristenkalender 1985, C. H. Beck Verlag, 334 S., (geb.) 48 Mark; (Leder) 98 Mark.

Eine Doppelseite pro Woche garantiert Übersicht und Raum für Eintragungen und Notizen. Wichtig für Juristen, gilt es doch peinlich genau auf Fristen zu achten, Termine zu planen oder Konferenzen vorzubereiten. Zeit ist Geld und Zeit sparen helfen viele Daten und Beiträge im juristischen Informationsteil, der sich dem Kalendarium anschließt. Adressen von sämtlichen Gerichten, Berufsorganisationen, vor allem aber Kostentabellen, Pfändungsfreigrenzen und Aufbewahrungsfristen u. a. m. sind dort aufgeführt. Ein Stichwortverzeichnis würde hier einen besseren Zugriff schaffen. Auf manche Beiträge könnte verzichtet werden, wie z. B. „Das Autodafé". Dafür wären Jahresübersichten der vorhergehenden und nachfolgenden Jahre besser am Platze.

Dr. Axel Bänsch, Käuferverhalten, R. Oldenbourg Verlag, München / Wien 1983, 262 S., 39,50 Mark.

Nur dem Unkundigen gilt die Wirtschaft als trockenes Thema, in Wirklichkeit spielt der Mensch, die Psychologie, eine entscheidende Rolle. Leider, wird mancher sagen, denn immer wieder muß sich die Wirtschaft dem Verhalten der Käufer anpassen oder es beeinflussen, wenn Markterfolge eintreten sollen. Der Autor, Privatdozent an der Uni Hamburg, leistet dabei wissenschaftliche Hilfestellung. Im Mittelpunkt seines Buchs stehen die betriebswirtschaftlich relevanten Grundkonzepte zur Erklärung, Prognose und/oder Beeinflussung des Verhaltens privater und gewerblicher Käufer. Der Verfasser präsentiert nicht nur Ansätze und Modelle, sondern analysiert sie auch kritisch, vor allem im Blick auf ihren *Realitätsbezug.*

Helmut Volkmann: Der Strategische Abakus, Droemer Knaur Verlag 1984, 224 S., 58 Mark.

Auch in Europa ist die Schwelle von der Industrie- zur Informationsgesellschaft überschritten worden. Von den meisten fast unbemerkt, hat in allen unseren Lebensbereichen eine technologische Entwicklung ihren Anfang genommen, die das Gesicht und den Wert unserer Gesellschaft, den täglichen Lebens- und Arbeitsablauf in den nächsten Jahren grundlegend abändern wird. Der Autor fordert ein Ende der Gleichgültigkeit von Wissenschaftlern, Politikern und Wirtschaftlern angesichts der Probleme, die der unaufhaltsame Vormarsch von Industrierobotern und Bürocomputern mit sich bringen kann. Er entwickelt ein kybernetisches Modell zur Planung und Gestaltung sozialtechnischer Systeme, das die sich abzeichnende Krise beherrschbar erscheinen läßt.

Heinrich Sudhoff: Handbuch der Unternehmensnachfolge, C. H. Beck Verlag, München 1984, 656 S., (Ln.) 112 Mark.

Die Frage nach dem Nachfolger oder der Nachfolge in einem Unternehmen kommt in der beratenden Praxis recht häufig vor. Und doch kann es keine allgemeingültigen Patentlösungen geben, da sich betriebliche, gesellschaftsrechtliche und steuerliche Probleme überschneiden, die unterschiedlichst im Testament oder Erbvertrag, aber auch durch Gesellschaftsvertrag oder Übertragungsvertrag bzw. Aufnahmevertrag geregelt werden können. Das Handbuch spricht alle relevanten Fragen *an und zeigt Lösungsmöglichkeiten* zur Unternehmensnachfolge und Unternehmensaufspaltung auf. Die Neuauflage berücksichtigt die Änderungen im Bereich der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Im ausführlichen Formularteil finden sich Vorschläge für Gestaltungsmöglichkeiten der Unternehmensnachfolge.

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Bruno Kleine mit kräftigen Zuwachsraten

Discounter im Textilbereich

H. HILDEBRANDT, Harsewinkel

In der Branche wird Bruno Kleine, geschäftsführender Gesellschafter der Bruno Kleine GmbH & Co. KG, Harsewinkel, gern als Bekleidungs-Discounter bezeichnet, und zwar als einer der größten seiner Art im Bundesgebiet. Mit dieser Einstufung ist der selbstbewußte Unternehmer aus der ostwestfälischen Kleinstadt zwar durchaus einverstanden, er sieht die von ihm aufgebauten Verkaufsstellen jedoch als Bekleidungs-Fachmärkte. Sieben an der Zahl sind es inzwischen, in Ostwestfalen und in Osnabrück, im Ruhrgebiet und in Südoldenburg. Sie alle agieren wie ein Hecht im Karpfenteich einer übersetzten Branche, mit Umsätzen und Zuwachsraten, von denen andere nur träumen können.

Der Mittvierziger Bruno Kleine begann seine berufliche Laufbahn mit der Ausbildung bei einem heimischen Landmaschinenhersteller. Die nächste Station war ein Fleischwarenhersteller, bei dem wertvolle EDV-Erfahrungen für die Zukunft sammeln konnte. Als Teilhaber, zuständig für die kaufmännische Seite, stieg er dann in einen Textilverarbeitungsbetrieb ein. Vor acht Jahren erfolgte der Schritt in die Selbständigkeit, mit einem Arbeitskollegen zusammen gründete er sein heutiges Unternehmen.

„Ich bin der festen Überzeugung, daß der Bekleidungsbereich mit zeitlichem Abstand die gleiche Entwicklung nimmt wie der Lebensmittelsektor. Ein beträchtliches Grundsortiment von Basisartikeln wird ausschließlich nach Gesichtspunkten der Preiswürdigkeit gekauft, ein entsprechendes Qualitätsniveau selbstverständlich vorausgesetzt." So begründet Bruno Kleine die Konzeption seines Unternehmens, und die Praxis gab ihm bisher recht. Rund 2300 Artikel führt er in seinem Sortiment, Damen-, Herren- und Kinderbekleidung, davon etwa 1500 Standardartikel, die weniger den hektischen Modeschwankungen unterworfen sind. Zulieferanten sind nicht nur deutsche Zwischenbetriebe, sondern auch solche aus Italien, Griechenland, Polen und aus dem asiatischen Raum. Artikel, die „eng werden" und bei denen kurzfristig disponiert werden muß, stammen teilweise aus eigener Fertigung.

Den Schlüssel zum Erfolg sieht Bruno Kleine nicht zuletzt in dem von ihm praktizierten Warenwirtschaftssystem. In ihm werden alle Wareneingänge, alle Lagerbestände und alle Auslieferungen an die Verkaufsfilialen artikelgenau erfaßt, dazu aber auch alle Verkäufe. „Dadurch kann ich mich konzentriert mit den Problemartikeln befassen", erläutert Bruno Kleine. Das sind für ihn nicht nur die Artikel, die nicht wunschgemäß laufen, sondern auch die Renner, bei denen kurzfristig nachdisponiert werden muß.

Im laufenden Jahr wird bereits wieder eine zweistellige Zuwachsrate erzielt. Die reale Umsatzhöhe nennt man nicht, die Zahl der verkauften Bekleidungsstücke, nach eigenen Angaben eine Million Stück in Jahresfrist, läßt jedoch eine Größenordnung erkennen. Rückschlüsse auf die Ertragslage läßt die Tatsache zu, daß allein in die neue Verkaufsstelle im ostwestfälischen Marienfeld, vor wenigen Wochen eröffnet, fast 5 Mill. DM investiert wurden.

Ausländer kauften Spitzenwerte

Beginnendes Weihnachtsgeschäft beflügelt Warenhausaktien

DW. – „Dies ist ein Tausendstücktag, unter tausend Stück geht gar nichts um." So umschrieb ein Makler an der Montagbörse das große Aktiengeschäft. Die in die DM zurückgeflossenen Dollarbeträge, die sich im gesunkenen Kurs für die US-Währung widerspiegelten, wirkte sich in Käufen deutscher Aktien aus. Das am langen Sonnabend erfreulich angelaufene Weihnachtsgeschäft belebte die Nachfrage nach Warenhauspapieren. So war die Gesamttendenz zwar nicht einheitlich, im Trend aber doch ausgesprochen fest.

Favoriten waren eindeutig die gewöhnlich vom internationalen Publikum bevorzugten Papiere. So wurden Siemens um rund 5,50 DM auf 453,50 DM heraufgesetzt. Im freundlichen Markt der Großbankpapiere ragten deutsche mit einem Kursanstieg auf zeitweise 383,50 DM (plus 8 DM) heraus. Die Farbennachfolger stiegen bis um 2 DM (Bayer). Autowerte konnten sich überwiegend nur gut halten. Lufthansa Vorzüge profitierten mit einem Kursanstieg bis um 4 DM von Auslandskäufen. Stahlaktien änderten sich meist nur wenig. Ausnahme: Thyssen, die um mehr als 3 DM auf 82,50 DM anzogen. Im Schatten blieben am Wochenanfang die Maschinenbauer, die sich höchstens halten konnten. Bei den konsumnahen Aktien wie Warenhaus und anderen Einzelhandelspapieren reichten die Kursgewinne bis 6,50 DM (Rüssel). Stromversorger konnten sich bei recht ruhigem Geschäft etwa halten.

Düsseldorf: Dyckerhoff St. verminderten sich um 3,50 DM auf 176 DM, Huta sanken um 2,40 DM auf 71,50 DM und Kromschröder gaben um 5 DM auf 190 DM nach. Heinrich zogen um 3 DM auf 373 DM an. Isenbeck stiegen um 5 DM auf 145 DM und Verseidag konnten sich um 4 DM verbessern.

Frankfurt: Brau AG zogen um 5 DM auf 160 DM an, MAN Roland schlossen mit einem Plus von 20 DM und Pfaff verbesserten sich um 4,50 DM. Dywidag sanken um 6 DM, Veith Pirelli fielen um 11 DM und MAB Vz. wurden um 10 DM niedriger taxiert.

Hamburg: Phoenix Gummi lagen bei 117 DM sowie Haller Meurer bei 171 DM jeweils um 1 DM leichter. Bruchteilig niedriger verkehrten HEW zu 81,50 DM minus 0,50 DM, NWK Vz. zu 167 DM minus 0,50 DM und Bremer Vulkan zu 73 DM minus 0,20 DM. Knapp gehalten waren auch Beiersdorf bei 364,50 DM.

München: Etienne Aigner verminderten sich um 4 DM auf 236 DM, Agrob Vz. gaben um 5 DM nach und Dywidag fielen um 0,20 DM. Flachglas erholten sich um 3 DM, Grünzweig befestigten sich um 0,50 DM auf 116 DM und Krauss Maffei zogen um 30 DM an.

Berlin: Tempelhofer Feld zogen um 10 DM an. Detewe verbesserten sich um 3,50 DM, DUB-Schultheiss um 2 DM, Herlitz St. um 1,10 DM und Berliner Kindl um 1 DM. Berthold bröckelten um 1 DM ab.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 158,5 (158,3)
WELT-Umsatzindex: 2920 (2510)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelter Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Mailand

[illegible]

Wien

	5. 11.	2. 11.
Creditanstalt-Bkv Vz.	216	216
Gösser-Brauerei	327	–
Länderbank Vz.	716	719
Österr. Brau AG	318	315
Perlmooser	353	352
Reininghaus	415	–
Schwechater Br	168	–
Semperit	109	–
Steyr-Daimler-P.	151	149
Universale HochTief	210	–
Veitscher Magnesit	245	244
Index	57,8	57,37

Tokio

[illegible]

Kopenhagen

	5. 11.	2. 11.
Den Danske Bank	274	272
Jyske Bank	510	495
Kopenh. Handelsbk.	281	280
Novo Industri	248	248
Privatbanken	257	247
Ostasiat. Komp.	179	179
Dan. Sukkerfabr.	550	545
For. Bryggerier St.	775	785
Kgl. Porz. Fabr.	255	755

Zürich

[illegible]

Brüssel

	5. 11.	2. 11.
Arbed	1795	Geschlossen
Brux. Lambert	2520	
Cockerill Ougrée	287	
Ebes	2850	
Gevaert	3690	
Kredietbank	7810	
Petrofina	7330	
Soc. Gén. d. Belg.	1840	
Sofina	7950	
Solvay	4470	
UCB	5390	
Index	–	

Madrid

[illegible]

Paris

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Singapur

	5. 11.	2. 11.
Cycle + Car.	2,98	3,00
Cold Storage	2,92	2,93
Dev. Bk. of Sing.	5,85	5,95
Fraser + Neave	5,50	5,25
Kl. Kepong	–	–
Mal. Banking	5,80	7,90
Nat. Iron	3,90	3,90
OCBC	9,20	9,29
Sime Darby	1,89	1,90
Singapur Land	3,08	3,00
Un. Overs. Bank	4,46	4,30

Sydney

[illegible]

Optionshandel

Frankfurt: 5. 11. 84: [illegible] ... 1,5, 4-120/2,95, Deutsche Bank 1-360/3,4, Dresdner Bank 1-170/1, 4-170/2,5, 7-170/3,35, Hoechst 1-180/3,4, 4-170/2, 4-180/4, Hoesch 4-110/3, 7-110/5, Kaufhof 7-220/7,4, Klöckner 4-75/3,2, 4-80/5, 7-70/3,8, 7-80/7,45, Lufthansa St 4-170/6, Lufthansa Vz. 1-170/3,5, 4-170/8, Mannesmann 1-150/1,5, 4-150/2,5, RWE St 7-160/7,2, Schering 4-380/4,4, Siemens 1-430/4,4, 1-440/3,5, 1-450/10, 4-430/6,5, 4-440/9,4, 7-420/7, 7-440/12,4, Thyssen 4-80/3,3, VW 4-180/2,6, 4-190/4,2, 4-200/9, 7-180/4, 7-190/7,6, Chrysler 1-90/3, 4-90/4,5, General Motors 1-220/5, 4-200/4,8, 4-220/10, IBM 1-370/7, 7-730/13, Philips 4-50/2,9, 7-45/2 (1. Zahl Verfallmonat, jeweils der 15., 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 5. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	5⅜–5½	4½–4
3 Monate	9¾–10	5⅝–5⅞	5 –5¼
6 Monate	9⅞–10⅛	5¾–6	4⅞–5⅛
12 Monate	10⅛–10⅜	5⅞–6	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financiere Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1435,00	1784,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1180,00	1439,15
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	627,00
1 £ Sovereign alt	231,00	298,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,58
20 belgische Franken	177,00	229,17
10 Rubel Tscherwonez	240,00	300,96
2 südafrikanische Rand	226,00	280,44
Krüger Rand, neu	1027,00	1210,68
Maple Leaf	1027,00	1210,68
Platin Noble Man	1007,00	1187,88
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	241,00	302,10
20 schweiz. Franken „Vreneli"	182,00	231,42
20 franz. Franken „Napoleon"	182,00	231,42
100 österr. Kronen (Neuprägung)	949,00	1145,70
20 österr. Kronen (Neuprägung)	189,00	238,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	437,00	538,08
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

5. 11. 84	Frankfurt Devisen Geld	Frankfurt Devisen Brief	Wechs. Frankfurt Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York²)	2,9315	2,9395	2,9208	2,88	2,98
London¹)	3,690	3,710	3,650	3,63	3,78
Dublin¹)	3,075	3,085	3,036	3,70	3,91
Montreal²)	2,2371	2,2451	2,2170	2,18	2,28
Amsterd.	88,570	88,790	88,15	87,50	89,60
Zürich	121,400	121,600	121,23	119,75	122,50
Brüssel	4,937	4,957	4,885	4,79	4,99
Paris	32,500	32,660	32,145	31,71	33,50
Kopenh.	27,550	27,670	27,23	26,50	28,25
Oslo	34,150	34,250	33,63	33,25	35,00
Stockh.**)	34,625	34,785	34,21	33,75	35,50
Mailand²) **)	1,587	1,607	1,549	1,55	1,65
Wien	14,202	14,242	14,164	14,15	14,35
Madrid**)	1,767	1,777	1,745	1,66	1,78
Lissabon**)	1,815	1,835	1,73	1,55	2,35
Tokio	1,2125	1,2155	–	1,18	1,24
Helsinki	47,510	47,710	46,485	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,398	2,402	–	1,55	2,35
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,522	2,541	–	2,47	2,57
Johannesbg.*)	1,5915	1,6105	–	1,50	1,75

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar. 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Starke kommerzielle Nachfrage sorgte am 5. 11. im Fernen Osten für einen überraschenden Anstieg bis 2,9750, nachdem der amerikanische Markt am Freitag bei 2,9360 schloß. In Europa waren die Marktteilnehmer schwächer gestimmt, so daß der Kurs im Laufe des Vormittags wieder zurückfiel und die amtliche Notiz mit 2,9355 4,8 Promille unter Vortag zustande kam. Die Notenbank war nicht im Markt. Die Bereitschaft zum Eingehen von Pluspositionen war angesichts des Wahltages und der Erwartung weiter nachgebender Zinssätze in den USA äußerst gering. Der Portugiesische Escudo erlitt den größten Tagesverlust und fiel um 1,08 Prozent auf einen neuen historischen Tiefstand von 1,825. Das Englische Pfund und der Schweizer Franken gewannen 4,3 bzw. 2,6 Promille gegenüber der D-Mark. Der Japanische Yen gab um 3,3 Promille nach. US-Dollar in: Amsterdam 3,3050; Brüssel 59,32; Paris 9,0000; Mailand 1832,75; Wien 20,6530; Zürich 2,4160; Ir. Pfund/DM 3,082; Pfund/Dollar 1,2615; Pfund/DM 2,703.

Ostmarkkurs am 5. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Am Terminmarkt kam es zu Wochenbeginn zu einer leichten Erweiterung der Aufschläge für Dollar gegen D-Mark. Die Euro-Dollar-Depots lagen in der Spitze ¼ Prozent über dem Vorwochenkurs.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,05/0,95	3,07/2,97	6,03/5,85
Pfund/Dollar	0,04/0,02	pari/0,03	0,15/0,10
Pfund/DM	2,10/0,70	4,60/3,20	7,90/6,50
FF/DM	21/05	49/33	90/74

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5. 11.: Tagesgeld 5,5–5,8 Prozent; Monatsgeld 5,7–5,8 Prozent; Dreimonatsgeld 5,95–6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5. 11.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 5. 11.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,25 (6,37) – 7,75 (6,52) – 8,00 (6,91) – 8,50 (7,13); Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,25 (6,41) – 7,75 (6,74) – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,24) – 8,50 (7,42). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,35, 2 Jahre 6,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,4, Rendite 6,90.

Dr. jur. Dietmar Frormann

* 27. 2. 1909 † 1. 11. 1984

Richter a. D.
Oberleutnant d. Res.
Träger hoher Auszeichnungen

Mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, unser Bruder, Schwager und Onkel ist nach einem erfüllten Leben von seinem schweren Leiden erlöst worden.

In stiller Trauer

Charlotte Frormann geb. Just
Klaus-Peter und Annemarie Frormann
Sven und Andrea Frormann
Elisabeth Gerber geb. Frormann

Hamburg 52
Tönninger Weg 86

Trauerfeier am Freitag, dem 9. November 1984, um 11 Uhr in der Kapelle des Niendorfer Friedhofes, Rupertistraße.

Dr. Dietmar Frormann

1909 – 1984

Eine langjährige Freundschaft endete durch den Tod.

Sein guter Rat, verbunden mit steter Hilfsbereitschaft, ist für uns unersetzlich.

In dankbarer Erinnerung wird er bei uns bleiben.

Manfred Fuchs

Ganz plötzlich
verloren wir
den Mittelpunkt
unserer Familie

Dr. med. Horst Schröder

27. April 1913 – 2. November 1984

Charlotte Schröder geb. Piper
Dr. Carin Ehmann geb. Schröder
Dr. Jutta Nordmeyer geb. Schröder
Dr. Dr. Götz Ehmann
mit Meike, Falk, Anke
Dr. Johann Peter Nordmeyer
mit Sabine, Gesa, Simone

Hamburg 61
Bondenwald 21

Die Beisetzung hat im Familienkreis stattgefunden

Im Alter von 84 Jahren verstarb unser Mitgesellschafter und Altgeschäftsführer, Herr

Fabrikant

Joseph P. Hess

Der Verstorbene war 1923 einer der beiden Gründer unserer Firma, an deren Aufstieg zu einem bedeutenden Mittelunternehmen der Hebezeugwirtschaft schon in den dreißiger Jahren er hohen Anteil hatte.

Der Wiederaufbau und die Ausweitung des Unternehmens nach dem Krieg waren ohne seinen unermüdlichen Gestaltungswillen nicht denkbar.

Wir verdanken ihm hervorragende Ingenieurleistungen.

Seine prägende Kraft bleibt sichtbar und ist unvergessen.

Toussaint & Hess
Kommanditgesellschaft

Toussaint & Hess
Hydraulische Hebezeugfabrik G.m.b.H.

Düsseldorf, 1. November 1984

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros: Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43 44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 70 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Potpourri für den „gereiften" Schlagerfreund:

Show-Dürftigkeiten pur

Das ist ein Gentleman nach der fernsehenden Mehrheit Geschmack – ein adretter, unablässig freundlicher, nie über irgendwelche Stränge schlagender Sänger und Entertainer. Was er sagt und tut und singt, ist allemal leicht verdaulich und doch nicht mehr als die kaum noch zu unterbietenden Belanglosigkeiten, die sich beispielsweise mit Schlager-Namen wie Tanja Berg oder Jürgen Drews, mit Roy Black oder Jürgen Markus verbinden.

Und deshalb auch antworteten auf seine Frage: „Hätten Sie heut' Zeit für mich?" Abermillionen bundesdeutscher Zuschauer immer wieder freudig mit dem Einschaltknopf: „Ja, wir haben."

Und nun stellt sich dieser Herr mit dem taktvoll unterdrückten Drang nach Höherem mit einer ganz neuen Show vor, einer von zunächst fünf

Michael-Schanze-Show – ARD, 20.15 Uhr

geplanten Ausgaben der „Michael-Schanze-Show" mit „Musik, Ballett und Sketchen", wie es wegweisend im Untertitel heißt, einem Potpourri für den gereiften Schlager- und Unterhaltungsfreund. Das ist schön so und stellt ein treffliches Beispiel dar für den öffentlich-rechtlichen Auftrag, immer pädagogisch wirken zu sollen.

Das tun die deutschen Anstalten seit eh mit besonderer Inbrunst: Ohne kritischen Blick auf die Einschaltquoten ihr Programm so zu gestalten, daß es immer auch volksbildend wirkt – Fernsehen als Schule der Nation, Anstalt spielerischen Lernens.

So wird der deutsche Fern-Seher denn auch schon vom frühesten-Nachmittag an gleichsam an die Hand genommen, mit Operettenzauber und Wunschkonzert, mit Harald Juhnkes Frage: „Wie wär's heut' mit Revue?" und Hans Rosenthals „Musik macht Spaß". Da gibt es die ZDF/SWF-Kooperative namens „Musikdose"; da durfte Carolin Reiber mit Viertelstunden-Offerten gleichsam ans Unterbewußte des Betrachter-Zuhörers appellieren, dessen Reaktionsgeschwindigkeit nach anstrengendem Werktag ja nicht mehr die größte sein kann; da darf der saloppe Thomas Gottschalk „Na, sowas!" veranstalten und der Carlo von Tiedemann seine „Show & Co.mit Carlo"

Da fügt sich alles nahtlos an Dieter „Thomas" Hecks berühmte ZDF-„Hitparade" oder an so luzide Veranstaltungen wie „Laß das mal den Toni machen" mit Toni Marshall, jener Frohnatur, die vor nichts zurückschreckt. Musikprogramme wie „Formel 1" oder Bremens „Musikladen", „Ronny's Popshow" und „Dr. Mambos Musikjournal" nehmen sich dagegen aus wie Tummelwiesen für chaotische Minderjährige, für Rocker und Freaks – leidige Konzessionen an Minoritäten, ähnlich wie in den Bereichen Jazz und Klassik: Daür gibt es schließlich den bildlosen Rundfunk und die Möglichkeit, den Rest der großen Fernsehfamilie am Feierabend in Frieden zu lassen. Julia Migenes, Anneliese Rothenberger und Peter Hofmann, jene vom Olymp der Exklusivität heruntergekommenen E-Musik-Großformate, kontra Buddy Rich oder Gidon Kremer: Wer da wohl gewinnt?

Peter Hortons „Café in Takt" und Alfred Bioleks „Bei Bio", die eine bis vor kurzem, die andere noch immer, waren beziehungsweise sind ja auch Unterhaltungssendungen, die nicht gerade der musikinteressierten Mehrheit Rechnung tragen. Und Herr Horton, dieser Anspruchs-Quisling, muß das gewußt haben, als er sich zurückzog. Minderheiten gehören in Elfenbeintürme. Aber da gibt es kein deutsches Fernsehen. Pech für ihn, Glück für Michael Schanze und Co., für die Götzen einer Unterhaltungsindustrie, die, mal im Ernst, am Ende ihrer Weisheiten angelangt ist und nur noch so viel weiß, daß das Fernsehen noch allemal der beste Nachbrenner für den Höhenflug ihrer „Stars" ist. Man bedient sich gegenseitig, beide haben was davon; die Interessen gescheiter Minderheiten haben in dem Geschäft nichts verloren. Das war, hierzulande besonders, schon immer so, ganz speziell im Bereich der Musik.

Das Ausland weiß das und schickt aus eben diesem kühlen Grunde seine Stars und Sternchen stets gern hierher: Die Deutschen kaufen alles, heißt es dort.

Und dieses Kompliment darf sich mit der Schallplattenbranche das Fernsehen teilen: Wesentliches beizutragen für die Aufrechterhaltung gesunder internationaler Kulturbeziehungen. ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Zwangsarbeit als Rettung und Tod

Schon der Anfang war geschickt: Lea Rosh zeigte zwei Ausnahmen vom Prinzip „**Vernichtung durch Arbeit**", wie sie ihren vom SFB produzierten Film über „KZ-Häftlinge: Sklaven der Industrie" überschrieb. Als Industrielle, die sich für die Rettung von Juden engagiert hatten, erwähnte sie Berthold Beitz – während des Krieges für Ölfirmen in Polen tätig – sowie den Emaillefabrikanten Oskar Schindler, der rund 1300 Juden vor dem sicheren Gastod rettete, indem er den Schergen des Systems immer wieder jüdische Arbeitskräfte für seinen kriegswichtigen Betrieb abluchste. Israel vergalt ihm dies später: Während einer Firmenkrise wurde Geld für ihn gesammelt, schließlich ein Baum zu seinen Ehren in der Allee der Gerechten gepflanzt.

Dies hat es also – entgegen der Aussage des Ausschwitz-Kommandanten Rudolf Höss, welche die Autorin allzu oft als sichere historische Quelle wertete – im Prinzip gegeben: Unternehmer und leitende Angestellte, die Juden und andere Verfolgte durch Arbeitseinsatz vor Auschwitz bewahrten. Aber blieb dies bloß – wie Lea Rosch meint – auf Beitz und Schindler beschränkt? Dies erscheint sehr anfechtbar. Es gibt Filme und Dokumente, die weiteres Mit-Leiden und Helfen bezeugen.

Dennoch, schwerer wiegt die andere Seite: Industrielle und Techniker, die mit den Todeskommandos der SS zusammenarbeiteten und sich – aus welcher Kurzsichtigkeit oder Gleichgültigkeit heraus auch immer – in ihr Programm einspannen ließen. Lea Rosh hat mit zahlreichen Überlebenden der Zwangsarbeitslager gesprochen. Erschütternd sind ihre Zeugnisse, die nicht nur Wirtschaftsführer, sondern auch zahlreiche Meister schwer belasten. Was ist aus diesen arrivierten Arbeitern, welche KZ-Häftlinge oft grausam behandelten, später wohl geworden? Einige der verstrickten Firmen zahlten nach dem Krieg Entschädigungen – so Krupp 10 Millionen Mark. Andere weigerten sich.

Lea Rosh hatte gewiß für ihren Film sehr genau und sehr gründlich gearbeitet. Trotz mancher Einseitigkeiten – ihr Beitrag bot einen Anstoß zur Besinnung und zur Gewissenserforschung. GISELHER SCHMIDT

Motive einer Casanova-Seele

Da soll noch einer sagen, den Krimi-Autoren des Deutschen Fernsehens fielen keine erstaunlichen Pointen mehr ein! Setzen sich da in dem „Tatort" „Geburtstagsgrüße" (ARD) doch gewiefte Polizisten mehrere Wochen und Millionen Zuschauer eineinhalb Stunden lang an die Fersen eines einzigen Verdächtigen, weil sich beim besten Willen kein anderes Tatmotiv als seines finden läßt: Rache. Und was kommt am Ende an die Sonne? Das menschlichste Motiv von allen – Eifersucht. Aber natürlich hat das keiner ahnen können, denn der junge Polizeibeamte, von Paketbomben und heimtückischen Gewehrschüssen bedroht, hat ein Geheimnis bis zum Schluß streng in seiner Casanova-Seele verwahrt: Die Kirschen in Nachbars Garten. Erst gegen Schluß der Story hat sie der Autor – im Hokuspokus-Verfahren – aus dem Zylinder gezaubert. Da ist es dann gewiß nicht ganz unlogisch, wenn der betrogene Gatte der Nachbarin unfein auf den Plan tritt. Weniger logisch aber mutet an, daß er gleich ein Sprengstoffpaket in sein eigenes Haus schickt, in die Wohnung nebenan, Wand an Wand neben der eigenen. Aber was tut ein Fernsehautor wie Herbert Lichtenfeld nicht alles für eine raffinierte Idee, mit der er sein Publikum am Ende wieder einmal hereinlegt.

Immerhin hat er es zuvor auch ein wenig unterhalten, hat zeitweise Schwung und Spannung durch das geschickt komponierte Drama ziehen lassen – was in der deutschen Fernseh-Krimi-Landschaft gar nicht so selbstverständlich ist. Die Spannung freilich kam nur wellenartig, und nach den jeweiligen Höhepunkten durfte der Zuschauer wieder eine Zeitlang gähnen. Abwechslung à la ARD. Denn das ist alte „Tatort"-Tradition: Spannung gehört ganz gehörig gebremst – mit überlang ausgewalzten Szenen, viel oberlehrerhaftem Wortbrei und wenig Action. Wie wär's deshalb, wenn die Programmchefs der ARD hier auch einmal mit der großen Schere kämen und die Sendezeit der diversen Krimi-Reihen um etliche Film-Meter oder gar eine ganze halbe Stunde beschnitten? Weniger wäre jedenfalls, wie so oft im Leben und in der (Unterhaltungs-) Kunst ganz besonders, ganz einfach – mehr! MARIUS PERMANN





III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Im Zeichen des Zorro
11.35 Eheheirat geboten
12.10 Ballade vom kleinen Soldaten
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauenberufe
Sie lieben ihren Beruf, obwohl er anstrengend, schlecht bezahlt und krisenanfällig wie kaum ein anderer ist: die Schneiderinnen.
16.55 Spaß am Dienstag
17.45 So sind Kinder
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Michael-Schanze-Show
Entertainer Michael Schanze wird in dieser Show seine Fähigkeiten als Sänger, Pianist, Kabarettist und Talkmaster ebenso lächelnd präsentieren wie den singenden Weltstar Julia Migenes, die Rock-Röhre Heike Kieslich und die temperamentvolle Tanzformation Wall Street Crash.
21.00 Report
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
Cliff Barnes wird nervös. Die Ölbohrungen vor der Küste sind bisher erfolglos geblieben, darum versucht er, sie mit aller Gewalt voranzutreiben. Er ahnt nicht, daß es ganz im Sinnes seines Erzfeindes J. R. ist, als er den Bankier Vaughn Leland bestürmt, ihm schnellstens weitere Gelder zu beschaffen.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Hansjürgen Rosenbauer beschäftigt sich in der heutigen Ausgabe seines Kulturmagazins mit der Odin-Theatergruppe, die in diesen Tagen ihr 20jähriges Bestehen feiert, mit einem spektakulären Musikvideo der Rolling Stones und mit der Wiener Kulturszene.
23.45 Kurzmeldungen
Amerika nach der Wahl
Anschl. Die Krimistunde
Geschichten für Kenner
0.20 Reagan oder Mondale?
Moderation: Gerd Ruge
0.50 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
Fit durch den Winter
16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Heiße Wickel – kalte Güsse
Kneippiaden von Georg Lohmeier
Die schwarze Liste
19.00 heute
19.30 Das Tor zum Glück
Film von Michael Verhoeven
Günther Theil ist Fußballprofi bei Frankonia Würzburg 06, ein Mann, dem die Massen zujubeln. Obwohl er damit das Ziel seiner Träume erreicht zu haben scheint, entfernt er sich immer mehr von seinem Glück.
21.15 WISO
Moderation: Friedheim Ost
Gold gilt gemeinhin als sichere Geldanlage, so werben Banken, Sparkassen und Handel seit Jahren mit einem riesengroßen Angebot an Goldprodukten. Doch wie lukrativ sind solche Investitionen?
21.45 heute-journal
mit Berichten zur US-Wahl '84
22.15 Al Kruger
Fernsehspiel von Volker und Boris Vogeler
Nach vielen Jahrzehnten in Amerika kehrt Albert Krüger in seine kleine Heimatstadt an die Elbe zurück. Dort heftet sich bald der junge Journalist Boris Meyer an seine Fersen, denn er ist fest davon überzeugt, daß Krüger ein gefürchteter Gangsterboß war, und wittert eine heiße Story ...
23.25 heute
23.30 Zwei Ladies im Wilden Westen
Amerikanischer Spielfilm (1978)
0.40 US-Wahl '84



Die Gruppe Wall Street Crash in der Michael-Schanze-Show – ARD, 20.15 Uhr
FOTO: KPA

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Der Campus von Notre Dame
20.45 Rückblende
Vor 100 Jahren gestorben: Alfred E. Brehm – das Tierleben
21.00 Formel Eins
21.45 Die japanische Herausforderung – wie haben wir darauf reagiert?
22.15 Deutscher Alltag
23.00 Waffen für Pretoria
Dokumentation
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Rockpalast
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
21.15 Task Force Police
22.05 Wir wollten da wieder anfangen, wo wir '33 hatten aufhören müssen ...
Die Geschichte des Berliner Psychoanalytischen Instituts
23.00 Sternenhimmel im November
23.15 Schach-WM
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.00 Pan Tau
19.00 Formel Eins
19.45 Praktische Tips
Nicht reden – handeln
20.00 Tatort: Der King
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Siegfried Unseld – Verleger
im Gespräch mit Marcel Reich-Ranicki
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.40 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Schönheit steckt an
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der wahnsinnige Zauberkünstler
22.25 Science Report
22.40 Nachrichten

BAYERN
18.15 Familienjournal
18.45 Rundschau
19.00 Schatten der Vergangenheit
Französischer Spielfilm (1946)
Mit Louis Jouvet, Gaby Morlay u. a.
Regie: Christian-Jaque
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau

Ein Korb für Korb 3

J. G. G. – Eine breite Straße führt von Warschau gen Westen. An ihr muß jeder Liebhaber des Korbes 3 der Schlußakte von Helsinki, in dem von allen Teilnehmern der KSZE-Konferenz die Freizügigkeit der Meinungen und Informationen festgeschrieben wurde, seine Freude haben. Denn auf dieser Straße kommen vielfältige Informationen aus Polen in die Bundesrepublik.

Da gibt es beispielsweise die populärwissenschaftlich-kulturellen Zeitschriften „Polen" und „Radar", die an vielen Zeitungskiosken in der Bundesrepublik zu kaufen sind. Und es gibt 23 deutsch-polnische, von der Warschauer Regierung bediente Gesellschaften, die die polnische Kultur und die polnische Politik popularisieren.

In Polen existieren auch acht Institute, die sich mit der Bundesrepublik befassen. Aber sie produzieren nur Herrschaftswissen, das dem normalen Polen nicht zugänglich ist. Wenn man die schöne breite Straße von Warschau gen Westen aufmerksam betrachtet, fällt sofort auf, daß es eine Einbahnstraße ist. Informationen aus der Bundesrepublik und über sie dürfen sie nicht benutzen.

Seit Jahren bemüht sich beispielsweise die Bundesregierung, eine Zeitschrift über Deutschland in Polen herauszugeben, so wie es Warschau mit der Zeitschrift „Polen" nun schon seit Jahrzehnten macht. Aber das wird nicht erlaubt. Auch die Auftritte deutscher Künstler, die Übersetzungen von Literatur aus der Bundesrepublik, die Ausstellungen von Künstlern aus Berlin, Hamburg oder München in Polen stehen in einem groben Mißverhältnis zu den Büchern, Bühnen und Bildwerken, die gen Westen streben – und den Westen auch erreichen. Wenn das kein Zufall ist! Oder haben da die Genossen aus Ost-Berlin ihre Hand im Spiel?

75 Jahre Naturhistorisches Museum in Mainz

Die Elefanten am Rhein

Kaum ein naturwissenschaftliches Museum in der Welt besitzt mehr Fährten von prähistorischen Sauriern und Insekten aus der Rotliegendzeit vor etwa 280 Millionen Jahren als das Naturhistorische Museum der Stadt Mainz. Mit mehr als 25 000 Funden aus den Mosbacher Sanden bei Mainz-Amöneburg (Stadtkreis Wiesbaden) verfügt es vermutlich auch über die größte Sammlung eiszeitlicher Tiere aus dem Rhein-Main-Gebiet, wie Steppenelefant, Löwe und Säbelzahnkatze.

Die Sammlungen, die teilweise im ehemaligen Benediktinerinnenkloster St. Klara untergebracht sind, gehen auf das Jahr 1834 zurück. Damals wurde die Rheinische Naturforschende Gesellschaft gegründet und gleichzeitig eine Sammlung naturhistorischer Objekte begonnen, welche die Mainzer Bürger bilden und erbauen sollte. Zum Wappentier wählte man das „Schreckenstier" Dinotherium giganteum, von dem 1835 bei Eppelsheim in Rheinhessen ein fossiler Oberschädel entdeckt worden war.

Das Naturhistorische Museum selbst ist genau halb so alt (75 Jahre) wie die Rheinische Naturforschende Gesellschaft. Grund genug, jetzt das Doppeljubiläum zu feiern, mit einer Festwoche, die heute beginnt und bis 10. November dauert. Bekannt wurde das Museum in den 20er Jahren durch bedeutende Fossilfunde bei Nierstein am Rhein (es handelte sich um die Insekten- und Saurierspuren) und bei Wallertheim (Funde an einer eiszeitlichen Jägerraststelle). Damals bestand auch schon eine zoologische Abteilung. Deren besonderer Stolz ist heute die dreiköpfige Quagga-Familie (vgl. WELT v. 29. 8.).

In den nächsten Monaten soll die paläontologische Schausammlung bereichert werden. Dazu gehört eine Entwicklungsgeschichte der Nashörner, deren Glanzstück das komplette Skelett eines hornlosen Nashorns von Budenheim bei Mainz und ein eiszeitliches Wollnashorn sein werden. Das Budenheimer Nashorn lebte vor mehr als 20 Millionen Jahren am Ufer von Seen im Mainzer Becken, das Wollnashorn weidete vor mehr als 80 000 Jahren im Tal der Emscher bei Bottrop. Außerdem soll eine neue Abteilung aufgebaut werden, die die Entwicklung des Menschen darstellt.

DORIS BAUMBAUER

Eine spartanische Arbeitsbühne – Bremen eröffnet sein neues Schauspielhaus mit Carl Sternheim

Viel Sehnsucht im Grau des Alltags

Bremen hat ein neues Schauspielhaus. Nüchtern. Kühl. Sachlich. Ein paar Stahlträger als Portal. Versteckt in einem Hinterhof, zwischen Gewerbebetrieben und Werkstätten. Das Dekor ohne Glanz und Glorie. Graue Backsteine im Zuschauerraum. Die Decke ähnelt einem Industriebetrieb. Die schwarzgepolsterten Stahlrohrsessel betonen die Arbeitsatmosphäre. Die Bühne liegt an der Breitseite des Hauses, läßt Publikum und Aufführung gleichwertig erscheinen. Hier will sich niemand zur Schau stellen. Das Bühnenereignis ist allemal das wichtigste.

Acht Millionen Mark hat das Haus gekostet. Ein Preis, der geradezu sensationell niedrig ist, wenn man bedenkt, daß allein die pure Restaurierung des Stuttgarter Opernhauses rund zwölf Millionen verschlungen hat. Und auch die Bauzeit ist ungewöhnlich: zwei Jahre von der Planung bis zur Fertigstellung. Ebenso ungewöhnlich die Finanzierung: Eine halbstaatliche Stiftung bezahlte den ganzen Bau aus Gewinnen der Bremer Spielbank, unkonventionell, unbürokratisch und rasch entschlossen.

Das war sicher nicht ganz freiwillig. Der Fast-Exodus des traditionsreichen Bremer Schauspiels liegt kaum drei Jahre zurück. Und auch wenn Bremens Kultursenator Franke das heute nicht mehr wahrhaben will: Dem Bremer Schauspiel drohte sehr wohl die Schließung. Erst als dem Senat durch einen beinahe gesamtdeutschen Protest klargemacht wurde, daß er da auf einen Kulturskandal erster Güte zusteuerte, entschloß man sich umzudenken. Der Erfolg: Bremens Schauspiel verfügt heute über eine geradezu ideale Kombination von Spielstätten – den früheren Kinosaal „Concordia" als Werkstatt, das neue Haus mit 400 Sitzplätzen als großes Kammerspiel und für einige große Produktionen das „Theater am Goetheplatz", wo ansonsten die Oper residiert.

Auch nach innen zeichnet sich eine Konsolidierung ab. Der noch bis 1985 amtierende Generalintendant Arno Wüstenhöfer holte sich den Lietzau-Schüler Günter Krämer als Schauspielchef. Krämer wird auch über Wüstenhöfers Amtszeit hinaus mit besonderen Vollmachten an der Weser bleiben. Er hat sich ein Ensemble zusammengestellt, das diesen Namen wieder verdient: keine Stars, aber begeisterungsfähige, talentierte Kräfte, die er sorgfältig aufbauen will. Ein Satz Günter Krämers verdient besondere Beachtung: „Bevor ich bedenkenlos wieder Gastregisseure nach Bremen verpflichte, will ich ein Ensemble mit Selbstbewußtsein und dezidiertem künstlerischen Willen schaffen, das man nicht bedingungslos handhaben kann."



Zur Zeremonie geronnen: Christiane Müller als Luise und Alexander Grill als Theobald Maske in der Bremer Aufführung von Sternheims „Hose" FOTO: KLAUS LEFEEVRE

Diesem Ziel dient auch sein Spielplan, der in der ersten Saison gezielt der deutschen Situation gewidmet ist. Vom Beginn des Jahrhunderts bis zur Gegenwart reicht das Repertoire, von Carl Sternheim bis Friederike Roth. Erst danach will Krämer sich auch der Klassik zuwenden. Dann sei das Ensemble so weit geformt, auch sprachlich und dramaturgisch anspruchsvollere Projekte leisten zu können. Krämer setzte es schon durch, daß bei der Eröffnungsfeier kein Streichorchester feierliche Festtagsstimmung verbreitete. Er ließ statt dessen Becketts „Katastrophe" spielen – ein Stück über die Gefährdung von Kunst und durch Kunst.

Die Arbeit hatte schon am Vortag begonnen. Die dreiteilige Eröffnungspremiere mit Stücken aus Sternheims „Bürgerlichem Heldenleben" startete in der Werkstatt „Concordia". Auch das nicht zufällig: Der Aufstieg der Familie Maske aus spießigem Kleinbürgertum über die Selbstverleugnung des Aufsteigers bis zur opernhaften Glorie vor der Katastrophe wurde den Spielstätten angepaßt. „Die Hose" gab's in der Werkstatt, den „Snob" im neuen Schauspielhaus, „1913" schließlich in der Oper.

„Die Hose" hatte Krämer seinem langjährigen Mitarbeiter Torsten Fischer anvertraut. Die Geschichte der lebenshungrigen, aber von ihrem maschinenhaft funktionierenden Beamtengatten ins blutleere Schema der Spießermoral gepreßten Frau Maske, die auf der Straße die Unterhose verliert und dadurch zu mehreren Untermietern kommt, hat Fischer zu einer Art parabelhafter Zeremonie verfestigt. Die kargen Wände sind schräg gestellt (Bühnenbild: Andreas Reinhard), sie signalisieren sofort Künstlichkeit.

Und so zelebriert man auch eher die Rollen, als daß man sie spielte. Theobald Maske (Alexander Grill) brüllt sich regelrecht in seine Empörung über des Weibes Mißgeschick hinein. Luise Maske (Christiane Müller) ist ein Stück zuckendes Leben unter dem Korsett einer Männerwelt, die sich ein Leben bloß einredet, wie Untermieter Scarron (Herbert Knaup), oder deren Vitalität am Rande des Pathologischen taumelt, wie bei Untermieter Mandelstam (Bernd Blasen).

Die alles verleugnende Künstlichkeit führt Günter Krämer in seiner „Snob"-Inszenierung noch einen Schritt weiter. Sohn Christian Maske, zu Geld gekommen, verkauft Geliebte und Eltern um der Karriere und seiner adligen Eheschließung willen. Aber – und darauf kommt es dem Regisseur an – dieser Christian Maske (Fritz Lichtenhahn) stülpt sich auch eine Kulissenwelt über, deren Schönheit die innere Entfremdung vollendet.

Für die tragische Paradoxie – der soziale Gewinn wird zum humanen Verlust – findet Krämer treffende Bilder. Wenn etwa Vater Theobald (Heinz Schubert) mit Sohn Christian die „Überlegenheit" der Emporkömmlinge in einem graziösen Tänzchen feiert, dann wird die Tragik ironisch makaber: Der Mensch freut sich über seine Entmenschlichung.

Und schließlich „1913": erdrückender Prunk, roter Marmor, roter Plüsch, gülden umrankt. Eine Treppe ins Transzendentale. Wagner und Schumann. Die dritte Generation: hilflos, skrupellos, verblendet, die Inkarnation des Klischees. Christian Maske gewinnt da fast noch einsame Größe. Die Selbstverwirklichung durch Selbstverleugnung: Das führt in die Katastrophe.

Auch wenn Krämer zur Überdeutlichkeit neigt – für den Bremer Neubeginn und für die Eröffnungs-Trilogie gilt der Sternheim-Satz, daß im Grau der Häuslichkeit viel Sehnsucht am Fenster hängt.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Verläßt Kurt Horres die Hamburger Oper?

Bth. Hamburg

Kurt Horres, erst seit dieser Spielzeit Intendant der Hamburgischen Staatsoper, gilt als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge von Grischa Barfuß an der Deutschen Oper am Rhein (Düsseldorf/Duisburg). Horres könnte unter diesen Umständen seinen Hamburger Fünf-Jahres-Vertrag voll erfüllen. Eine Verlängerung ist offenbar weder von Horres noch vom Senat der Hansestadt gewünscht. Die Kulturbehörde hat Kontakte mit dem Dirigenten Horst Stein und dem Gelsenkirchener Intendanten Claus Leininger für die Horres-Nachfolge aufgenommen. Leininger ist freilich auch als Intendant des Staatstheaters Wiesbaden im Gespräch.

Faulkners Film-Drehbuch über Charles de Gaulle

AFP, New York

Das Original-Drehbuch für einen Film über General Charles de Gaulle, das William Faulkner 1942 verfaßt hat und das im vergangenen Jahr wiederaufgetaucht ist, wird im Dezember in den USA in dem Buch „The de Gaulle Story" von den Faulkner-Experten Louis Daniel Brodsky und Robert Hamblin erstmals in voller Länge veröffentlicht. Faulkner hatte das Drehbuch im Auftrag der Warner Brothers geschrieben. Der Film, der nie gedreht wurde, war auf Wunsch des amerikanischen Präsidenten Franklin Roosevelt geplant worden, der damit den französischen Widerstandskämpfer und späteren Staatschef de Gaulle beim amerikanischen Publikum ins rechte Licht rücken wollte.

Exil-Literaturpreis für Slawomir Mrozek

J. G. G. London

Der „Polnische Schriftstellerverband in der Fremde" (London), die Dachorganisation polnischer Schriftsteller im westlichen Exil, der auch Mitglieder im Mutterland hat, hat Slawomir Mrozek für sein Gesamtschaffen den Jahrespreis 1984 verliehen. Zum „Buch des Jahres" kreierte er die historisch-philosophische Essay-Sammlung „Das Taschentuch des Imperators" des 41jährigen Neu-Emigranten Wojciech Karpinski. Karpinski war schon 1970 wegen seiner literarisch-oppositionellen Tätigkeit in Schwierigkeiten geraten, und man machte ihm in Krakau den Prozeß.

Amerikaner und Deutscher erhalten Koch-Preis

dpa, Bonn

Der Robert-Koch-Preis (80 000 Mark), den die Robert-Koch-Stiftung jährlich für hervorragende Arbeiten auf dem Gebiet der Grundlagenforschung der Infektionskrankheiten und anderer Volkskrankheiten verleiht, ist in diesem Jahr Prof. Walter Doerfler (Universität Köln) und Prof. Stuart F. Schlossman (Harvard University Boston) zu gleichen Teilen zuerkannt worden. Mit der Auszeichnung sollten die Beiträge beider Preisträger zur Erforschung des „vielleicht wichtigsten biologischen Problems, der Steuerung von Lebensprozessen", gewürdigt werden, wie der Vorsitzende des Beirats der Stiftung, Prof. Otto Westphal, in seiner Laudatio in Bonn betonte.

Pontus Hulten Leiter des Palazzo Grassi

DW. Venedig

Der Ende letzten Jahres von der Fiat-Gruppe erworbene Palazzo Grassi in Venedig steht seit Anfang November unter neuer Leitung. Dem Schweden Pontus Hulten (60) wurde die künstlerische Leitung des Instituts übertragen. Hulten, ein Experte für moderne Kunst, war mehrere Jahre im Pariser Centre Pompidou tätig; eine seiner letzten Stationen war Los Angeles, wo er das Museum of Contemporary Art gründete. Der im 18. Jahrhundert erbaute Palazzo Grassi war zuletzt als Museum und Kongreßzentrum genutzt worden. Im Auftrag von Fiat wird noch in diesem Monat mit umfangreichen Restaurierungsarbeiten begonnen. Diese betreffen vor allem das seit zehn Jahren der Öffentlichkeit nicht mehr zugängliche Theater des Palazzo und einige Kongreßsäle.

Ljubimow inszeniert „Matthäuspassion"

Reg. Mailand

Zu den Höhepunkten des kommenden Bach-Jahres gehört die szenische Realisation seiner „Matthäuspassion", die Juri Ljubimow für Juni 1985 an der Mailänder Scala erarbeitet. Ebenfalls für diese Spielzeit kündigt die Scala eine Reihe vielversprechender Vorhaben an: so eine „Zauberflöte" unter Wolfgang Sawallisch (mit Rudolf Noelte als Regisseur), eine „Turandot" mit Lorin Maazel und Franco Zeffirelli, einen „Macbeth" mit Claudio Abbado und Giorgio Strehler sowie einen „Orfeo" von Luigi Rossi, den Luca Ronconi inszenieren wird.

Hamburgische Staatsoper: Triumph mit John Crankos „Onegin"-Ballett

Tanzwunder der genialen Einfachheit

John Crankos „Onegin", vor nunmehr neunzehn Jahren in Stuttgart uraufgeführt, ist ein Tanzwunder der künstlerischen Direktheit und Einfachheit. Das hat seine Choreographie zur klassischen werden lassen. Aber im Grunde war sie klassisch seit je und von Anbeginn an. Erst jetzt aber, da die Hamburgische Staatsoper Crankos Ballett einstudiert hat, wird diese heimliche Klassizität ganz deutlich. Zwei Tage zuvor hatte auch das Stuttgarter Ballett eine Neueinstudierung dieses „Onegin" vorgestellt, um mit ihm sein wiedererstrahltes Großes Haus in Besitz zu nehmen.

Das Geheimnis der Cranko-Ballette ist ihr ungezwungener, unverkünstelter Vortrag: ihr Erzähltalent, das auf die einfachste Weise auch noch das Komplizierteste zu sagen vermag. Cranko psychologisiert nie. Jeder Charakter tanzt die ihm eigenen, angeborenen Schritte, und diese Schritte verzahnen sich zwangsläufig zur Tragödie oder Komödie.

Crankos Tanzromane bedienen sich dabei nicht simpler Schrittprosa. Sie sind sozusagen choreographisch versifiziert. Das gibt ihnen Haltung, Stil, Hoheit. Sie wirken auf ihre schlichte Art komprimiert und bei aller Zartheit stahlhart. Dabei stehen ihre Tanzverläufe jeder interpretatorischen Nuance offen. Crankos „Onegin" ist ein anspruchsvolles Ballett für große Tänzer und ein breites Publikum immer zugleich.

Die Schwachstelle ist nach wie vor seine Musik. Kurt-Heinz Stolze hat sie hinter dem Rücken Tschaikowskys zusammengesucht, arrangiert und instrumentiert. Sein Geschick in allen Ehren – aber Tschaikowsky wußte sehr wohl, warum er diesem oder jenem Stück eigenhändig keinen instrumentatorischen Nachdruck verlieh. Kurt-Pjotr Stolzkowsky, der Deutsch-Russe, glaubt es besser zu wissen, aber er hält mit den originalen Ballettmusiken Tschaikowskys natürlich schlecht Schritt.

Dem Tanz jedoch kommt er auf seine dienstwillige Art dennoch zu Hilfe: ein komponierender Steigbügelhalter, der das Ballett pflichtfingrig in den Tanzsattel hebt. In diesem Dienstleistungsgeschäft zeigte sich auch das Philharmonische Staatsorchester wohlerfahren. Es spielte unter Peter Ernst Lassen pfleglich und mit Distinktion.

„Onegin" ist ein Ballett der fünf hervorstechenden Rollen, nach denen sich jede Tänzerin, jeder Tänzer die Finger schleckt. Sie in Jürgen Roses prangenden Dekorationen, seinen eleganten Kostümen tanzen zu dürfen ist eine nicht zu unterschätzende Herausforderung der Gestaltungskraft.

Cranko verlangt persönlichkeitsstarke Tänzer. Mit tänzerischem Posieren, mit Ballettgewiesel ist es bei ihm nicht getan. Seine Choreographie neutralisiert nicht das Geschehen, sie reizt es dramatisch voll aus. Dabei ist Crankos Menschenliebe der stärkste Motor seiner choreographischen Einfälle.

Es verwundert nachgerade, daß man anderenorts gern unter Ächzen, Stöhnen und Kopfzerbrechen Ballett macht (ohne bei aller Anstrengung nachhaltig zu reüssieren), wo doch – wie Cranko im natürlichen Fluß seiner choreographischen Erfindungen zeigt – im Grunde alles ganz einfach ist. Es ist allerdings die Einfachheit des Genies.

Sie fällt dem Hamburger Ballett nicht gerade in den Schoß. Es muß sich schon strecken, dem lebhaften Geist Crankos, von den beiden Ballett-Restauratoren Reid Anderson und Georgette Tsinguirides beschworen, nahezukommen. Crankos „Onegin" ist ein Appell an Einfühlungskraft, Tanztechnik und interpretatorische Phantasie. Wie allzu neue Kleider haben sich die Hamburger Solisten ihre Rollen einstweilen noch nicht hautnah zurechtgeschüttelt. Das wird noch kommen.

Lynne Charles als Tatjana ist die Sensibilität in Person, die auf den Höhepunkten ihren Tanz hoheitsvoll zu entfalten weiß. François Klaus gibt hinter der abweisenden Dandy-Schale den Onegin-Kern süßbitter zu kosten. Chantal Lefèvre verfügt über junges, tänzerisches Jauchzen, Dinko Bogdanic über die Verzweiflungen der Eifersucht. Eduardo Bertini besitzt Generalshoheit und Tanzzuversicht. Vereint ertanzten sie Crankos „Onegin" einen Riesenerfolg.

KLAUS GEITEL

Nun geht der Daumen endgültig nach unten: Straußens „Der Park" in Berlin

Fünf Stunden Kahlschlag der Gefühle

Der Rezensent überfordert und ermattet, das Publikum rätselnd, ebenfalls nach fünf langen Spielstunden ausgepumpt und ratlos, nur partiell erheitert oder aufgeklärt: Die lange erwartete, verspätete „Uraufführung" des neuen Sommernachtstraums von Botho Strauß unter der Regie von Peter Stein klappt in Berlin melancholisch den Aufführungen in Freiburg und München nach. Theaterglück wird in den Hallen der Berliner Schaubühne am Lehniner Platz nur geringfügig gewonnen.

Manches, sicher, ist wieder theatralisch imponierend. Es gibt wunderbare Bilderfindungen des grandiosen Szenenbildners Karl-Ernst Herrmann. Ein paar Schauspielerleistungen faszinieren punktuell. Im ganzen jedoch – es muß klar festgehalten werden – war es ein Fehlschlag, ein fünf Stunden währender Kahlschlag der Gefühle. Fazit: Unsere Welt ist grundbeschissen. Wir sind alles Verlorene.

Dabei ist Botho Straußens Grundidee für sein modernes Pandämonium der Triebe und Gefühle doch eher genialisch. Er setzt Shakespeares „Sommernachtstraum" fort. Er versetzt Oberon und Titania in einen großstädtisch vergammelten, tristen Park. Sie hocken jetzt in einem verdreckten Gebüsch. Die Nachtigallen singen längst nicht mehr.

Puck, einstens doch ein lieblich rasender Götterbote und lustiger Spielmacher, ist nunmehr ein schwuler, fieser Antiquitätenhändler. Er stellt einem schönen Neger nach. Seine Naturkraft ist dahin. Walter Schmidinger spielt ihn mit gebührender Entsetzlichkeit.

Die Liebespaare jetzt: Vollends ausgehöhlt in ihren Gefühlen. Sie wohnen in schrecklichen Wohnmaschinen am Parkesrand, ergehen sich in modernem Sprachjargon und können gar nicht mehr zur alten Sache kommen. Die Unschuld ist total aus unserer Zeit vertrieben. Punk-Gruppen stampfen und grölen durch die alte Natur. Der einstige Zauber wirkt nicht mehr. Unsere Welt von heute (wie sie Strauß mit einigem Ekel sieht) ist ausgehöhlt, verkommen zu einem großen Wegwerfprodukt. Shakespeares Geist und Zauber – sie könnten hier gar nicht mehr atmen oder wohnen.

Das lange, ermattende Stück ist teils mit nur schwer erkenntlichen Bildungsbezügen vollgeschrieben, teils ist es in seiner wohlgefällig tristen Moral naheliegend und platt. Die Handlung hüpft von Bühnensketch zu oft wiederum plattem Bühnensketch. Über fünf zumeist qualvoll mühsame Stunden wird uns der trübselige Umstand unserer heutigen Heruntergekommenheit aufs Auge gedrückt. Den hat man uns ja schon so oft erläutert. Den kennen wir. Strauß haut in alte, schmerzhafte Kerben. Dabei wissen wir doch längst Bescheid.

Die Berliner Aufführung wälzt sich immer wieder in pompösen Nichtigkeiten. Jutta Lampe und Bruno Ganz ergehen sich in schönen, oft reizvollen, dann wieder billigen Salbadereien. Der Humor ist dieser Titania und ihrem Oberon vollends vergangen. Die sinistren Späße können auch nicht von den anderen (Libgart Schwarz, Peter Simonischek, Martina Krauel und Roland Schäfer) erspielt werden. Ihr gepflegtes Geseire interessiert nur immer punktweise. Man hört gern Corinna Kirchhoff zu, die ein schier rasend trauriges Mädchen von heute wirklich ergreifend figuriert.

Die anderen alle hangeln an ihrem tiefsinnig unergiebigen Text entlang. Gegenwart, wie doch vom Autor intendiert, wird gar nicht gefaßt. Spaß kommt ohnehin nicht auf. Ein langwieriger Zermürbungsprozeß wird dargeboten. Die Bilderwucht, um die sich Botho Strauß und Peter Stein doch so kunstvoll wie bildungsverkrampft mühen, verpufft je länger, um so deutlicher. Selten sah man das treue Schaubühnen-Publikum am Lehniner Platz derart enttäuscht und ermattet.

Eine große und geistvolle Grundidee ward verzettelt und vertan. Botho Straußens Anleihe bei Shakespeare wollte einem schließlich nur noch unangemessen trübe erscheinen. Selbstverständlich wurde Beifall gespendet. Aber eher ein solcher, der aus der Erschöpfung kam und einer verwirrten Ermüdung.

FRIEDRICH LUFT



„Mit der Heimat treibt man keine Späße": Szene aus dem Film „Der Glockenkäufer" über die Siebenbürger Sachsen FOTO: DIE WELT

Ein Film über die Siebenbürger Sachsen sucht sein Publikum: „Der Glockenkäufer" von Frieder Schuller

Wenn Kirchenburgen auf der Preisliste stehen

Ein Film liegt auf Halde. Er war bei den Hamburger Filmtagen zu sehen. Dann gab es eine bescheidene Premiere in Bonn. Aber seitdem herrscht eine seltsame Stille. Ob das Bundesinnenministerium ihn für den Einsatz in Schulen und in Stätten der Erwachsenenbildung kaufen wird, ist ein so schwieriger Entscheidungsvorgang, daß er sich nun schon Monate hinzieht. Ein kommerzieller Verleih hat sich noch nicht gefunden, und von den Fernsehanstalten zeigt sich bisher nur der Bayerische Rundfunk geneigt. Ist es also ein schlechter Film?

Ganz und gar nicht. „Der Glockenkäufer" von Frieder Schuller ist ein Heimatfilm im besten Sinne. Der aus Hermannstadt in Rumänien stammende Schriftsteller und Regisseur erzählt eine sehr einfache Geschichte. Ein Geschäftsmann (gespielt von „Tatort"-Kommissar Werner Schumacher), der vor vierzig Jahren seine siebenbürgische Heimat verließ, kommt auf die Idee, die Glocken der verwaisten heimischen Kirchenburgen aufzukaufen, um sie im Westen als Antiquitäten anzubieten. In dem Dorf Waldhütten findet er jedoch nicht nur das leere Haus seiner Jugend wieder, er lernt auch, während er noch eifrig die Glocken katalogisiert und vermißt, daß die Heimat nicht käuflich und verkäuflich ist.

„Mit der Heimat treibt man keine Späße", sagt ihm der Pfarrer nicht ohne Bitterkeit. „Sie sollten doch wissen, Glocken sind dazu da, die Lebenden zu feiern und die Toten zu beklagen – obwohl, bei uns ist das umgekehrt. Unsere Glocken beklagen die Lebenden und feiern die Verstorbenen." Dieser Ton der Resignation durchzieht den ganzen Film, obgleich er „in Form einer Dienstleistung von der Romania-Film Bukarest" hergestellt wurde. In der Praxis heißt das, daß sich die rumänischen Behörden das Recht der Kontrolle bei der Endfertigung vorbehielten. Darum mußte der Film auch in Bukarest geschnitten und synchronisiert werden.

Es war deshalb alles andere als einfach, diesen Film zu realisieren (s. WELT v. 12. 1. 84). Aber die Wirklichkeit dringt trotzdem durch die schönen Bilder des rumänischen Kameramannes Florin Mihailescu. Sie ist gegenwärtig im Spiel der Schauspieler des deutschen Theaters in Hermannstadt und der Laiendarsteller aus Waldhütten. Da Schuller seine Geschichte gradlinig und ohne Schnörkel erzählt, entsteht ein eindringliches Bild vom Leben der Siebenbürger Sachsen heute – zwischen dem Stolz auf die Vergangenheit, die sich in den mächtigen Kirchenburgen manifestiert, und der Versuchung durch den Westen, der bis zu elftausend jährlich erliegen. Deshalb sind die Dörfer verlassen, die Burgen verfallen.

Der Film spricht nicht von Politik, er erzählt von Menschen, die fast achthundert Jahre lang in Nachbarschaft mit Rumänen und Ungarn, mit Zigeunern und Juden lebten, aber für die heute in dem Land kein Platz mehr zu sein scheint. Und trotzdem ist es kein Klagegesang, bei dem man nach der ersten Filmminute weiß, wie er enden wird. Es ist eine Geschichte mit Ecken und Kanten, die keinen ins Unrecht setzt; die nicht, die gegangen sind, und auch die nicht, die blieben. Schicksale klingen mit ihrer Bindung an die Vergangenheit und mit ihrem Tribut an die Gegenwart an. Nichts ist da einfach. Das Leben in Rumänien nicht, und auch das Leben im Westen fern der Heimat nicht. Das alles schildert der Film. Oft nur in Andeutungen, die der Phantasie viel Raum lassen.

Und für einen solchen Film sollte kein Publikum zu finden sein?

PETER DITTMAR

AIDS: Keine Ursache zur Panik

JOCHEN AUMILLER, **München**

Schrecken ohne Ende? So fragte eine medizinische Fachzeitschrift kürzlich, als die neuesten Hiobsbotschaften über die erworbene Immunschwäche, AIDS genannt, aus Amerika eintrafen. Die US-Gesundheitsbehörden befürchten, daß sich in den Vereinigten Staaten mindestens 300 000 Menschen mit der erworbenen Immunschwäche infiziert haben. James Curran, Chef der AIDS-Einsatztruppe in Atlanta glaubt, daß etwa zehn Prozent der Infizierten mit der schweren Form der tödlich verlaufenden Krankheit rechnen müssen.

Und es scheint so, als sei bislang nur die Spitze des Eisberges in Sicht. Denn nach Meinung von Experten steht die eigentliche AIDS-Welle erst noch bevor. James Curran: „Wir alle sind geneigt, das Problem zu unterschätzen, weil wir nicht glauben wollen, daß das alles wahr ist." Wie immer in der Medizin, wenn es an gesicherten Befunden und Grundlagenwissen mangelt, regiert die Panik: Es könnte ja alles noch viel schlimmer sein.

Auch bei uns werden seit dem letzten Wochenende Zahlen diskutiert, die einer internen Statistik des Berliner Bundesgesundheitsamtes entstammen. Danach sei bis Ende dieses Jahrzehnts in Deutschland mit 20 000 AIDS-Kranken und 10 000 AIDS-Toten zu rechnen.

In der Bundesrepublik sind bislang über hundert AIDS-Fälle bekannt geworden; es ist nicht auszuschließen, daß es im nächsten Jahr mehr werden. Das aber eine AIDS-Lawine auf uns zukommt, wie einige glauben machen wollen, ist sehr unwahrscheinlich. Und außerdem ist Hoffnung erlaubt: Es wird fieberhaft an einem Impfstoff gearbeitet, der die Risikogruppen künftig schützen könnte. Schon in wenigen Monaten kommen AIDS-Tests auf den deutschen Markt. Sie müssen, ehe sie zugelassen werden, einer kritischen Prüfung durch das Paul Ehrlich Institut in Frankfurt standhalten.

Eine Nachricht mit Alarmwirkung stammt aus Afrika: Dort ist es in mehreren zentralafrikanischen Ländern zu einer AIDS-Epidemie gekommen. Betroffen sind aber keine Homosexuellen – sonst die Risikoträger Nummer eins –, sondern Prostituierte und Männer mit häufig wechselndem Geschlechtsverkehr. Sollte AIDS eine ganz normale Geschlechtskrankheit sein? Statistiker zählten die Erkrankungsfälle zusammen und wiesen die „besonderen Merkmale" der Patienten aus. Dadurch weiß man, daß hauptsächlich Homosexuelle betroffen sind, aber auch mit wenigen Prozentpunkten Bluter, die auf die Zuführung von Blutprodukten angewiesen sind.

Das 1929 fertiggestellte zwölfmotorige Dornier-Flugboot Do X (rechts) war seinerzeit das größte Verkehrsflugzeug der Welt. Der Prototyp flog mit 169 Menschen an Bord immerhin eine Stunde lang. Im selben Jahr begann auch die deutsche Pilotin Elly Beinhorn (unten) mit ihren Kunstflug-Vorführungen. FOTOS: DIE WELT



Sie flogen ihrer Zeit voraus

Von KLAUS WOHLT

Es waren unruhige Zeiten. Die Weltwirtschaft wurde von Krisen geschüttelt und im Deutschen Reich hatte man eigentlich andere Sorgen. Trotzdem machten 1929 Ereignisse Schlagzeilen, die mit Politik wenig zu tun hatten, sondern vielmehr den Sturmlauf der Technik markierten.

Am 6. November des Jahres startete das damals größte Landverkehrsflugzeug, die viermotorige Junkers G 38, in Dessau zum Jungfernflug, und am 29. November überflogen Admiral Richard Byrd und drei weitere Besatzungsmitglieder als erste Menschen den Südpol.

Es war ohnehin ein Jahr der Superlative in der Luftfahrt. Im Juli war das Riesenflugboot Do X zum Erstflug gestartet, Mitte Oktober war *Fritz Langs Film „Frau im Mond"* angelaufen, und eine junge Frau begann, mit Flugvorführungen ihr erstes Geld zu verdienen: Elly Beinhorn. „Mein Name war fast so groß gedruckt wie der von Ernst Udet", erinnerte sie sich später in ihrem Buch „Alleinflug". Sie und andere Pionier-Piloten bewiesen mit ihren Flügen in den folgenden Jahren, daß der interkontinentale Luftverkehr möglich war.

Weniger der Schau als der Zukunft des Langstrecken-Luftverkehrs widmeten die Flugzeug-Konstrukteure jener Zeit ihre Arbeit. Claude Dornier träumte von regelmäßigen Transatlantikflügen mit Passagieren, als er sein zwölfmotoriges Riesenflugboot Do X entwarf. Noch ging es nicht ohne Zwischenlandungen zum Auftanken, die Begeisterung jedoch, mit der die Do X bei ihren Flügen begrüßt wurde, kannte keine Grenzen.

Hugo Junkers, der schon 1915 mit der J 1 das erste freitragende Ganzmetallflugzeug der Welt gebaut hatte, glaubte an die Leistungsfähigkeit der Landflugzeuge. Schon 1923 hatte er mit dem Projekt J 1000 ein Riesenflugzeug mit 80 Metern Spannweite für 80 Passagiere auf dem Reißbrett. Als Junkers 1926 an die Realisierung ging, wurde daraus ein dem ursprünglichen Nurflügel-Konzept angenähertes Flugzeug mit „nur" 44 Metern Spannweite, das 34 Passagiere faßte. Sechs von ihnen saßen in der Flügelnase, hatten einen Logenplatz, der heute dem Flugreisenden verwehrt ist. Auf der G 38 führte die Lufthansa, die zwei dieser Flugzeuge in Dienst stellte, sogar Raucherabteile ein. Bis dahin war das Rauchen in Verkehrsflugzeugen verboten.

Diese Großflugzeuge waren ihrer Zeit weit voraus. Die G 38 wurde *zwar auf dem europäischen Streckennetz der Lufthansa eingesetzt.* Beide Maschinen haben jedoch den Zweiten Weltkrieg nicht überlebt. Der Prototyp ging 1936 bei einem Probeflug zu Bruch, die andere G 38 wurde 1942 in Athen bei einem Luftangriff zerstört. Auch die sechs in Japan unter der Bezeichnung Ki 20 in Lizenz als Bomber gebauten Flugzeuge blieben nicht erhalten. Auch die Spuren der drei gebauten Großflugboote vom Typ Do X – der Prototyp war 1929 immerhin mit 169 Menschen an Bord eine Stunde lang geflogen – verloren sich in den Kriegswirren.

Erheblich kleiner, dafür aber für längere Reichweiten ausgelegt waren jene Flugzeuge, mit denen damals wagemutige Männer die letzten weißen Flecken auf dem Globus aus der Luft erkunden wollten. Die von Admiral Byrd für seinen Südpolflug ausgewählte Ford 4-AT Trimotor *wog zwar nur 6,8 Tonnen,* während die G 38 immerhin 24 Tonnen auf die Waage brachte und eine heutige Boeing 747 etwa 340 Tonnen. Aber obwohl die Trimotor, der Byrd den Namen „Floyd Bennett" gegeben hatte, eine Reichweite von 1835 Kilometern hatte, reichte das für dieses Unternehmen nicht aus. Byrd mußte bei der Vorbereitung 700 Kilometer von der Basisstation entfernt ein Tanklager errichten, das auf dem Rückflug vom Pol angeflogen werden sollte.

Das trotz aller Vorsorge waghalsige Unternehmen gelang. Auf dem Flug von der Station „Little America" zum Pol mußte die Besatzung zwar einen Teil ihrer Lebensmittel abwerfen, die bei einer Notlandung das Überleben hätten sichern können; das Flugzeug hätte es sonst nicht geschafft, die Queen-Maud-Berge zu überfliegen. Aber nach knapp zehn Stunden erreichten Byrd, sein Pilot Bernt Balchen und zwei weitere Besatzungsmitglieder den Südpol und warfen eine amerikanische Flagge ab. Der Rückflug verlief *undramatisch:* nach 19 Stunden Abwesenheit setzte die „Floyd Bennett" wieder in „Little America" auf. Byrd, der 1926 mit dem Flugzeug den Nordpol erreicht hatte, hatte damit als erster Mensch beide Pole der Erde überflogen.

Halten sich Oetker-Entführer in Kenia auf?

dpa, **Nairobi**

Mehrere Personen, die im Dezember 1976 an der Entführung des Millionärssohnes Richard Oetker beteiligt gewesen sein sollen, halten sich nach einem Bericht der „Kenya Times" in der kenianischen Küstenstadt Malindi versteckt. Wie das in Nairobi erscheinende Blatt gestern berichtete, hat ein in Deutschland geborener kenianischer Bürger den Kidnappern Unterschlupf gewährt. Der Bericht konnte weder von der Polizei noch von der deutschen Botschaft bestätigt werden.

Großbrand in Venedig

dpa, **Venedig**

Ein Großbrand hat gestern im Zentrum von Venedig, nur hundert Meter vom Marcusplatz entfernt, hohen Sachschaden angerichtet. Zwei Gebäude, ein gotisches und eines aus der Zeit der Renaissance, fielen den Flammen zum Opfer.

Versicherungs-Urteil

AP, **Kassel**

Wenn Angestellte sich wegen des Abschlusses eines privaten Lebensversicherungsvertrages von der gesetzlichen Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung befreien lassen, dann gilt diese Befreiung nach einer Grundsatzentscheidung des Bundessozialgerichts für das gesamte Berufsleben und nicht nur für das bestehende Beschäftigungsverhältnis. Die Angestellten dürfen dann künftig keine Pflichtbeiträge zur Angestelltenversicherung entrichten und können später auch keine entsprechenden Leistungen beanspruchen (AZ: 12 RK 68/82).

Höhere Durchfallquote

dpa, **Flensburg**

Die Chance, den Führerschein im zweiten oder dritten Anlauf zu erwerben, ist geringer als beim ersten Versuch. Wie das Kraftfahrt-Bundesamt gestern in Flensburg mitteilte, wurde von den insgesamt 1,94 Millionen Fahrprüfungen im ersten Halbjahr 1984 ein knappes Viertel (22,2 Prozent) nicht bestanden. Bei den 371 000 Wiederholungsprüfungen blieb sogar fast jeder Dritte (31,8 Prozent) auf der Strecke.

„Genbanken" für Bäume

rtr, **Düsseldorf**

In „Genbanken" will der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen das Erbgut von Bäumen sammeln lassen. Bei der möglicherweise bevorstehenden Abholzung großer Waldbestände infolge von Waldschäden müßten genetische Informationen über Samen gesammelt und bewahrt werden.

Bleifrei für Mofas

rtr, **Bern**

„Fast ausnahmslos" können motorisierte Zweiräder nach Angaben des Touring Clubs der Schweiz (TCS) mit bleifreiem Normalbenzin fahren. Wie der TCS gestern mitteilte, wäre dies ein Beitrag zum Umweltschutz und auch sonst vorteilhaft. Prüfungen der TCS-Techniker mit Zweitaktmotoren hätten ergeben, daß sich bei bleifreiem Benzin weniger Rückstände auf den Zündkerzen bildeten.

Wertvoller Schuldschein

AFP, **Wien**

Den Spitzenpreis von 25 000 Schilling (3500 Mark) erzielte am Wochenende ein Schuldschein von Kaiser Rudolf II. aus dem Jahre 1601 auf einer Auktion in Wien. Der Schuldschein ist auf 25 000 Taler ausgestellt und kam anläßlich einer Auktion unter den Hammer.

ZU GUTER LETZT

„Der Linkshänder schlug wutentbrannt einen Ball ins Publikum (350 Dollar), nannte den Referee einen „Scheißkerl" (750 Dollar) und räumte schließlich mit seinem Racket beim Seitenwechsel einen Tisch mit Getränken ab (1000 Dollar). Meldung des Sport-Informations-Dienstes zum Auftreten John McEnroes beim Grand-Prix in Stockholm.

LEUTE HEUTE

Fingerfertig

Der Weltrekord im Dauer-Schreibmaschine-Schreiben ist am Wochenende von der 41jährigen Sekretärin **Gisela Martin** aus Kassel gebrochen worden: Die Mutter von drei Kindern schrieb 222 Stunden an einer elektronischen Büroschreibmaschine. Den alten Rekord von 214 Stunden hielt eine Australierin.

Nervenbelastung

Englands Pop-Star **Elton John** (37) ist der Nervenbelastung nicht mehr gewachsen. Nach seiner große US-Tournee will der Künstler mit dem Brillen-Tick nie wieder einen Vertrag abschließen, heißt es zumindest. Man wird sehen. Es sind schon ganz andere zur Bühne zurückgekehrt.

Arbeitslose Lehrer gehen nach Zimbabwe

AP, **Frankfurt**

In einer aussichtslosen Situation – bei fast 60 000 arbeitslosen Lehrern in der Bundesrepublik – haben 28 Pädagogen überraschend für drei Jahre eine Anstellung in ihrem Beruf gefunden. Allerdings liegt ihr Arbeitsplatz viele tausend Kilometer vom heimischen Herd entfernt: in Zimbabwe/Südafrika. „Seitdem ich 1981 Examen gemacht habe, habe ich mich um eine Anstellung bemüht und bin immer vertröstet worden", erklärt Karl-Heinz Mosthav. Als Realschullehrer steht er in Baden-Württemberg auf der Warteliste. Es hieß, daß er möglicherweise 1989 mit einer Übernahme in den Schuldienst rechnen könne. Längst hatte er aber schon selbst die Initiative ergriffen und sich beim Centrum für Internationale Migration und Entwicklung (CIM) in Frankfurt beworben. Auch für Heide Wolf, seit dem Zweiten Staatsexamen im Juli arbeitslos, und für Wolfgang Schneider war die Arbeitsmarktlage ausschlaggebend für ihre Bewerbung beim CIM. „In Zimbabwe ist man noch gefragt und gehört nicht zum Überschuß", sagte Schneider, Gymnasiallehrer für Englisch und Erdkunde.

CIM, eine Arbeitsgemeinschaft der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und der *Zentralstelle für Arbeitsvermittlung,* wählt im Auftrag der Regierung von Zimbabwe hundert Lehrer für das südafrikanische Land aus. „Gesucht werden Lehrer für Englisch und für naturwissenschaftliche Fächer, Voraussetzung ist das Zweite Staatsexamen", erklärt CIM-Leiter Hans-Werner Mundt, der davon überzeugt ist, daß noch viel mehr arbeitslose Lehrer sich bewerben würden, wenn sie von dem Programm wüßten.

Die ersten 28 Lehrer für Zimbabwe haben einen Dreijahresvertrag unterschrieben und jetzt einen sechswöchigen Vorbereitungskurs in der Zentralstelle für Ausländerkunde der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung in Bad Honnef begonnen.

Polizei vermutet hinter den Kidnappern die Mafia

In Italien bereits mehr als 2000 Mädchen verschwunden

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Das italienische Fernsehen beschäftigte sich dieser Tage in einem Sonderbericht mit dem erschreckenden Phänomen des systematischen Mädchenraubes, das seit ein paar Jahren der Kriminalpolizei in allen Landesteilen viel zu schaffen macht. Anlaß der Sendung war der jüngste Fall in der langen Reihe von spurlos verschwundenen Mädchen. Die 16jährige Stefania Bini, Tochter eines Ladenbesitzers, verließ die elterliche Wohnung kurz vor acht Uhr. Auf dem Schulweg muß ihr irgend etwas zugestoßen sein. Jedenfalls ist sie seither wie vom Erdboden verschluckt. Wie die weinenden Eltern vor der Fernsehkamera versicherten, war Stefania immer ein braves, etwas scheues und unbeholfenes, oft gedankenloses Kind, das im besten Einvernehmen in und mit der Familie lebte. Ein Abenteuer aus eigenem Willen sei völlig ausgeschlossen.

Wo steckt unsere Tochter? Diese Frage müssen sich in Italien immer mehr Eltern stellen. Im Verlauf der letzten Jahre sind rund 2000 minderjährige Mädchen bei der Polizei als vermißt gemeldet worden. Und nur ein ganz geringer Teil tauchte wieder auf, während die weitaus meisten als Opfer eines wohlorganisierten *Mädchenhandels gelten müssen. Allein in* Rom sind in diesem Jahr 160 Mädchen spurlos verschwunden.

Besonderes Aufsehen erregte das Verschwinden der damals 15jährigen Vatikanbürgerin Emanuela Orlandi am 22. Juni 1983. Der Papst richtete mehrere Appelle an die Kidnapper, mit denen er sie beschwor, Emanuela freizugeben. Der Fall schien in Zusammenhang mit dem Papst-Attentäter Ali Agca zu stehen. Geheimnisvolle und verworrene Briefe einer sogenannten „Türkisch-Antichristlichen Befreiungsfront" enthielten drohende Forderungen im Sinne eines Austauschs des geraubten Mädchens gegen den in Haft befindlichen Agca. Die letzte Botschaft dieser Art ging der italienischen Nachrichtenagentur Ansa Ende August zu. In ihr wurde die Prozedur des Austauschs beschrieben und der Papst aufgefordert, seine Zustimmung zu geben.

Im Vatikan und bei der italienischen Polizei scheint man dieses Dokument wie die vorausgegangenen Briefe nicht so ernst zu nehmen. Vieles spricht dafür, daß es sich um My*stifikationen eines Psychopathen* handelt. Es könnte freilich auch sein, daß die Hintermänner des Papst-Attentäters sich eingeschaltet haben, um Agca freizubekommen. Nur wenige Sachverständige glauben ernsthaft daran, daß Emanuela sich in den Händen der Terroristen befinden könnte.

Kurz vor Emanuela Orlandi war die gleichfalls 15jährige Römerin Mirella Gregori verschwunden. Ein paar Monate zuvor erlitt Cinzia Bonato dasselbe Schicksal. Alle drei waren wie Stefania blutjung, bildhübsch und alles andere als Abenteuerinnen. Sie stammten wie all die anderen verschwundenen jungen Römerinnen aus kleinbürgerlichen Familien und hatten keine Flausen im Kopf. Die eine oder andere mag willentlich aus dem familiären Gehege ausgebrochen sein, doch die erdrückende Mehrheit ist, nach Überzeugung der Polizei, geraubt worden.

Eine machtvolle, international organisierte Mädchenhandelindustrie scheint mit dem Raub hübscher junger Italienerinnen glänzende Geschäfte zu machen. Möglicherweise stehen hinter diesem Geschäftszweig die Drahtzieher der Mafia. Die jüngsten Erfolge des italienischen Innenministeriums im erbitterten Kleinkrieg gegen die sizilianische Verbrecherorganisation lassen die Hoffnung zu, daß nicht nur deren Haupterwerbszweig, das heißt der Rauschgiftgroßhandel, zerschlagen wird, sondern daß auch die Nebenbranche des internationalen Mädchenhandels, in den die Mafia verquickt zu sein scheint, wirkungsvoll bekämpft werden kann. Vielleicht tauchen dann die verschiedenen Emanuelas, Mirellas, Cinzias und Stefanias dort wieder auf.

Beamter stellte Führerscheine nach Wunsch aus

dpa, **Krefeld**

War es falsch verstandene Hilfsbereitschaft oder war es ein lukrativer Nebenverdienst, der den Leiter des Krefelder Straßenverkehrsamtes jahrelang dazu veranlaßt hatte, Führerscheine regelrecht „unters Volk zu schleudern"? In mehr als 80 Fällen, so die Anklage der Staatsanwaltschaft, soll von 1979 bis 1983 der 59jährige Oberamtsrat Führerscheine ausgestellt haben, ohne daß die Antragsteller je eine Fahrprüfung absolviert hatten. Seit gestern muß sich der Beamte vor dem Landgericht Krefeld wegen Bestechlichkeit, Falschbeurkundung im Amt, Verwahrungsbruch und Amtsanmaßung verantworten.

In den meisten Fällen soll der 59jährige polnische und jugoslawische Führerscheine von Umsiedlern umgeschrieben haben, obwohl die vorgelegten Dokumente für ihn erkennbar gefälscht gewesen seien. So war ein polnischer Führerschein nicht von der Behörde abgestempelt; auf einer anderen Fahrerlaubnis waren alle Eintragungen unleserlich.

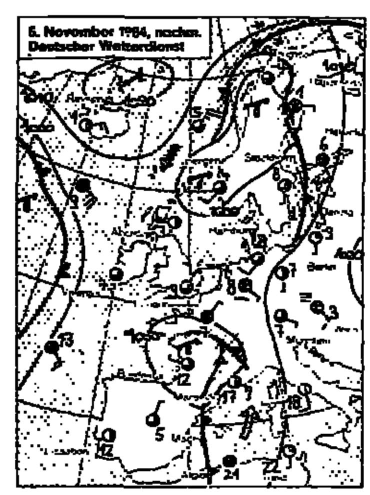
Mindestens sechsmal soll der Beamte für sein Entgegenkommen zwischen 100 und 2500 Mark kassiert haben. Rund 30 Führerscheinbewerbern, meist landfahrenden Sinti, habe er zu den begehrten Dokumenten verholfen, obwohl die Antragsteller nicht im Bereich des Krefelder Straßenverkehrsamtes ansässig waren.

Der Angeklagte, der die Unterlagen zu der ungewöhnlichen Führerschein-Vergabe stets in seiner Aktentasche oder seinem verschlossenen Schreibtisch versteckt hatte, gab zu, daß ein Teil der für die deutsche Fahrerlaubnis notwendigen ausländischen Dokumente nicht echt waren. Grundsätzlich habe er jedoch „von keinem eine Mark" genommen.

In früheren Vernehmungen hatte der Oberamtsrat erklärt, er sei vornehmlich von Zigeunern mit seiner Vergangenheit – er war Mitglied der Waffen-SS – erpreßt worden und habe ihnen deshalb die Führerscheine ohne jede Gegenleistung ausgestellt.

WETTER: Mild

Wetterlage: Zwischen einem über Osteuropa stationären Hoch und einer ostatlantischen Tiefdruckrinne wird mit einer südlichen Strömung milde Mittelmeerluft herangeführt.



Vorhersage für Dienstag:

Im Nordwesten stark bewölkt und gelegentlich etwas Regen. In der Osthälfte vormittags stellenweise Nebel, nach dessen Auflösung heiter. Temperaturen zum Nachmittag auf 12 bis 15 Grad ansteigend. Tiefstwerte in der Nacht zwischen 9 und 5 Grad. Schwacher Wind aus Südost.

Weitere Aussichten:

In der Westhälfte wolkig, kaum Niederschlag, in der Osthälfte heiter und trokken. Allgemein für die Jahreszeit sehr mild.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	7°	Kairo	24°
Bonn	9°	Kopenh.	8°
Dresden	5°	Las Palmas	22°
Essen	6°	London	9°
Frankfurt	8°	Madrid	5°
Hamburg	8°	Mailand	8°
List/Sylt	10°	Mallorca	20°
München	7°	Moskau	1°
Stuttgart	9°	Nizza	10°
Algier	21°	Oslo	7°
Amsterdam	9°	Paris	7°
Athen	18°	Prag	4°
Barcelona	15°	Rom	18°
Brüssel	6°	Stockholm	8°
Budapest	4°	Tel Aviv	24°
Bukarest	10°	Tunis	22°
Helsinki	6°	Wien	3°
Istanbul	17°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 7.36 Uhr, Untergang: 16.45 Uhr; **Mondaufgang:** 16.27 Uhr, Untergang: 5.45 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

